Volkswille

ORGAN FUR DAS ARBEITENDE VOLK

MITTEILUNGSBLATT DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN UND DER ARBEITER-SPORTVEREINE

Bezugspreis: Durch Boten halbmonatlich 1.20 RM., durch die Post monatlich 2.40 RM., Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. Preis der Einzelnummer 10 Rpf. Bankkonto: Städtische Sparkasse Gelsenkirchen. Postscheckkonto: 5405 Dortmund. Hauptgeschäftsstelle, Verlag und Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernruf Sammelnummer 25841

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Rpf., außerhalb 12 Rpf., für 1 mm Raumhöhe bei 27 mm Breite. Reklamen 1 mm Raumhöhe bei 90 mm Breite 50 Rpf. Kleine Anzeigen 5 Rpf. Inseratenannahme bis 19 Uhr. Bei gerichtlichen Klagen, Zwangsvergleichen und Konkursen erlischt jeder Rabattanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Gelsenkirchen

Nr. 213 — Gelsenkirchen, Freitag, den 12. September 1930 — 12. Jahrgang

Mieter, hört es!

Der Interessentenhaufen will den Mieterschutz beseitigen

Die Wirtschaftspartei verbreitet ein Flugblatt an die Hausbesitzer, in dem Hugenberg der Vorwurf gemacht wird, er habe den Reichstag zur Auflösung gebracht und damit auch die Aufbauarbeit für den deutschen Hausbesitz zerschlagen. Der Justizminister Bredt, der Führer der Wirtschaftspartei, habe bereits Großes erreicht, aber er habe noch mehr tun wollen. Wörtlich heißt es von Bredt:

„Und war gerade in der besten Arbeit, den entscheidenden Schlag für den deutschen Hausbesitz, die Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft gesetzlich zu regeln.

Sein Gesetzentwurf war fertig!

Im Juli sollte er der Oeffentlichkeit übergeben werden!

Die durch Hugenberg erzwungene Reichstagsauflösung hat seine Arbeit zerschlagen.

An der Trümmerstätte steht der Hausbesitz mit der bangen Frage: Was nun?"

Wenn der deutsche Bürger, so geht es weiter, bei der Wahl die Gefahr nicht erkenne, „dann gibt es keine Aufhebung der Zwangswirtschaft, keine wirtschaftlich ausreichende Miete." Darum werden die Hausbesitzer aufgefordert, die Kandidaten der Wirtschaftspartei zu wählen. Denn welche Leute zieren die Listen der Wirtschaftspartei? Neben Herrn Dr. Bredt gibt es dort noch die folgenden Spitzenkandidaten:

„Dr. Jorissen, Vorstandsmitglied des Zentralverbandes der Hausbesitzervereine, Führer des rheinischen Hausbesitzes, Lucke, Vorstandsmitglied des sächsischen Hausbesitzerverbandes, v. Au, Führer des badischen Hausbesitzes, Vorstandsmitglied des Zentralverbandes, Dr. Rhode, Führer des Hessischen Hausbesitzes, Söllner, Vorstandsmitglied der Münchener und Bayerischen Hausbesitzerorganisation, Pallmann, Führer der Hausbesitzerorganisation in der Pfalz, Hetzel, Vorsitzender des Nürnberger Hausbesitzes, Prof. Dr. Horneffer, Führer im Hessen-Darmstädtischen Hausbesitz, Colosser, Mollath, Vorstandsmitglied des Bundes der Berliner Hausbesitzer."

Selten ist in so offenherziger Weise zugestanden worden, daß die Wirtschaftspartei die einseitigste Interessenvertretung ist, die man sich nur denken kann. Auf sie trifft in aller erster Linie das Wort des Reichsfinanzministers Dietrich von dem Interessentenhaufen zu. Die Wirtschaftspartei hat es schon im vergangenen Reichstag glänzend verstanden, aus der Politik ein Handelsgeschäft zu machen. Wenn ihr auch im neuen Reichstag eine Teilhaberstelle in einem Bürgerblock eingeräumt werden sollte, dann hat die letzte Stunde für den Mieterschutz geschlagen. Was ist der Wirtschaftspartei das Allgemeininteresse, uns bedeutet ihr der Schutz der leistungsschwachen Volkskreise? Bei ihr gilt nur das selbstsüchtige Gewinnstreben der Hausagrarier und Bodenwucherer!

Am 14. September soll mit der Wirtschaftspartei der gesamte Bürgerblock auch auf diese Herausforderung die gebührende Antwort erhalten!



Die Mieter wählen Liste 1

Opfer des Krieges!

Wollt Ihr Opfer der Demagogie werden?

Auch in diesem Wahlkampf versuchen die bürgerlichen Parteien, die Opfer des Krieges als Wähler zu gewinnen. Sie scheuen dabei auch nicht vor der Behauptung zurück, als ob gerade sie sich stets für den Ausbau des Versorgungswesens eingesetzt hätten. Wir empfehlen deshalb allen Kriegsopfern die Beachtung der nachfolgend aufgeführten Tatsachen.

1. Die Sozialdemokratische Partei hat schon während des Krieges gefordert, daß sich die Zustände nach dem deutsch-französischen Kriege 1870/71 nicht wiederholen dürften. Damals erhielten die Generale und die Staatsmänner riesige Geschenke, die gemeinen Soldaten dagegen wurden in zahllosen Fällen mit der Drehorgel abgefunden.

2. Wenn das Versorgungssystem der deutschen Republik nicht alle berechtigten Forderungen der Kriegsbeschädigten erfüllte, so lag das daran, daß die bürgerliche Mehrheit eine wirklich ausreichende Versorgung der Kriegsopfer stets verhinderte.

3. Jede Verbesserung des Versorgungswesens mußte die Sozialdemokratie der bürgerlichen Mehrheit im härtesten Kampfe abringen. Als der Bürgerblock regierte, sind sogar Verschlechterungen eingeführt worden. So wurde unter dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der dem Zentrum angehört, die Prüfung der Bedürftigkeit bei den Zusatzrentenempfängern in das Reichsversorgungsgesetz aufgenommen. Gleichfalls von Brauns war der Wiederbeginn der Nachuntersuchungen auf den 31. Dezember 1929 angeordnet worden; von der bürgerlichen Mehrheit wurde diese Prüfung noch um ein Vierteljahr vorgerückt. Der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissell hat trotz der schwierigen finanziellen Lage im Herbst 1929 dafür gesorgt, daß die Versorgungsbehörden alle rechtlichen Verpflichtungen auch auf dem Gebiet der Kapitalabfindung erfüllen konnten.

4. Die Unternehmerverbände und die bürgerlichen Parteien haben ununterbrochen auf Verschlechterung des Versorgungswesens gedrängt. Das „Berliner Tageblatt" sprach verächtlich von der „Futterkrippe der Kriegsopfer", und es warf dem sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister vor, daß er „Simulanten" großziehe. Der „Hansabund für Handel, Gewerbe und Industrie" hat in diesem Frühjahr dem Reichstag eine Denkschrift übersandt, worin u. a. auch eine Kürzung der Ausgaben für die Kriegsversorgung gefordert wurde. 1930 sollten bei den Kriegsopfern 135 Millionen Mark, ab 1. April 1931 235 Millionen Mark gestrichen werden. Diese Forderungen sind zwar bisher nicht durchgegangen, aber es steht fest, daß die Rechtsparteien mit ihnen sympathisieren, und das Zentrum ihnen keinen entschiedenen Widerstand entgegensetzt.

5. Auf Drängen der Volkspartei ist im vorigen Jahre die Kapitalabfindung um 25 Millionen gekürzt worden. An die Beschneidung der hohen Pensionen der Generale, Offiziere und Militärbeamten trauen sich die bürgerlichen Parteien dagegen nicht heran.

9. Die Sozialdemokratie hat den Plänen der Besitzklassen würfe für eine Reihe von Ausgabensenkungsgesetzen fertiggestellt habe. Ihr Inhalt ist vorzeitig bekannt geworden. Es sollen

! Reißt den Pfahl heraus!

Wollt ihr für das Großkapital stimmen?

Nur eine Sorge haben die Unternehmer und ihre Presse: Wie groß werden die Erfolge der Sozialdemokratischen Partei bei der kommenden Wahl sein? Sie rechnen mit dem Siege der Sozialdemokratie. Aber sie haben neben der Sorge doch auch eine Hoffnung, das ist die Kommunistische Partei. Schon am 3. Februar d. J. hatte die „Deutsche Allgemeine Zeitung", das Blatt des Großkapitals, erklärt, die Kommunisten hätten „für das staatspolitische Leben eine nützliche Funktion". Sie müßten nämlich verhindern, daß die Sozialdemokratie übermächtig wird. Und das Blatt fuhr damals fort:

„Die Kommunisten sind für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat solange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie wirken."

Diese Feststellung ist jetzt von dem Unternehmerblatt noch einmal wiederholt und bekräftigt worden. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" gab am 24. August folgende Wahlparole aus:

„Notwendig ist daher vor allem zu verhindern, daß die Sozialdemokratie womöglich noch gestärkt zurückkehrt. Vielleicht die ausschlaggebende Rolle kommt dabei den Kommunisten zu, die, wie wir schon öfters zu betonen Gelegenheit hatten, dazu berufen sind, das Anwachsen der Sozialdemokratie zu verhindern und als Pfahl im Fleische dieser großen Partei zu wirken."

Bedarf diese Offenherzigkeit noch einer besonderen Erklärung? Sie spricht für sich selbst!

Wer am 14. Sept. für die KPD. stimmt, der besorgt die Geschäfte des Kapitals!

Der Parole des Unternehmertums auf Stärkung der Kommunistischen Partei muß die proletarische Losung entgegengesetzt werden:

Reißt den Pfahl aus dem Fleische der Arbeiterklasse, sorgt für die Einheit und Einigkeit des arbeitenden Volkes:

Stimmt sozialdemokratisch!



fast 600 Millionen an den Ausgaben für soziale Zwecke gespart werden, darunter befindet sich auch eine Senkung der Ausgaben für Kriegsbeschädigtenrenten um 150 Millionen Mark.

7. Die Regierung Brüning hat in einer verfassungswidrig erlassenen Notverordnung die Anmeldung neuer Renteforderungen der Kriegsopfer unterbunden.

8. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ein Sparprogramm ausgearbeitet, das dem Reichstag am 15. Juli 1930 vorgelegt worden ist. Es beläuft sich auf insgesamt 226 Millionen Mark, war also um fast 100 Millionen Mark höher als die von der Regierung Brüning angekündigte Sparaktion. Während aber die Regierung Brüning und mit ihr sämtliche bürgerlichen Parteien in der Hauptsache bei den sozialen Ausgaben sparen will, verlangte die Sozialdemokratie, daß dort gespart werden solle, wo das wirklich durchführbar wäre. So sollten bei den militärischen Ausgaben 110 Millionen Mark gestrichen werden. Es sollten ferner gekürzt werden die Subventionen für die Luftfahrt, die Ausgaben für die Technische Nothilfe, die Fonds des Auswärtigen Amts und anderer Ministerien, die Subventionen für den ostpreußischen Großgrundbesitz, die Ausgaben der Reichsschuldenverwaltung, die Bezüge der Höchstpensionäre und die Repräsentationsgelder der Reichsministerien. Selbstverständlich blieben die Bezüge der Kriegsopfer von diesen Sparvorschlägen der Sozialdemokratie unberührt.

8. Die Sozialdemokratie hat den Plänen der Besitzklassen und der bürgerlichen Parteien auf Abbau der sozialen Leistungen und auf Verschlechterung des Versorgungswesens bisher den entschiedensten Widerstand entgegengesetzt. Sie wird den Kampf für die sozialen Rechte des Volkes auch in Zukunft mit der größten Energie fortsetzen. Welche Erfolge sie dabei erzielen wird, das hängt von der Stärke der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage ab. Es liegt deshalb im Interesse aller Kriegsbeschädigten, die Stellung der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag bei der Wahl am 14. September so zu stärken, daß sie alle Abbauabsichten der bürgerlichen Parteien zunichte machen und die berechtigten Forderungen der Opfer des Krieges durchsetzen kann.

Ein unerhörtes Urteil

Den Rathenau-Mord verherrlicht und – freigesprochen

Naumburg, 11. September. (Eigener Drahtbericht.) Das Schöffengericht in Naumburg an der Saale hatte sich gestern mit einem Berliner rechtsradikalen Agitator namens Franz Riedel zu beschäftigen, der beschuldigt wird, am Pfingstsonntag dieses Jahres auf dem Friedhof in Saaleck an den Gräbern der Rathenau-Mörder Kern und Fischer in einer Rede an eine Gruppe von Werwolfleuten den toten Reichsaußenminister Walter Rathenau beschimpft sowie die an ihm begangene Mordtat verherrlicht zu haben. Wie sich aus Zeugenaussagen ergab, hat Riedel bei der Feier am Grabe Kerns und Fischers in seiner Rede etwa folgendes gesagt:

„Wir wissen, Kern und Fischer waren echte deutsche Jungen, die alles taten für ihr Vaterland. Sie haben Deutschland von jemanden befreit, und wir wissen auch, daß wir in Deutschland noch viele solche Schandflecken haben".

Diesen Wortlaut hat ein anwesender Kriminalbeamter sich notiert. Trotzdem der Oberstaatsanwalt eine Gefängnisstrafe von 7 Monaten beantragte, kam das Gericht nach einstündiger Beratung zu einem Freispruch des Angeklagten. Der Vorsitzende sagte, das Gericht sei nicht zu der Ueberzeugung gekommen, der Angeklagte habe seine Aeußerung, der Schandfleck, auf Rathenau gemünzt. Der Kriminalbeamte, der in der Verhandlung als Zeuge vernommen wurde, habe erst einige Minuten, nachdem er die Aeußerung des Angeklagten vernommen habe, die Worte notiert. Es liege daher die Möglichkeit eines Mißverständnisses vor.

Dieses ungeheuerliche Urteil reiht sich den übrigen unfaßbaren Urteilssprüchen der deutschen Justiz würdig an.

Beamte, hört mal zu!

Die Beamten sind: „Schweine, gefräßige Ratten und Maden!"

Seit Jahren hatten bürgerliche Beamtenverbände, insbesondere der Bayrische und der Deutsche Beamtenbund, nichts anderes zu tun, als die Sozialdemokratische Partei mit den freien Gewerkschaften als **Feinde des Berufsbeamtentums** hinzustellen.

Vielleicht öffnet Nachstehendes den unteren und kleinen Beamten doch endlich die Augen, wie Landbündler, die Mittelstandspartei, über die Beamtenschaft denken. So äußerte sich ein Landbündler:

„Du, Bauer, fütterst im Jahr ein Schwein und bekommst im Höchstfall 100 Mk. dafür; der Staat aber hat viele Hunderttausende von Schweinen, die 300 bis 700 Mk. monatlich erhalten!"

„De Beamten un de Swien, de sin unser Ruin!"

Der Reichstagsabgeordnete Kollosser, Mittelständler, führendes Mitglied der Wirtschaftspartei, äußerte sich in Berlin:

„Ich rufe Sie zum Kampf gegen diese gefräßigen Ratten auf, die stets im Begriffe sind, Handel, Handwerk, Gewerbe und Grundbesitz mit Haut und Haaren zu verschlingen."

Die Deutsche Mittelstandspartei veröffentlicht folgendes Gericht:

„Einst war er ein Schinken, fein saftig und mild,
An dem haben Räuber den Hunger gestillt.
Die ließen nur einige Fetzen am Knochen,
Draus konnte man zur Not noch 'ne Suppe kochen.
Doch leider saßen an Knochen und Resten
Unzählige Maden in wimmelnden Nestern,
Die taten sich gütlich und nährten die Plauzen
Und sogen mit fetten, wulstigen Schnauzen
Die letzte Kraft noch aus Knochen und Mark,
Sie fühlten dabei sich behaglich und stark
Und dachten: im Grunde gehts uns gar nicht schlecht,
Schön ist doch solch wohlerworbenes Recht!
Es waren aber noch andere da,
Die waren fast dem Verhungern nah!
Die meinten, daß sich die Maden, die fetten,
Nun wohl genügend versorget hätten,
Und wäre schon nichts mehr am Knochen dran,
So wär' es doch billig und recht getan,
Wenn auch an and're die Maden mal dächten
Und sie dem Staat ein Opfer brächten.
Da aber flammte schärfster Protest
Spontan von Maden- zu Madennest!
Das wäre Einkommenskonfiskation
Und auf das Madenrecht blutiger Hohn!
Das Leben sei bekanntlich sehr teuer,
Und brauche man schon eine Sondersteuer,
So möge gefälligst man sich bequemen,
Sie dort in verstärktem Maße zu nehmen,
Wo man an solche Art Steuer gewöhnt sei;
Die bei den Maden strengstens verpönt sei;
Denn gerade bei diesen sei sie nun mal
In höchstem Maße unsozial!
So künden die Maden in Harnisch und Rüstung
Laut ihre ungeheure Entrüstung.

Ich frage dagegen: Kann ihnen dran liegen,
Mitsamt dem Knochen ins Feuer zu fliegen?"

Und nun Beamte, geht hin und wählt . . . —

„Wählt meine Partei!"

Der Stresemann-Unfug der Volkspartei

Die Deutsche Volkspartei beruft sich in ihrer Wahlagitation bei jeder Gelegenheit auf Stresemann. Diese Methode der Wahlagitation zeigt, daß die Volkspartei ihrer Organisation und ihrer Politik selbst keine besondere Zugkraft zutraut, was allerdings auch nicht verwunderlich ist. Die Berufung auf Stresemann ist aber vollkommen unberechtigt. Die Politik der Deutschen Volkspartei in der letzten Zeit und vor allem die Anlehnung der Deutschen Volkspartei an die Deutschnationalen würde Stresemann nie mitgemacht haben. Es ist deshalb eine glatte Verfälschung der Tatsachen, wenn die Deutsche Volkspartei sich jetzt in ihren Wahlplakaten auf Stresemann beruft und sich als Vertreterin seiner Politik bezeichnet. Wie Stresemann über die jetzige Politik der Deutschen Volkspartei und über die Verbindung mit den Hugenbergianern denken würde, beweist ein Brief, den er am 20. Mai 1928 an den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Breitscheid geschrieben hat und den am Donnerstag der Abend-Vorwärts im Originaldruck wiedergibt. Der Brief, der anläßlich der Reichstagswahl geschrieben wurde, lautet:

„Sehr verehrter Herr Breitscheid! Sie haben in Mainz an mich eine Frage gerichtet, die ich während der Wahlzeit zu beantworten versprach. Da ich seit dem 8. Mai bettlägerig bin, konnte ich das in öffentlicher Versammlung nicht tun. Bevor das Resultat der Wahl bekannt ist, möchte ich Ihnen erklären, daß ich eine erfolgreiche Außenpolitik mit den Deutschnationalen nicht mehr für möglich erachte. Ich würde jedenfalls nicht mehr Minister einer Koalition mit der Deutschnationalen Partei sein. Vielen Dank für Ihre Geburtstagsgrüße. Ihr Stresemann."

Durch diesen Brief Stresemanns wird die Berufung der Volkspartei auf ihren toten Führer als das gekennzeichnet, was sie ist: als Wahldemagogie.

Die letzten Tage

Die Republik am Vorabend der Entscheidungsschlacht

Im ganzen Reiche ist der Wahlkampf in aller Heftigkeit entbrannt. Je nach Art der Temperamente der einzelnen Bevölkerungsarten der verschiedenen Länder findet der politische Wille verschiedenen Ausdruck. In dem einen Teile Deutschlands kämpft man mehr mit der Waffe des Humors, der Ironie, in anderen wird mehr mit ernsten Erwägungen argumentiert — sofern überhaupt argumentiert wird, denn man muß erstaunt sein, mit was für verleumderischen, ja geradezu niederträchtigen Mitteln auf Seiten der Gegner von der äußersten Linken und von der Rechten gearbeitet wird. Bewußt werden überall die gröbsten Lügen gegen die Sozialdemokratie verbreitet, aber dieser Schmutz trifft nicht uns, sondern spritzt nur auf die Gegner zurück.

Wenn man Versammlungen der Kommunisten und Nationalsozialisten besucht, fühlt man sich übrigens fast immer, als ob man auf einen Rummelplatz wäre und es läßt sich überall feststellen, daß es gar kein großer Unterschied ist, ob am Eingange zum Rummelplatz ein Hakenkreuz oder ein Sowjetstern hängt. Ungleiche Kappen, aber gleiche Brüder. Brüder, die den Klamauk brauchen und die ohne Blutvergießen sich nun einmal nicht recht wohl fühlen können. Und wenn es nicht so furchtbar tragische Folgen für die Arbeiterschaft, ja für das ganze Volk hätte, könnte man den Herren Hitler und Thälmann für die Gastfreundschaft, die sie diesen Elementen gewähren, nur dankbar sein. Hin und wieder passiert es allerdings, daß ein Ehrlicher, der in blindem Fanatismus sich in die Reihen der Nazis oder Kommunisten verrannt hat, den ganzen Schwindel satt bekommt.

In Eberstadt bei Darmstadt geschah es in einer sozialdemokratischen Versammlung beispielsweise, daß nach einem Referat des Sozialdemokraten David der bisherige Führer der SA. der dortigen nationalsozialistischen Partei aufstand und erklärte, daß er den Schwindel der Nazis nicht mehr länger mitmachen könne und in die einzige Arbeiterpartei, die Sozialdemokratische Partei, eintrete.

Eine besonders originelle Note in den Wahlkampf tragen die Lautsprecher- und Lichtbilder-Autos der Sozialdemokratischen Partei, deren wirkungsvolle Propaganda überall berechtigtes Aufsehen hervorruft. Das Klangfilmauto der SPD. erscheint in den kleinsten Orten, überall löst es Begeisterung und ernsthafte Diskussionen aus. Das Auto bringt auf heitere, unterhaltsame Weise Belehrung über die schweren Vergehen des Brüningblockes am deutschen Volke. Es zeigt das Wesen der Interessentenhaufen und im Gegensatz dazu die Ziele der Sozialdemokratie, die mit den Interessen der breiten werktätigen Massen im Einklang stehen.

Es gibt Gegner, beschämend das sagen zu müssen, die man gar nicht für dumm und gewissenlos genug halten kann. Das bestätigt eine Affäre, die dem sozialdemokratischen Kultusminister in Baden, Dr. Remmele, widerfuhr. Natürlich haben die Gegner Dr. Remmele, wie sie das mit jedem unserer Politiker tun, ungeheure Reichtümer angedichtet. Schließlich antwortet der sozialdemokratische „Volksfreund" in Karlsruhe mit an sich nicht mißzuverstehender Ironie, daß Remmele außer einer Villa in der Schweiz, einem Luxusmotorboot auf dem Rhein, einen Salonwagen und drei Pferde im großherzoglichen Marstall besäße. Was geschieht darauf? Das deutschnationale Blatt in Karlsruhe nimmt die Ironie für ernst und schreibt, daß Remmeles Schlemmerleben also noch viel ärger sei als vermutet. Das deutschnationale „Zwickauer Tageblatt" greift die Geschichte ebenfalls auf und macht seine entsprechenden Glossen dazu.

Die Frage bleibt: Sind unsere Gegner so dumm oder so gewissenlos oder sind sie beides, daß sie das glauben, was sie ihren Lesern in vollem Ernste hier vorsetzen.

Das Inserat

Die KPD. inseriert ihr neues nationalsozialistisches Programm in bürgerlichen Blättern



„Welch großes Inserat — ein Ausverkauf?"
„Ja, ein Gesinnungsausverkauf!"

29 chinesische Kommunisten hingerichtet. Nach einem Bericht der „Daily Mail" aus Schanghai sind in den letzten 3 Tagen in Hangkau 29 Kommunisten hingerichtet worden.

Nr. 213. 12. Jahrg.
Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Freitag, den 12. September 1930.

„Retter"-Meyer wegen Beleidigung des Beigeordneten Sieglar bestraft

Meyer wollte feige kneifen / Er wurde dem Erweiterten Schöffengericht in Essen vorgeführt

In einer nationalsozialistischen Versammlung im Stadtteil Gelsenkirchen (Lokal Linden) hatte der nationalsozialistische Stadtverordnete Dr. Meyer über die angebliche Finanzmißwirtschaft der Stadtverwaltung Gelsenkirchen gesprochen und im Verlaufe seiner Rede auch sich etwa dahin geäußert: Es wird in der Stadt erzählt, daß der Beigeordnete Sieglar sich in dem Geschäft von Kemper zwei Mülleimer gekauft habe, daß diese Mülleimer von einem Arbeiter abgeholt wurden, der auf Befragen erklärt habe, die Stadtverwaltung bezahle diese Mülleimer des Beigeordneten Sieglar. — Meyer hat dieser Mitteilung noch hinzugefügt, da kann ja jeder von uns hingehen, sich in irgendeinem Geschäft etwas kaufen und dann erklären, die Rechnung bezahlt die Stadtverwaltung. Durch das sozialdemokratische Parteisekretariat war unserem Beigeordneten Sieglar von diesen Meyerschen Schilderungen in der Versammlung Mitteilung gemacht worden, und da sie selbstverständlich nur den Sinn haben konnten, gegen Sieglar den Vorwurf zu erheben, er habe Gegenstände für seinen Privatgebrauch gekauft und sich von der Stadtverwaltung bezahlen lassen, also sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichert,

so stellte Beigeordneter Sieglar, der — was hier gleich im voraus bemerkt sei — mit dem Ankauf der beiden Mülleimer nicht das geringste zu tun hatte, Strafantrag gegen Dr. Meyer wegen Beleidigung.

Welche Bedeutung diesem Prozeß auch in Juristenkreisen zugemessen wurde, das geht wohl am besten daraus hervor, daß die Verhandlung nicht vor dem Gelsenkirchener Amtsgericht, sondern vor dem **Erweiterten Schöffengericht am Landgericht in Essen anberaumt wurde.** Die Verhandlung sollte am Donnerstag um 9 Uhr im Zimmer 229 des Essener Landgerichts beginnen. Sie begann auch, aber mit einem sehr netten Vorspiel, das die Heldenhaftigkeit des teutonischen Recken Meyer, dieses armseligen Ritters vom Hakenkreuz, in sehr eigentümlicher Weise beleuchtete.

Als nämlich der Gerichtshof versammelt, der Beigeordnete Sieglar, der zugleich Nebenkläger war, mit seinem Anwalt Justizrat Klaholt und auch die Zeugen erschienen waren, fehlte die Hauptperson, gegen die sich die Anklage richtete, unser lieber Dr. Meyer.

Der Vorsitzende des Gerichts teilte mit,

daß Meyer dem Gericht telegrafisch davon Kenntnis gegeben habe, daß er erkrankt sei und nicht kommen könne.

Er habe auch die Einsendung eines ärztlichen Attestes zugesagt, was aber bis zur Stunde nicht eingegangen sei. Sein sogenannter Vertreter habe dann auf die Anfrage des Gerichts mitgeteilt, daß es Meyer nicht gelungen sei, ein kreisärztliches Attest zu besorgen, da weder der Kreisarzt, selbst, noch sein Vertreter anwesend sei.

Kriminalassistent Müller, der am Mittwoch im Auftrage der Polizei Dr. Meyer aufgesucht hat, erklärt, daß er nicht den Eindruck gehabt habe, daß Meyer, **der ihm selbst die Wohnungstür geöffnet habe,** so schwer krank gewesen sei, um nicht vernehmungsfähig zu sein. Dazu kommt, daß die Kundgebung in der Ausstellungshalle am Donnerstagabend, in der Dr. Meyer als Redner vorgesehen sei, noch nicht abgesagt sei.

Namens des Beigeordneten Sieglar gibt Justizrat Klaholt folgende Erklärung ab:

Der Angeklagte Meyer ist nicht erschienen, weil ihm die Verhandlung vor der Wahl schaden könnte.

Er rechnet wohl damit, als Abgeordneter in den Reichstag einzuziehen und dann immun zu sein (also vor Strafverfolgung sicher).

Der Vertreter der Anklage führte aus: Die Entschuldigung des Angeklagten ist nicht genügend. Das ärztliche Attest ist nicht beigebracht. Der Angeklagte ist vom Gericht darauf aufmerksam gemacht worden, daß seine Entschuldigung nicht genügend sei, und daß er sich ein kreisärztliches Attest hätte besorgen müssen. Bei gutem Willen hätte es dem Angeklagten möglich sein müssen, sich ein kreisärztliches Attest zu verschaffen. Das Verhalten des Angeklagten zeigt, daß er jetzt an der Verhandlung vorbeikommen will.

Bitte, Vorführungsbefehl zu erlassen.

Das Gericht verkündet folgenden Beschluß: „Das Ausbleiben des Angeklagten Dr. Meyer wird als nicht genügend entschuldigt betrachtet. Die Verhandlung wird bis um 12 Uhr ausgesetzt. Es wird Vorführungsbefehl erlassen. Der Polizeiarzt ist zu ersuchen, festzustellen, ob Dr. Meyer vernehmungsfähig ist."

Inzwischen wurden andere Termine verhandelt.

Etwa um 13.30 Uhr

erscheint Dr. Meyer vorgeführt.

Der Vorsitzende macht den kleinen, unscheinbaren Mann mit dem fanatischen Gesicht, dem es unschwer anzusehen ist, daß ihm die Vorführung arg in die Knochen gefahren ist, darauf aufmerksam, daß er sich diese ganze peinliche Situation hätte ersparen können, wenn er sich entweder rechtzeitig das amtsärztliche Attest besorgt hätte oder eben pünktlich zum Termin erschienen wäre. Der Gerichtsvorsitzende, der schon zu Beginn der Verhandlung mitgeteilt hatte, daß er dem Angeklagten schriftlich nahegelegt habe, sich mit dem Beigeordneten Sieglar irgendwie zu vergleichen, ihm gegenüber eine Ehrenerklärung abzugeben, wies auch jetzt wieder darauf hin, daß Beigeordneter Sieglar bereit sei, im Falle einer solchen Ehrenerklärung den Strafantrag zurückzunehmen.

Statt daß sich nun Meyer vernünftig zu diesen Dingen geäußert hätte, redete er immerfort von Irrtümern, die vorlägen, und protestierte gegen seine Vorführung. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß das jetzt nicht zur Debatte stehe, und daß es dem Angeklagten anheimgestellt sei, sich wegen seiner Vorführung zu beschweren. Als der Vorsitzende nochmals zur Abgabe einer Ehrenerklärung aufforderte,

sagte Meyer, er habe einen Nervenzusammenbruch erlitten

bei seiner Wahlkampfarbeit, er sei außerdem kriegsbeschädigt, er sei nicht vernehmungsfähig und bitte um Vertagung.

Der Staatsanwalt widerspricht dem, von der Annahme ausgehend, daß das ärztliche Gutachten den Tatsachen entspreche.

Schließlich faßt das Gericht den Beschluß, wonach es den Antrag Dr. Meyers auf Aussetzung der Verhandlung ablehnt.

Es wird in die Verhandlung eingetreten.

„Retter"-Meyer verweigert jede Aussage.

Der Gerichtsvorsitzende gibt nun eine Schilderung der Vorgänge, die zu diesem Prozeß geführt haben, etwa in der Art, wie wir sie oben bereits brachten.

Es beginnen dann die Vernehmungen 1. des Nebenklägers und Zeugen Beigeordneten Sieglar. Dieser teilt mit, daß er vom Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß gegen ihn in der Versammlung bei Linden der Vorwurf ehrenrühriger Handlungen erhoben worden sei. Er erklärt, daß er mit der Beschaffung der Mülleimer nicht das geringste zu tun habe. Er zahle monatlich für Heizung 35 RM, und damit sei für ihn die Angelegenheit erledigt. Es sei ihm auch gar nichts davon bekannt gewesen, daß neue Mülleimer besorgt worden seien.

2. Bergmann Peter Klein. Er wohnt in dem Hause Kaiserstraße 47a und besorgt zusammen mit seiner Mutter die Zentralheizung des vorderen Hauses, in dem der Beigeordnete Sieglar wohnt. Er sagt aus: Es handelt sich um ein städtisches Gebäude, und ich hatte bei der Stadtverwaltung die Beschaffung neuer Mülleimer beantragt.

Beigeordneter Sieglar hat mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun.

Schließlich wurde mir von der Stadtverwaltung mitgeteilt, ich könnte die Mülleimer bei Kemper kaufen. — Ich habe im Geschäft nicht gesagt, daß ich die Mülleimer für Herrn Beigeordneten Sieglar hole. Auf die Frage, für wen, habe ich gesagt, es handelt sich um städtische Gebäude, und die Stadtverwaltung bezahlt.

Achtung! Achtung!

Die Kinderfreunde

des Unterbezirks Gelsenkirchen-Recklinghausen rüsten mit Macht zu ihrem

1. Kinderfreundetreffen

das am 27. und 28. September in Gelsenkirchen sein wird. Die Partei und Gewerkschaften werden die Gelegenheit benutzen, um gemeinsam mit den Kinderfreunden ein sozialistisches Treffen durchzuführen. Auch die Sozialistische Arbeiterjugend des Unterbezirks nimmt geschlossen an diesem Treffen teil.

Das Treffen wickelt sich ab, wie folgt:

Samstag, den 27. September:

Eintreffen der auswärtigen Ortsgruppen in Gelsenkirchen.

Alle Gruppen melden sich im Quartierbüro: August-Bebel-Haus.

Im Laufe des Nachmittags Sport, Spiel und Tanz der Gruppen. Wettkämpfe sind sofort anzumelden.

Am Abend Fackelzug von dem Platz an der Ausstellungshalle durch die Straßen der inneren Stadt wieder zurück zum Ausgangsplatz. Dort Abschlußkundgebung.

Am Sonntag, dem 28. September:

Morgens Sport und Spiel und Tanz.

Um 10.30 Uhr im Hans-Sachs-Haus Morgenfeier.

Am Nachmittag große Demonstration. Die Jungen sammeln sich auf der Wiese und holen die Alten von der Ausstellungshalle zum gemeinsamen Demonstrationszug ab. Der Demonstrationszug endet wieder an der Ausstellungshalle mit einer Abschlußkundgebung.

Wir haben das Treffen unter das Motto

Demonstation

gestellt.

Willst du da fehlen?

Alle auswärtigen Ortsgruppen müssen sofort den Gelsenkirchener Kinderfreunden die Beteiligungsziffern und die gewünschten sportlichen Wettkämpfe melden, und zwar an: „Die Kinderfreunde", Gelsenkirchen, Augustastraße 18.

3. Frau Klein. Sie äußert sich in ganz ähnlichem Sinne, wie ihr Sohn.

4. Buchhalter Roßmann kann sich nicht mehr entsinnen, ob gesagt worden ist, die Eimer werden für Herrn Beigeordneten Sieglar geholt. Er sagt: Neben mir haben die beiden Herren Strerath und Müller gestanden. Ich wußte nicht, daß Beigeordneter Sieglar in dem Hause wohnt, für das die Eimer bestimmt waren.

5. Angestellter Heikhaus (er ist Mitglied der Nazis und hat an dem fraglichen Abend die Versammlung bei Linden geleitet). Er sagt aus, Meyer habe gesagt, es werde in der Stadt erzählt, daß Beigeordneter Sieglar sich über städtische Lieferscheine hat zwei Mülleimer in seine Wohnung besorgen lassen. Es wird ihm das polizeiliche Protokoll vorgehalten, laut dem er noch ausgesagt habe, daß Meyer diesem ersten Satz noch hinzufügte: „Jeder von uns kann also in irgendein Geschäft gehen und auf städtische Lieferscheine kaufen." Strerath sei, als die Eimer abgeholt wurden, in dem Geschäft gewesen und habe gesagt, dann könnten wir uns alle solche Lieferscheine verpassen. Wir haben Strerath gefragt, ob seine Darstellung stimme und hinzugefügt, wir würden sonst die Finger davon lassen.

Bei dieser Gelegenheit kommt auch noch zur Sprache, daß schon zu einer Zeit, als Meyer wußte, daß von der Stadtverwaltung und von Sieglar in dieser Angelegenheit Strafantrag gestellt worden sei, noch ein sogenanntes Lustspiel unter dem Titel „Eulalia ist eifersüchtig" zur Aufführung kam, in dem die Eimergeschichte ebenfalls in einer den Beigeordneten Sieglar herabsetzenden Weise behandelt wurde.

6. Oberinspektor a. D. Strerath. Vor seiner Vernehmung gibt Justizrat Klaholt bekannt, daß schon am 25. Februar 1927 Strerath einmal einen Brief an den Beigeordneten Sieglar geschrieben habe, in dem es hieß: Die gegen Sie erhobenen Verleumdungen und Beleidigungen nehme ich mit Bedauern zurück.

Strerath wird daraufhin unter Aussetzung der Vereidigung vernommen und ermahnt, trotz etwaiger feindlicher Gefühle, die er heute noch dem Beigeordneten Sieglar gegenüber etwa empfindet, bei der Wahrheit zu bleiben. Er ist in seinen Aussagen sehr vorsichtig und will lediglich den Satz gehört haben: Man erzählt sich in der Stadt, daß Beigeordneter Sieglar auf Kosten der Stadtverwaltung Mülleimer bekommt. —

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er zu der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei gehört, gibt er die bezeichnende Antwort: „Bis jetzt noch nicht."

7. Heinz Borgmann (das Gericht glaubt ihn im Hinblick auf die ganz besonders gegnerische politische Einstellung zum Angeklagten zunächst unter Aussetzung der Vereidigung vernehmen zu sollen). Er sagt aus: Ich war in der fraglichen Versammlung im Lokal Linden, es war dazu durch Plakate aufgerufen. — In der fraglichen Versammlung wurde über die Finanzpolitik der Stadtverwaltung gesprochen. Es war das Bemühen, die Stadtverwaltung so sehr wie nur irgend möglich herabzusetzen. Im Verlaufe seiner Ausführungen sagte Meyer: Der Beigeordnete Sieglar hat einen Arbeiter in ein Geschäft geschickt und dort Mülleimer holen lassen, die die Stadt bezahle. Das bedeutet, daß jeder von uns in ein Geschäft gehen kann und die Ware dann von der Stadt bezahlen lassen kann. — Die Ausführungen hatten natürlich bei den Versammlungsbesuchern gewirkt, denn als ich aus der Versammlung hinausging, hörte ich, wie gesagt wurde: Na, was soll man nun davon wieder halten? Da weiß man ja gar nicht mehr, was man glauben soll.

Zeuge Strerath wird nochmals befragt, wie er sich im Geschäft zu dem Kauf von Mülleimern geäußert habe. Er behauptet, lediglich gesagt zu haben: Ich bin 30 Jahre städtischer Beamter gewesen, ich habe noch nie von der Stadt Mülleimer bekommen.

Es folgt nun, nachdem die Zeugen Strerath und Borgmann vereidigt worden sind, ein

scharfes Plädoyer des Staatsanwalts

Darin führte dieser etwa aus:

Der Angeklagte wollte nicht nur ein Gerücht wiedergeben, das geht ganz deutlich aus dem Satze hervor:

Wir können also alle in ein Geschäft gehen und die Stadt bezahlen lassen.

Das heißt doch mit dürren Worten, den Vorwurf der Bereicherung auf Kosten der Stadt erheben. Es wird also dem Beigeordneten eine Ungeheuerlichkeit zugemutet, denn es wäre eine Ungeheuerlichkeit, wenn es so gewesen wäre, wie Meyer gesagt hat. Wie aber ist es in Wirklichkeit? Beigeordneter Sieglar hat mit der ganzen Sache nichts zu tun, und aus einem Gerücht macht der Angeklagte eine Ungeheuerlichkeit, die er dem Beigeordneten Sieglar vorwirft, einem Manne gegenüber, der als Beamter ganz besonders im öffentlichen Leben steht. Er behauptet nahezu wider besseres Wissen unwahre Tatsachen, die geeignet sind, den Beigeordneten herabzuwürdigen und verächtlich zu machen. Es galt ihm, den politischen Gegner herabzusetzen. Dazu kommt noch, daß der Angeklagte die Hand zum gütlichen Vergleich zurückgewiesen hat. Der Angeklagte will also keine Ehrenerklärung abgeben, er will also noch weiter Vorwürfe erheben, obgleich er diese Beweisaufnahme miterlebt hat. Er will also weiter Personen mit Kot und Schmutz bewerfen; es kam ihm darauf an, den politischen Gegner zu verunglimpfen, ob mit oder ohne Grund. Seine Beleidigungen sprach er vor einer großen Oeffentlichkeit aus, es erscheint mir eine Geldstrafe nicht mehr als angemessene Sühne der Tat, weil sich der Angeklagte bei seiner Intelligenz seiner Handlungen bewußt sein mußte.

Ich beantrage drei Monate Gefängnis unter Tragung aller Nebenkosten und Publikationsbefugnis im „Volkswillen", in der „Gelsenkirchener Zeitung" und in der „Neuen Front".

Justizrat Klaholt unterstrich zugleich namens des Nebenklägers nochmals alle die Umstände, die die Handlungsweise Meyers besonders verwerflich erscheinen ließen und erklärte, daß er, der auf einem ganz anderen politischen Standpunkt als der Beigeordnete Sieglar stehe, immer gehört habe, daß Sieglar ein sehr rechtlich denkender und handelnder Mensch sei, dessen Beleidigung deshalb um so unangebrachter sei.

Es kam nun

ein klägliches Gestümmle Meyers

Er behauptete: Ich bin hier schutzlos, ich habe keinen Verteidiger, ich konnte mich in meinem Nervenzustand nicht verteidigen. Es kann keine Rede davon sein, daß ich eine Versöhnung zurückgewiesen hätte, ich habe lediglich gesagt, daß ich im Hinblick auf meinen Zustand nicht verhandlungsfähig bin und überhaupt irgendeine Erklärung nicht abgeben kann.

Das Urteil

lautete: Der Angeklagte hat sich der Beleidigung im Sinne der §§ 186 und 200 des StGB. schuldig gemacht, er hat gewissenlos Gerüchte verbreitet, von deren Unhaltbarkeit er sich hätte leicht überzeugen können, er wird zur Zahlung von einer Geldstrafe von 300 RM (im Nichtbeitreibungsfalle für je 30 RM zu einem Tage Gefängnis) und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt, zu denen selbstverständlich auch die Kosten des Nebenklägers treten. Außerdem wird auf Publikationsbefugnis des Urteils im „Volkswillen", in der „Gelsenkirchener Zeitung" und in der „Neuen Front" erkannt.

*

Nachdem uns die ausführliche Berichterstattung über diesen Prozeß schon einen großen Raum gekostet hat, können wir auf die Rolle, die der Befreier Deutschlands, genannt „Retter"-Meyer, in diesem gegen ihn angestrengten Prozeß gespielt hat, nicht mehr eingehen. Für heute nur soviel: Das Nichterscheinen Meyers vor Gericht, der laut ärztlichem Befund durchaus vernehmungsfähig war, hatte mit ernstlicher Krankheit nicht das geringste zu tun, es war lediglich ein feiges Drücken vor der Verantwortung; denn Meyer wußte eben ganz genau, daß er die niederträchtigen Angriffe gegen den Beigeordneten Sieglar nicht aufrechterhalten konnte, er hätte darum gar zu gerne vor dem Wahltag, der nach diesem Prozeß ganz gewiß auch seiner Partei gegenüber besonders zum Zahltag werden wird, diesen Prozeß vermieden, indem er in jeder Beziehung eine klägliche und jämmerliche Rolle spielen mußte.

z—r.

Achtung! Große Herbstkirmes Gelsenkirchen

auf dem bekannten Platz an der Ausstellungshalle, am Sonntag, den 14., Montag, den 15. und Dienstag, den 16. September 1930

Große Neuheiten / Alles Prunkgeschäfte. **Die Veranstalter.**

STADT GELSENKIRCHEN

Wann erhält Gelsenkirchen ein Polizeipräsidium?

Ein Mahnwort an unsere Bürger.

Uns wird geschrieben:

Vor nicht langer Zeit brachten die hiesigen Tageszeitungen — vermutlich aus amtlicher Quelle — die Nachricht, daß von einer Auflösung des Polizeiamts Gelsenkirchen keine Rede sein könne, das sollte heißen, daß in bezug auf die Stelle des Polizeiamtsleiters eine Personalunion zwischen Gelsenkirchen und Buer nicht in Frage käme.

Mit dieser Mitteilung können wir uns in Gelsenkirchen keineswegs zufriedengeben. Für uns muß die Frage akut bleiben: Wann endlich erhält die Großstadt Gelsenkirchen das vor langem versprochene Polizeipräsidium? Es ist ein Widersinn, eine Großstadt von rund 350 000 Einwohnern mit einer großen Kriminalität von Recklinghausen aus überwachen zu wollen. Es ist gleichfalls ein Widersinn, daß die Polizeibereitschaften, wenn sie dringend benötigt werden, von irgendwoher geholt werden müssen.

Es ist notwendig, daß unsere Bürger endlich aufmerken! Die Unterkunftsmöglichkeiten der hiesigen Polizei sind zur Zeit unzulänglich, gänzlich unzulänglich. Und deshalb soll nun — wie verlautet — eine neue Unterkunft geschaffen werden. Was brauchen wir dann? Nun, kein neues Polizeiamtsgebäude, sondern

ein Gebäude, das geräumig genug ist, ein Polizeipräsidium aufzunehmen.

Es gilt, von vornherein ganze Sache zu machen! Aus der Bevölkerung heraus muß eindringlich und immer wieder der Ruf kommen: Gelsenkirchen hat ein unbedingtes Bedürfnis und auch ein Recht darauf, Sitz eines Polizeipräsidiums zu werden! Alle Stellen, denen die Wahrung Gelsenkirchener Interessen anvertraut ist, die Stadtverwaltung, der Verkehrsverein, die wirtschaftlichen Verbände usw., müssen diesen Ruf hören und es als ihre ernsteste Pflicht betrachten, mit Nachdruck die Forderung durchzufechten.

F. A.

Achtung! Naturfreunde vor die Front!

Die Naturfreunde stellen sich gemäß dem Beschluß des Arbeitersportkartells der Sozialdemokratischen Partei zur Wahlarbeit zur Verfügung. Alle Naturfreunde, die noch keine bestimmte Wahlarbeit übernommen haben, melden sich am Sonntag um 10 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Wahltag und Westdeutscher Rundfunk

Wie bei früheren Wahlen, so wird auch in diesem Jahre der Westdeutsche Rundfunk in der Nacht vom 14. zum 15. September durcharbeiten, um die Hörerschaft mit den Wahlergebnissen schnellstens bekanntzumachen. Die ersten Wahlergebnisse werden bereits um 19.20 Uhr mitgeteilt.

Die Arbeitslosenkurve steigt immer höher

Rund 4000 neue Erwerbslose in Gelsenkirchen und dem Vest.

Wie nach den von Zeit zu Zeit erschienenen Mitteilungen über weitere Entlassungen und Abbaumaßnahmen auf den Zechen des Vestes und des Bezirkes Groß-Gelsenkirchen und über das Darniederliegen des Baumarktes zu erwarten stand, ergibt eine Uebersicht über den Stand der Arbeitslosigkeit in dem genannten Gebiete ein immer trüberes Bild. Alle Versuche der Gemeinden, Abhilfe durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit herbeizuführen, sind vergeblich gewesen. Die Entlassungen im Bergbau haben weiter zugenommen, und die ernsthaft in Angriff genommenen Bauvorhaben gehen ihrer Vollendung entgegen. So hat der August rund 4000 neue Erwerbslose in dem genannten Bezirk gebracht.

In Bottrop sind zur Zeit 4500 Arbeitsuchende gemeldet. Eine Steigerung von rund 500 trat hier ein. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger beträgt etwas über 3000. Zwei Drittel aller Arbeitsuchenden bestehen aus abgebauten Bergarbeitern, während die Bauarbeiter und sonstige Berufe den Rest stellen.

Im Bereiche des Arbeitsamts Gladbeck sind rund 4100 Arbeitsuchende vorhanden. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger dürfte 3150 betragen. Wie in Bottrop, so stellt auch in Gladbeck, Kirchhellen und Bezirk Dorsten der Bergbau den Hauptanteil an den Arbeitsuchenden. An zweiter Stelle folgt die Bauwirtschaft.

Im Arbeitsamtsbezirk Gelsenkirchen-Buer hat die Zahl der Erwerbslosen gleichfalls eine nicht unwesentliche Steigerung erfahren. Beinahe 17 000 Arbeitsuchende sind dort vorhanden. Auf Buer, Westerholt und Horst, die drei vestischen Kommunen, entfällt hiervon ein beachtlicher Teil.

Das Arbeitsamt Recklinghausen hat rund 4200 Arbeitsuchende. Seit dem 1. September dürfte hier indessen keine Erhöhung eingetreten sein. Hauptunterstützungsempfänger sind gegen 3000 zu verzeichnen. Der Bergbau stellt gleich den anderen Arbeitsämtern auch im Recklinghäuser Gebiet den größten Prozentsatz Arbeitsloser. Dennoch steht Recklinghausen bezüglich der Erwerbslosenziffer im Verhältnis zu der Gesamtbevölkerung noch am günstigsten.

Insgesamt sind somit im ganzen Veste, einschließlich Gelsenkirchen-Buer, fast 30000 Arbeitsuchende vorhanden. Da noch weitere Entlassungen in Bottrop und Gladbeck im Bergbau im Laufe des Septembers und Oktobers zuverlässigen Meldungen gemäß bevorstehen, ist mit einer weiteren Steigerung der Erwerbslosenziffer bestimmt zu rechnen.

Böser Ausgang einer nationalsozialistischen Demonstration

Ein Gladbecker Theologiestudent in Essen erstochen!

Gladbeck, 11. September.

Am Mittwochabend hatte in Essen in den Ausstellungshallen der thüringische Minister Dr. Frick bei einer nationalsozialistischen Wahldemonstration gesprochen. Im Anschluß an die Kundgebung fand dann ein Fackelzug statt, in dem mehrere tausend Versammlungsteilnehmer zum Burgplatze marschierten. Nachdem sich der Zug, der von der Polizei stark geschützt worden war, so daß Reibereien mit politisch anders Gerichteten im wesentlichen vermieden wurden, auf dem Burgplatze aufgelöst hatte, wollten die beiden Gladbecker Studenten der evangelischen Theologie, die Brüder Heinz und Ernst Oetting, Söhne des verstorbenen Gladbecker Pfarrers Fritz Oetting, sich zur Straßenbahn begeben, um die Heimfahrt anzutreten. Sie schlossen sich einem Trupp das Hitlerlied singender Leute an. Es entstanden zwischen den beiden Brüdern Oetting und den übrigen Teilnehmern des Trupps Reibereien, in deren Verlauf der jüngere Oetting, der sich mit dem Fackelstiel zu wehren versucht hatte, zur nächsten etwa 50 bis 100 Meter entfernten Polizeistreife eilte, um Schutz zu suchen. Sein Bruder Heinz Oetting rief auf einmal: „Ich bin auch geschlagen" und suchte Hilfe bei der nächsten Rettungswache. Hier stellte sich dann heraus, daß Oetting nicht geschlagen, sondern gestochen war, und er wurde nach den Städtischen Krankenanstalten gebracht, wo ein gefährlicher Lungenstich festgestellt wurde. Sein jüngerer Bruder hatte sich in dem Glauben, daß Heinz Oetting, von dessen Verletzung er nichts wußte, das gleiche tun werde, auf dem schnellsten Wege nach Hause begeben, und erst, nachdem trotz langen Wartens der Sohn und Bruder ausblieb, erfuhren die entsetzten Angehörigen auf Erkundigungen hin, was inzwischen geschehen war. Der Verletzte ist dann am Donnerstagvormittag gegen 9 Uhr an innerer Verblutung gestorben. Ueber den Täter ist nichts genaueres bekannt, da er sofort nach der Tat in der Menge untergetaucht ist.

13. Fußballbezirk

Die in der Donnerstagnummer des „Volkswillen" erschienene Notiz, daß die Vereine laut Terminnot ihrem Spielbetrieb am 14. September obliegen können, entspricht nicht den Tatsachen. Das Spielverbot bleibt bestehen, laut Kreisratsbeschluß. Sämtliche Fußballer stellen sich der Sozialdemokratischen Partei zur Wahlarbeit zur Verfügung.

Der Bezirksausschuß. J. A. Buschor.

Benutzung der Schnellzüge mit Sonntagsfahrkarte

Die einschränkende Tarifbestimmung, wonach bei Benutzung von Schnellzügen mit Sonntagsrückfahrkarten mindestens der Schnellzugszuschlag der Zone 2 zu bezahlen ist, wird versuchsweise mit Wirkung vom 13. September dieses Jahres außer Kraft gesetzt.

Bei Entfernungen bis zu 75 Kilometer braucht mithin künftig nur der Zuschlag der Zone 1 gelöst zu werden. Dieser Zuschlag beträgt in der 3. Klasse eine Reichsmark und in der 2. Klasse zwei Reichsmark.

Der Zustand des Stadtinspektors Kürzel sehr ernst

Stadtinspektor Kürzel vom hiesigen Fürsorgeamt, der, wie bereits gemeldet, am Montagabend bei einem Verkehrsunfall auf der Ahstraße schwer verletzt wurde, liegt noch immer besinnungslos darnieder, und es besteht leider wenig Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten.

Hauptausschußsitzung. Am kommenden Donnerstag, dem 18. September, findet im Rathaus, Gelsenkirchen, eine Sitzung des Hauptausschusses statt.

„Duftige" Sachen. In Verwahrung der Kriminalpolizei befinden sich 15 kleine Kisten mit Käse, eine Kiste mit 25 Pfund Backpflaumen und eine geschlachtete Ente. Diese Sachen dürften aus einer strafbaren Handlung herrühren, und wollen sich Geschädigte, da es sich um verderbliche Ware handelt, umgehend bei der Kriminalpolizei, Gelsenkirchen, Zimmer 10, melden.

Diebstahl. Aus einem Kraftwagen am Schalker Markt wurde einem auswärtigen Kaufmann eine Aktentasche gestohlen. In dieser befanden sich ein Führerschein, lautend auf den Namen „Alois Acira", eine Wagenversicherungspolice der Leipzig-Aachener Versicherung und ein Wechsel über 1400 RM.

Betrüger. Gegen einen hiesigen Hausbesitzer sind mehrere Anzeigen wegen Betruges erstattet, weil er freiwerdende Wohnungen an verschiedene Wohnungssuchende vermietete und dann später, nachdem die Betreffenden die Miete im voraus bezahlt hatten, ihnen das Einziehen unter allerlei Ausreden vorenthielt. Die bereits bezahlte Miete erhielten die Mieter nicht zurück.

Festgenommen und dem Amtsgericht in Gelsenkirchen vorgeführt wurde der Händler K. St. von hier, weil er ein ihm anvertrautes Fuhrwerk unterschlug und in Recklinghausen Süd für einen Spottpreis verkaufte.

Festgenommen wurde ein Händler von hier wegen Betruges, weil er am hiesigen Hauptbahnhof homöopathische Arzneimittel als Kokain zu verkaufen suchte.

STADTTEIL BUER

Schwerer Verkehrsunfall

In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag, gegen 1.30 Uhr, wurde der Polizei-Oberwachtmeister Felsen, wohnhaft Buer, Schillerstr. 1, von einem Personenwagen angefahren und schwer verletzt. Ohne sich um den Verletzten zu kümmern, fuhr der rücksichtslose Fahrer weiter. Die Wagennummer ist erkannt. Der Verletzte wurde von der Unfall- und Rettungswache zum Marienhospital gebracht.

Grubenunfälle

Im unterirdischen Betriebe der Zeche Welheim erlitt bei der Ausübung seines Berufes der Bergmann Ernst Loeber eine schwere Verletzung der Hüften. Er wurde zu Tage gefördert und dem Krankenhaus Bergmannsheil zugeführt. Auf der Zeche Konsolidation erlitt der Bergmann August E. eine Handverletzung und mußte ebenfalls einem Krankenhaus überwiesen werden.

Böser Sprung. Beim Spielen verletzte sich durch einen Sprung ein 8jähr. Junge auf einem Grundstück an der Resser Straße derart, daß er nach Anlegung eines Notverbandes mit einem Handwagen zu seiner elterlichen Wohnung geschafft werden mußte. Der Junge hatte sich durch einen Sprung mit bloßen Füßen in ein Glasstück eine heftig blutende Beinwunde zugezogen.

Ein Rüpel erstattete Besuch. Einem Hausmädchen, V. J., aus der de-la-Chevallerie-Straße wurden am 9. dieses Monats, in der Zeit von 10 bis 16 Uhr, nachstehende Sachen aus ihrem verschlossenen Schlafzimmer, und zwar aus dem unverschlossenen Schranke entwendet: Ein 5-Markstück aus der Vorkriegszeit, drei 50-Pfennigstücke aus der Vorkriegszeit und 0,15 RM Bargeld. Eine im Schrank aufbewahrte Damenunterhose wurde von dem Täter zerschnitten.

Zusammenstoß zweier Radfahrer. Am Dienstagabend stieß die Radfahrerin Frau Anna Jansen Marl an der Ecke Polsumer und Oberfeldinger Straße mit einem anderen Radfahrer zusammen. Frau J. erlitt einen Unterschenkelbruch und wurde mit einem Krankenwagen in ihre Wohnung übergeführt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

STADTTEIL HORST

Endlich gefaßt

Die sich mehrenden Klagen, daß in der Umgebung des Rosenhügels an der Grenze von Gladbeck, Buer und Horst unsittliche Belästigungen von allein dort gehenden Frauen und Mädchen erfolgten, dürften jetzt wohl zum Verstummen kommen. Denn als am Mittwochvormittag eine Mannsperson dort wiederum ein junges Mädchen in schamloser Weise belästigte, konnte die benachrichtigte Polizei zugreifen und den Unhold festnehmen.

Auch Zechenbeamte fallen dem Abbau zum Opfer. Im Zusammenhange mit den großen Arbeiterentlassungen auf den Zechen Matthias Stinnes 1-2, Matthias Stinnes 3-4 und Vereinigte Welheim gelangen auch 21 Zechenbeamte zur Entlassung. Ihre Zahl verteilt sich auf die drei Betriebe entsprechend den Arbeiterentlassungen.

Neuauflage amtlicher Fernsprechbücher

Die amtlichen Fersprechbücher für den Oberpostdirektionsbezirk Düsseldorf und das Niederrheinisch-Westfälische Bezirksnetz werden neu aufgelegt. Die Vorarbeiten dazu sind in vollem Gange. Sie werden am 1. Oktober abgeschlossen. Die neuen Bücher erscheinen voraussichtlich Anfang Januar 1931.

Wer in dem neuen Buche richtig eingetragen sein und sich später Aerger und Unannehmlichkeiten ersparen will prüfe möglichst sogleich seine Eintragung in der Ausgabe 1929 oder dem Nachtrag dazu und teile etwa notwendige Aenderungen sofort seiner Fernsprechvermittlungsstelle schriftlich mit. Auf die gebührenpflichtigen Eintragungen machen wir besonders aufmerksam. Sie werden, falls deren Wegfall oder Aenderung nicht bis zum Oktober (spätestens) schriftlich beantragt ist, unter Berechnung der Gebühr unverändert in die neue Auflage übernommen. Die etwa beabsichtigte Anmeldung eines neuen Fernsprechanschlusses empfehlen wir bald auszuführen, damit er noch in das neue Buch eingetragen werden kann.

Wählerinnen Wählt zur Schuh- und Bodenpflege **Büdo**

Wahlzeit am Sonntag, dem 14. Sept., von 8 bis 17 Uhr

Wer am Vormittag wählt, erleichtert die Wahlarbeit!

Ein Aufruf an die Gewerbetreibenden

Der Hauptvorstand des Einheitsverbandes der Handel- und Gewerbetreibenden erläßt folgenden Wahlaufruf:

Das deutsche Volk steht vor der Aufgabe, am 14. September das Reichsparlament neu zu wählen. Die Neuwahl des Reichstags fällt in eine Zeit schwierigster Wirtschaftslage. Neben dem Millionenheer der Arbeitslosen sind weiteste Schichten des gewerblichen Mittelstandes in harte, wirtschaftliche Bedrängnis geraten. Die Kaufkraft der breiten Volksmasse, zugleich der Lebensnerv der Existenz von Millionen Handel- und Gewerbetreibenden, hat einen erschreckenden Tiefstand erreicht. Regierungsmaßnahmen des Kabinetts Brüning drosseln weiter, die an sich schon so stark geschwächte Kaufkraft.

Die wirtschaftliche Vormachtstellung der Kartelle und Trusts hat die freie Entwicklungsmöglichkeit des Klein- und Mittelbetriebes auf ein Mindestmaß beschränkt. Die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation hat vor der selbständigen Existenz der Handel- und Gewerbetreibenden nicht Halt gemacht. Sie hat das wirtschaftliche Dasein von Millionen Selbständiger in ihre Abhängigkeit gebracht und dadurch weite Kreise der Selbständigenschicht proletarisiert. Zu der Masse der unterdrückten Lohnarbeiter gesellt sich das Heer der unterdrückten Handel- und Gewerbetreibenden; beide Opfer kapitalistischer Wirtschaftsorganisation.

In der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung der Letztzeit kommt der ungeheure Einfluß der Kapitalgewaltigen so recht zum Ausdruck. Steuern wälzt man auf die Schultern der Kleingewerbetreibenden und Konsumenten ab. Verschlechterungen in der Sozialversicherung, Lohnabbau, also Schwächung der Kaufkraft, wird mit Hilfe des Brüning-Kabinetts des Besitzes durchgeführt. Besitzinteressenpolitik statt Interessenpolitik der schaffenden Mehrheit steht im Vordergrund.

Handel- und Gewerbetreibende, eure Interessen liegen nicht in dieser Richtung. Nicht die Steuerpolitik, die Handels- und Schutzpolitik, die Sozial- und Lohnpolitik des Kabinetts Brüning, die sich rücksichtslos gegen die Mehrheit des schaffenden Volkes richtet, fördern Handel und Gewerbe. Nicht für eine Wirtschaftspolitik, die die Lebenslage breitester Volksschichten verschlechtert, sondern die Kaufkraft der Massen hebt, hat der Handel- und Gewerbetreibende ein Interesse. Nur wenn der Arbeiter beschäftigt ist und gut verdient, kann auch der Handel- und Gewerbetreibende existieren. Die Lebenslage der Gewerbetreibenden ist abhängig von dem Lebensstandard der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Alle Bestrebungen, die Kaufkraft zu heben, müssen im ureigensten Interesse der Handel- und Gewerbetreibenden unterstützt und gefördert werden. Nicht Abbau der Sozialversicherung, sondern Ausbau und Einbeziehung der Kleingewerbetreibenden unter ihren Schutz, ist das Erfordernis der Jetztzeit.

In einem Augenblick, in dem auf allen Gebieten der Wirtschaftspolitik der Einfluß der Kapitalgewaltigen immer stärker wird, gibt es für die unterdrückte proletarisierte Selbständigenschicht keine andere Losung, als mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft einzutreten für einen Wahlsieg der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratische Partei allein bietet die Gewähr, den Kampf um den Ausgleich der Interessen, erfolgreich zu führen. An ihrer Geschlossenheit und Stärke zerschellten weitere Angriffe der Reaktion.

In dem Kampfe um den Ausbau der Deutschen Republik, in dem Ringen nach einer gerechteren demokratischen Wirtschaftsordnung bleibt die Sozialdemokratie Bahnbrecherin.

Als Partei der Schaffenden und Unterdrückten sucht die Sozialdemokratie alle Schichten des arbeitenden Volkes von kapitalistischer Willkür, Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien.

Handel- und Gewerbetreibende, Wahlkampf ist Wirtschaftskampf. Es geht um eure Zukunft.

Entscheidet mit am 14. September für einen Sieg der Sozialdemokratie.

Disziplinarverfahren gegen einen Stadtinspektor wegen Beteiligung an der NSDAP.

Auf Anordnung des preußischen Ministers des Innern hat der Regierungspräsident von Aachen gegen den Stadtinspektor Otto Pieperbeck in Düren das Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Entfernung aus dem Amte eingeleitet und seine sofortige Suspension vom Amte verfügt, weil er sich entgegen dem Beschluß des Staatsministeriums innerhalb der NSDAP. an leitender Stelle betätigt hat.

Frauenmord in Herbede

Das Opfer eines Sittlichkeitsverbrechens?

Am Dienstagmorgen, gegen 10 Uhr, wurde zu Herbede die 60jährige Lina Kiekuth in ihrer Wohnung, Kirchweg 4 zu Herbede, von zwei Frauen aus Witten, die bei der Kiekuth Obst kaufen wollten, tot aufgefunden. Das Wohnhaus ist ein einsames Bauerngehöft, etwa 250 Meter von der nächsten Ansiedlung entfernt. Die Haustür war von innen durch vorgelagerte Steine zugehalten. Die Tote lag zwischen einem Heuhaufen und einer Wannenmühle in der Tenne auf dem Rücken. Ihre Kleidung war zerrissen. Außer schwarzen Strümpfen trug sie keine andere Fußbekleidung. Nach Lage der Sache scheint die Frau, die sehr zurückgezogen gelebt hat, in ihrem Hause überfallen und getötet worden zu sein. Verschiedene Anzeichen deuten auf ein Sittlichkeitsverbrechen hin. Die Ermordete wurde zuletzt am Montagnachmittag, gegen 6 Uhr, in ihrer Wohnung gesehen. Es ist anzunehmen, daß die Tat bereits am Montagabend geschehen ist. Ein Raubmord scheint nach den bisherigen Ermittlungen nicht in Frage zu kommen. Die Mordkommission Bochum in Verbindung mit der zentralen Mordkommission Ruhrgebiet begab sich sofort an den Tatort und nahm die Ermittlungen gemeinsam mit den zuständigen Beamten der Landjägerei auf.

Angaben, die zur Ergreifung des Täters führen können, nehmen die Kriminalbeamten Bochum, die örtlichen Polizeidienststellen und die Polizeiverwaltung Herbede entgegen.

Geschäftliche Mitteilungen

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie
5. Klasse (Hauptziehung), 28. Ziehungstag.

In die Lotterie-Einnahmen von Gelsenkirchen und Buer fielen folgende Gewinne zu 150 RM (Einsatzgewinn):

15 762 21 546 34 528 37 912 37 973 38 008 61 168 62 575 62 607 62 660 112 571 112 796 114 314 114 316 114 328 169 549 171 131 188 844 189 588 205 642 205 809 208 167 208 190 240 274 240 685 320 308 341 805 348 135 348 150 348 162 348 185.

Die höheren Gewinne werden den Spielern sofort durch verschlossenen Brief mitgeteilt. Bestellungen auf neue Lose zur 1. Klasse werden schon jetzt entgegengenommen.



Freitag • Samstag

2 Strumpftage

Ein neuer Beweis unserer Leistungsfähigkeit
Strümpfe in hochwertigen Qualitäten
außergewöhnlich billig!

Damen-Strümpfe K'Waschseide, in mod. Farben . . . . . Paar 0.75 **0.50**

Damen-Strümpfe Waschseide, Doppelsohle und Hochferse . . . . . Paar 1.25 **0.95**

Damen-Strümpfe Ia. Waschseide, fein maschig, sehr elegant . . . . . Paar 1.95 **1.45**

Damen-Strümpfe sehr solide, mit Kunstseide plattiert . . . . . Paar 1.25 **0.95**

Damen-Strümpfe Waschseide, plattiert in Modefarben, mit 4fach. Fuß- und Spitzferse . Paar 2.45 **1.95**

Damen-Strümpfe Wolle plattiert, ganz besonders vorteilhaft . . . . . Paar 1.45 **0.95**

Unterzieh-Strümpfe sehr solide Qual. **0.50**

Herren-Socken Seidenflor, Jacquardmuster . . . . . Paar 0.95 **0.75**

Herren-Socken Wolle mit Seide, meliert, in verschiedenen Farben . . . . . Paar **1.25**

Herren-Socken reine Wolle 1×1-Schaft, regulär gestrickt . . . . . Paar **0.95**

Kinder-Strümpfe Marke Eisenfest", eig. Fabrikat (jede weitere Größe 0.15 mehr) Größe 1 Paar **0.95**

Kinder-Strümpfe unser. Spezial Qualität, reine Wolle, farbig . . . Größe 1 Paar **1.25** jede weitere Größe 0.15 mehr

Kinder-Strümpfe Ia. reine Wolle, m. Laufmasche, farbig (jede w. Gr. 0.15 mehr) Gr. 1 **1.30**

Gelsenkirchen - Bahnhofstraße
Beachten Sie unsere Schaufenster-Auslagen Bahnhofstraße

Gegen Wahlterror!

Wie bei jeder Wahl, besteht auch dieses Mal die Gefahr, daß die radikalen Parteien das Wahlergebnis durch Terror zuungunsten der republikanischen Parteien zu beeinflussen suchen.

Alle republikanischen Wähler werden gebeten, darauf zu achten, daß die Wahlhandlung überall ordnungsgemäß vollzogen wird und insbesondere das Wahlgeheimnis gewahrt bleibt, daß Republikaner überall in den Wahlvorständen vertreten sind, und daß die Stimmabgabe nirgends durch wirtschaftlichen Druck beeinflußt wird. Es muß unter allen Umständen jedem Republikaner möglich sein, seiner Wahlpflicht nachzukommen, da es diesmal auf jede einzelne Stimme ankommt.

Die Republikanische Beschwerdestelle, Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137, bittet, ihr jeden Fall mitzuteilen, in dem Wahlterror ausgeübt wird oder entgegen Regierungsverboten Beamte Agitation für radikale Parteien treiben. Alle Mitteilungen werden, wie immer, vertraulich behandelt.

Die Kampfesart der Staatsfeinde erfordert äußerste Wachsamkeit aller Republikaner!

Ein gefährlicher Falschmünzer vor Gericht

Vor dem Erweiterten Schöffengericht Essen hatte sich der 51 Jahre alte Bauingenieur Wilhelm Engelhard aus Wanne-Eickel wegen gewerbsmäßiger Falschmünzerei zu verantworten. Der Angeklagte ist wegen Münzverbrechens mehrfach vorbestraft und verbüßte zuletzt eine mehrjährige Zuchthausstrafe, die er vom Bochumer Schöffengericht erhalten hatte. Als er auf freiem Fuß war, nahm er sein verwerfliches und gefährliches Handwerk sofort wieder auf. Diesmal hat er falsche 20-Mark-Scheine angefertigt, und zwar mit einer derart beachtenswerten technischen Geschicklichkeit, daß nur ein geübtes Auge die Fälschung erkennen konnte. Die falschen Geldscheine setzte er selbst ab, und zwar in Gastwirtschaften und Geschäftsläden zu Osterfeld, Oberhausen und in der Umgebung. Vorübergehend ging er auch über die Grenze und ließ sich in Holland nieder. Die Kriminalbeamten in allen Städten fahndeten monatelang nach dem Hersteller und Verbreiter der falschen Scheine, konnten ihn aber nicht ermitteln, bis der Angeklagte eines Tages auf frischer Tat erwischt wurde, als er in einer Gastwirtschaft zu Oberhausen einen falschen Zwanzigmarkschein verausgabte. Der Angeklagte ist der geschickteste und gefährlichste unter allen Falschmünzern des rheinisch-westfälischen Industriegebiets. Das betonte auch der Staatsanwalt, und er trug dieser Tatsache dadurch Rechnung, daß er eine Zuchthausstrafe von 8 Jahren gegen den gefährlichen Burschen forderte. Das Gericht blieb wesentlich unter dem beantragten Strafmaß und erkannte auf 4 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Zwei Mitangeklagte, der Erwerbslose Peter Lindner und der Handelsmann Hubert Bügeler, beide aus Oberhausen, die dem Angeklagten bei der Herstellung und Verausgabung der Falschscheine behilflich gewesen waren, kamen mit Gefängnisstrafen davon, und zwar erhielt Lindner 10 und Bügeler 7 Monate Gefängnis.

Vom mittelrheinischen Weinbau

Die Reife der Trauben nimmt in den letzten Tagen zu. In verschiedenen Gemeinden des Mittelrheingebietes ist der Weinbergschluß schon vollzogen. Manche Gemeinden werden ihre Weinberge erst im Laufe der kommenden Woche schließen. In den Weinberggemarkungen hat die Peronosporakrankheit teils geringen, teils größeren Schaden angerichtet. Bei dem heutigen Stande der Weinberge ist immer noch mit einem guten Mittelherbst zu rechnen. Die unausgesetzten Bemühungen der Winzer, die Weinberge gesundzuerhalten, sind in den meisten Fällen geglückt. Die Trauben machen jetzt eine bessere Entwicklung an. In mittelrheinischen Gemarkungen wurden auch wiederum glücklicherweise in geringerer Anzahl Reblauserkrankungen festgestellt. Die verseuchten Weinberge sind sofort durch die Begehungskommissionen abgesperrt worden, um ein Uebergreifen der Krankheit auf andere Weinberge zu verhindern. Im Weingeschäft ist noch keine Belebung eingetreten. Meistens kommen nur kleinere und kaum nennenswerte Verkäufe zustande.

Bestrafte Brandstifter

Oberneubrunn.

Weil er einen brennenden Zigarettenstummel in unachtsamer Weise in einen Heuschober warf, erhielt K. F. vom Amtsgericht in Eisfelde ine Strafe von 2 Monaten Gefängnis.

Liegnitz.

Der Landwirt Alfred H. aus Waldau steckte im Juni 1929 seine Feldscheune vorsätzlich in Brand. Vom Schöffengericht wurde er zu drei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und 300 RM Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil legte er Berufung ein, die jetzt von der Großen Strafkammer verworfen wurde.

Magdeburg.

3½ Jahre Zuchthaus, 5000 RM Geldstrafe und 3 Jahre Ehrverlust verhing das Schöffengericht gegen den Angeklagten Kurt Hubert R. wegen Versicherungsbetruges in Tateinheit mit Brandstiftung, eines versuchten Betruges und eines Diebstahls.

Salzwedel.

Vater, Mutter und Sohn wegen Brandstiftung verurteilt. Im Strafverfahren gegen den Landwirt L. aus Dähre, seine Ehefrau und seine Söhne Adolf und Hermann wegen Brandstiftung und Versicherungsbetruges fällte das Altmärkische Schwurgericht folgendes Urteil:

Adolf L. jun. erhält ein Jahr und drei Monate Zuchthaus wegen Brandstiftung und versuchten Versicherungsbetruges, L. sen. wegen Beihilfe zur Brandstiftung und versuchten Versicherungsbetruges elf Monate Gefängnis, Frau L. wegen versuchten Versicherungsbetruges zwei Monate Gefängnis. Ein Sohn wurde freigesprochen.

GELSENKIRCHEN-BUER

Achtung, Agitationsleiter und Wahlhelfer!

Die Flugblätter sind bei den Ortsgruppenleitern und den von den Ortsgruppen bestimmten Stellen eingetroffen und müssen heute nachmittag abgeholt und verteilt werden.

SPD., Ortsgruppe Resse

Freitag, den 12. dieses Monats, 18 Uhr, im Lokal Wieland (nicht im Lokal Chemnitz), Middelicher Str.:

Große öffentliche Wählerversammlung.

„Ein letztes Wort an das arbeitende Volk."

Redner: Bergarbeiterführer Borgschulte (Bochum). Freie Aussprache. Wir bitten alle Parteimitglieder und Gewerkschaftler, zu dieser Versammlung zu erscheinen und Freunde und Bekannte mitzubringen.

SPD., Ortsgruppe Scholven.

Heute, Freitag, den 12. September, 18 Uhr, bei Glos:

Große öffentliche Wählerversammlung.

„Ein letztes Wort an das arbeitende Volk."

Redner: Kamerad Beckmann vom Vorstand des Bergbauindustriearbeiterverbandes. Wir bitten alle Parteimitglieder und Gewerkschaftler, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

SPD., Ortsgruppe Altstadt.

Achtung, Agitationsleiter und Wahlhelfer!

Die Flugblätter müssen sofort auf dem Parteibüro, Augustastraße 18, abgeholt werden.

SPD., Ortsgruppe Schalke.

Achtung! Alle Parteigenossen, Freigewerkschaftler, Mitglieder der Arbeiter-Sportvereine und der Kulturbewegung von Schalke, die gewillt sind, am Sonntag, dem 14. Sept., für die Sozialdemokratische Partei Wahlarbeit zu leisten, werden gebeten, sich Sonntag morgen 8 Uhr im Lokale Heining, Gewerkenstraße, einzufinden.

Ortsgruppe Bulmke.

Samstag nachmittag müssen die letzten Flugblätter verteilt werden. Am Sonntag melden sich die Parteigenossen, die noch keine bestimmte Wahlarbeit übernommen haben, im Lokale Döhring, Ecke Hohenzollern- und Olgastraße. Dies ist das Zentralwahllokal der Ortsgruppe Bulmke. Nach Schluß der Wahl sind die Resultate der einzelnen Stimmbezirke aus der Ortsgruppe Bulmke dahin zu melden. Telefon-Nr. 22722.

Ortsgruppe Bismarck Ost.

Zentralwahllokal ist Kohring, Bismarckstraße. Alle Wahlhelfer und Freunde unserer Bewegung, die sich als Wahlhelfer beteiligen wollen, treffen sich dort Sonntag morgen um 7.30 Uhr.

SPD., Ortsgruppe Buer Mitte.

Samstag, den 13. dieses Monats, 19 Uhr, findet im Volkshaus, Gladbecker Straße, eine wichtige Funktionärsitzung statt. Alle Funktionäre und Wahlmitarbeiter müssen unbedingt erscheinen.

Der Vorstand.

Ortsgruppe Rotthausen.

Sämtliche Funktionäre und Wahlhelfer treffen sich am Samstag um 19.30 Uhr beim Genossen Praske (Volkshaus) zu einer Besprechung. Diejenigen, die an dieser Besprechung nicht teilnehmen können, treffen sich dort am Sonntagmorgen um 7.30 Uhr. Weiterhin melden sich alle Genossen, Freigewerkschaftler und Reichsbannerkameraden, die sich zur Wahlarbeit noch zur Verfügung stellen, am Sonntagmorgen beim Genossen Praske (Volkshaus).

KINDERFREUNDE

Kinderfreunde, Gelsenkirchen.

Achtung! Helferkreis!

Heute, Freitag, 20 Uhr, im August-Bebel-Haus: Wichtige Helfersitzung. Es wird erwartet, daß alle Helfer rechtzeitig zur Stelle sind.

SAJ JUGEND-VERANSTALTUNGEN

SAJ., Gelsenkirchen.

Achtung, Wahlarbeit!

Jugendgenossinnen und -genossen! Wir stellen uns am Sonntag, dem 14. dieses Monats, restlos der Partei zur Verfügung. Es ist Pflicht aller, sich bei den Ortsgruppenführern zu melden, um in irgendeiner Form, als Listenführer, Schlepper usw., bei der Wahl mitzuhelfen. Der Sieg der Partei ist auch unser Sieg. — Nach Beendigung der Wahl sind wir im Jugendheim.

SAJ., Bezirk Buer.

Gemeinsam mit der Partei leisten wir am Sonntag unsere Wahlarbeit. Es trifft sich:

Buer-Erle um 8 Uhr bei Achenbach,
Buer Mitte um 8 Uhr im Volkshaus,
Buer-Hassel um 7 Uhr im Zechengasthaus,
Buer-Scholven um 8 Uhr bei Klose, Juliusweg 10.

SAJ., Buer-Scholven.

Unser Gruppenabend fällt heute Abend aus, dafür beteiligen wir uns an der um 6 Uhr bei Glos stattfindenden öffentlichen Wählerversammlung.

Freundschaft.

ARBEITER-SPORT

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Wir machen unsere Mitglieder noch einmal darauf aufmerksam, daß unsere Jugendgruppe ab Montag, den 15. dieses Monats, wieder regelmäßig zum Tanzabend zusammenkommt.

Arbeiter-Schach

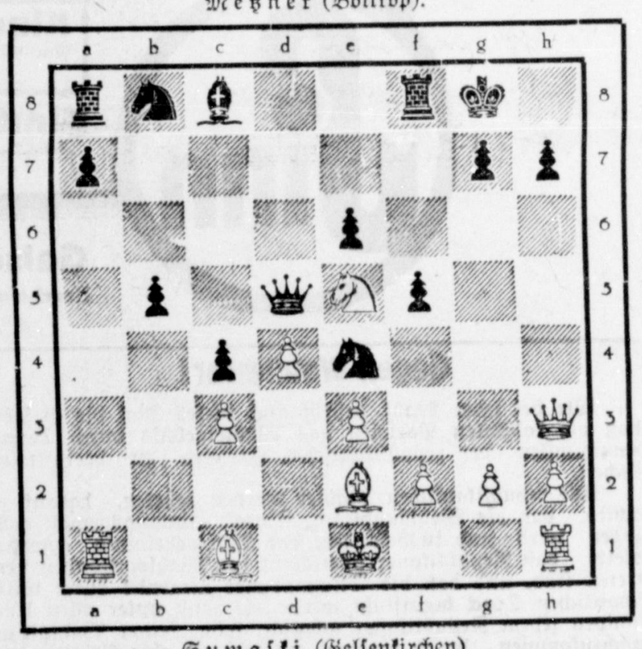
Spielgelegenheiten:

Gelsenkirchen: Mittwochs ab 20 Uhr: Gewerkschaftshaus, Freitags ab 20 Uhr: Volkshaus. — Buer-Mitte: Mittwochs ab 19 Uhr, Sonntags ab 14 Uhr: Restaurant Lindenhof. — Hassel: Mittwochs ab 19 Uhr und Sonntags ab 10 Uhr: Restaurant Grümer. — Erle: Sonntags ab 14 Uhr: Restaurant Matheis. — Resse: Sonntags ab 10 Uhr: Restaurant Romerswinkel. — Scholven: Mittwochs ab 19 Uhr und Sonntags ab 10 Uhr: Rest. Müller. — Alle diese Spalte betreffenden Mitteilungen sind zu richten an: Hans Franzen, Gelsenkirchen, Wanner Straße 43.

Spielstudie Nr. 2.

In dem Meisterschaftsspiel der B-Klasse Gelsenkirchen gegen Bottrop am vergangenen Sonntag war Schwarz am zweiten Brett in einem Damengambit im Mehrbesitz des Gambitbauern geblieben. Die Verteidigung dieses Bauern hatte ihm aber eine arg zerrissene Stellung eingebracht, die Weiß geschickt zum Gewinn ausnützte! Nach dem 13. Zuge von Schwarz entstand folgende Stellung:

Metzner (Bottrop).



Sumaski (Gelsenkirchen).

14. Le1—a3! Tf8—e8?

Jetzt mußte Schwarz durch Sd7 die Qualität opfern; er ist aber scheinbar noch ahnungslos.

15. Le2—b5!! Dd5—d8

Auch Tf8 rettet nicht mehr, wegen Sg6. Schwarz sieht nun plötzlich das drohende Ungewitter und sucht durch das Qualitätsopfer seinen Gegner zu besänftigen, der sich aber auf nichts mehr einläßt.

16. Lb5—f7+ Kg8—h8
17. Se5—g6 matt.

*

Gelsenkirchen A-Klasse — Beek A-Klasse 6 : 3, eine Hängepartie.

Die gefürchtete vierte Runde ist vorüber und hat bewiesen, daß die hohen Siege in den ersten Runden nicht nur vom Glück abhängen. Es wurde außerordentlich hart gekämpft. Die Spitze der Mannschaft, die mit einem großen Kampf zu rechnen hatte, spielte bis zum vierten Brett mit Zeitkontrolle. Und fast an allen vier Brettern wurde die Zeit vollständig ausgenutzt. Die Partie am ersten Breit mußte nach vierstündiger Spieldauer abgebrochen werden. Sie wird an einem neutralen Ort zu Ende geführt werden. In dieser Partie führt der Gelsenkirchener Spieler die schwarzen Steine. Er tauschte schon im frühen Mittelspiel die Dame für drei Offiziere bei besserer Stellung. In der schweren, problemartigen Partie fand Schwarz nicht die richtige Gewinnfortsetzung und steht bei Abbruch materiell etwas schlechter. Es ist aber durchaus möglich, daß es noch zu einem Remis langt.

Nachfolgend die Resultate an den einzelnen Brettern:

Gelsenkirchen:		Beek:	
Brett 1:	Stein	— Peiser	abgebrochen
Brett 2:	Franzen	— Pilasek M.	1 : 0
Brett 3:	Platzek	— Adler	1 : 0
Brett 4:	Schröter	— Stachowiak	1 : 0
Brett 5:	Müller	— Kohn A.	0 : 1
Brett 6:	Sinkowek	—Pilasek J.	1 : 0
Brett 7:	Beine	— Kunze	1 : 0
Brett 8:	Bischof	— Sturm	0 : 1
Brett 9:	Besching	— Balzer	1 : 0
Brett 10:	Mildner	— Kohn G.	0 : 1

Gesamtzahl der Punkte 6 : 3

*

Gelsenkirchen B-Klasse — Bottrop B-Klasse 7½ : 2½.

Dieses Resultat hat wohl niemand erwartet. Es ist ein Beweis für die Güte unserer B-Klasse. Dieselbe Mannschaft von Bottrop spielte vergangenes Jahr noch in der A-Klasse und meldete dieses Jahr wegen Aussichtslosigkeit nur für die B-Klasse. Wie gut sie daran tat, hat ihnen unsere B-Mannschaft bewiesen.

Gelsenkirchen:		Bottrop:	
Brett 1:	Marwick	— Kniest	0 : 1
Brett 2:	Sumaski	— Menzner	1 : 0
Brett 3:	Smodila	— Würtz	1 : 0
Brett 4:	Turek	— Hölzner	1 : 0
Brett 5:	Badeder	— Kladnik	1 : 0
Brett 6:	Hammerschmied	— Graupner	½ : ½
Brett 7:	Wiceok	— v. Werder	1 : 0
Brett 8:	Watzlawiak	— Groß	0 : 1
Brett 9:	Kiesewetter	— Kunzmann	1 : 0
Brett 10:	Wodke	— Jablowski	1 : 0

Gesamtzahl der Punkte 7½ : 2½

*

Gelsenkirchen C-Klasse — Bottrop C-Klasse 2 : 8 !!

Eine unglaubliche Abfuhr der Gelsenkirchener Mannschaft, die dazu noch den Meistertitel ihrer Mannschaft zu verteidigen hat. Das schlaue Meldungssystem der Bottroper hat also gewirkt, startete doch diese Mannschaft vergangenes Jahr noch in der B-Klasse.

Gelsenkirchen:		Bottrop:	
Brett 1:	Rehberg	— Stein	0 : 1
Brett 2:	Kemper	— Schallenberg	0 : 1
Brett 3:	Rettig	— Panlekert	0 : 1
Brett 4:	Schwarz	— Reuland	0 : 1
Brett 5:	Siewek	— Kornak	1 : 0
Brett 6:	Modrzjewski	— Krollmann	0 : 1
Brett 7:	Wanjek	— Kläsener	0 : 1
Brett 8:	Spiele	— Heidemann	0 : 1
Brett 9:	Pauleit	— Beil	½ : ½
Brett 10:	Dettmer	— Rimmler	½ : ½

Gesamtzahl der Punkte 2 : 8

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck und Verlag: „Volkswille", Ludwig Leypoldt, GmbH., Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zwecke Rückporto beigefügt wird.

Billige
Lebensmittel

Frisch-Fleisch bester Qualität

Suppenfleisch Pfund 95 Pf
Hohe Rippe · · · Pfund 1.05
Bratenfleisch · · Pfund 1.15
Roastbeef · · · · Pfund 1.45
Fr. Gehacktes · · · · · · · · Pfund 98 Pf

Mast-Kalbfleisch
Ragout · · · · · · Pfund 1.20
Rücken · · · · · Pfund 1.40
Keule · · · · · · Pfund 1.50
Plockwurst schnittfest · · Pfund 1.60

Schweinefleisch
Bauch · · · · · · Pfund 90 Pf
Schinken · · · · Pfund 1.10
Koteletten · · · · Pfund 1.25
Speck mit Flomen bratfertig · · · Pfund 90 Pf

Hammelfleisch
Ragout · · · · · Pfund 1.10
Rücken · · · · · Pfund 1.30
Keule · · · · · · Pfund 1.40
Mastsuppenhühner junge · · · · · Pfund 1.05

Wurstwaren aus eigener Schlachtung
Leberwurst · · · Pfund 60 Pf
Blutwurst · · · · Pfund 60 Pf
Polnische · · · · Pfund 1.-
Fleischwurst · · Pfund 1.10

Täglich frisches Obst- und Gemüse zu billigsten Preisen
Kartoffeln · · 10 Pfund 35 Pf
Einmachbohnen 10 Pfd. 62 Pf
Bananen · · · · Pfund 42 Pf

Unser Seifen-Angebot
Blumenseife „Heideröschen 1 Stck. 10 Pf
Toilette-Seife sort. Blumengerüche 3 Stck. 42 Pf
Althoffs Fliederseife gut parfürmiert · · 3 Stck. 50 Pf
Milchseife od. Goldcremseife extra mild 3 Stck. 58 Pf
Rosen-, Flieder- und Lavendelseife 3 Stck. 65 Pf
Fichtennadelseife erfrischend · · · · 4 Stck. 75 Pf
Riesenbadeseife 3 Stck. 95 Pf
Toilette-Seife 80% Fettgehalt · · · Pfd. 50 Pf

Schweineschmalz · Pfd. 66 Pf
Bratenschmalz · · · Pfd. 80 Pf
Fett. Speck geräuch. · Pfd. 78 Pf
Kokosfett · · · · · · Pfd. 50 Pf
Salatöl glanzhell · · · Liter 64 Pf
Kaffee frisch geröstet · · Pfund 3.20, 2.80, 2.20 1.90
Tilsiter Käse 20% · · 1 Pfd. 60 Pf
Finn. Schweizerkäse Pfd. 1.28
Allg. Stangenkäse 20% Pfd. 55 Pf
Emmenhaler o. R. 45% Pfd. 1.50
Blockkäse · · · 20% Pfd. 78 Pf
Durchw. Speck geräuchert · · · · Pfund 1.30
Bonbons · · · · · · Pfund 50 Pf
Kokosflocken bunt · · · · · · · · Pfund 60 Pf
Keksringe · · · · · Pfund 50 Pf

Gelbe Erbsen · · 5 Pfund 95 Pf
Kartoffelmehl · · · Pfund 22 Pf
Auszugsmehl · 4-Pfd.-Bll. 1.-
Korn- od. Malzkaffee 2Pfd. 45 Pf
Puddingpulver · · · Pfund 38 Pf
Ausl. Eier 14 Stück · · · · · · · · 1.-
Tarragona · · · · · · Liter 95 Pf
Apfelwein · · · · · · Liter 45 Pf
Himbeersaft · · · · · Liter 1.50
Apfel-Gelee · 1-Pfund-Glas 50 Pf
Virfrucht-Marmel. · Pfund 45 Pf
Allerfeinste Holl. Molk.-Butter leicht ges. Pfd. 1.70
Zweifr.-Marmel. 2-Pfd.-Eimer 1.-
Rhein. Apfelkraut „ 1.-
Aprikosen-Marmelade · · · · · · · 1-Pfund-Glas 50 Pf

ALTHOFF BUER

Köstlichen Humor
in Bild und Sprache
bringt Ihnen unser neuer
Tonfilm-Schwank

Die zärtlichen Verwandten

In den Hauptrollen:
Charlotte Ander — Harald Paulsen
Wilhelm Bendorf — Felix Bressart
Ralph A. Roberts — Adele Sandrock

In einer feinsinnigen Form wird in diesem Film die „liebevolle" Anteilnahme der „zärtlichen Verwandten" an den Flitterwochen eines jungen Ehepaares glossiert. Ganz aus dem Leben gegriffen und deshalb als Spiegelbild der eigenen Verwandschaft doppelt köstlich.

Im Beiprogramm u. a.
Der lustige Micky-Maus-Tonfilm

Die närrischen Zwerge
Eine Lachpille von unfehlbarer Wirkung

Neu! Neu! Neu!
Wir bringen demnächst die tönende Ufa-Wochenschau in Verbindung mit den Paramount-Sound-News

Ermäßigte Eintrittspreise 0.70-2.00

Theater
Schauburg
Gelsenkirchen

Deckt Euren Bedarf an Büchern in der „Volksbuchhandlung"

Schuhe
gut und
billig
in großer
Auswahl
kaufen Sie in der
Schuh-Halle
J. Nußbaum
nur
Kirchstr. 28
Beachten Sie bitte meine 10 Schaufenster!

Zinsfreie Hypotheken und Baudarlehen.
Deutsche Bau- u. Siedelungsgemeinschaft e. G. m. b. H., Darmstadt
Auskunft erteilen:
in Gelsenkirchen: Otto Hundt, Vertr., Bochumerstraße 9 u. der Obmann Oberstadtsekretär Major, Vohwinkelstr. 14. Sprechabend jeden Samstag, abends 8 Uhr: Gaststätte Heidtmann (Vertr. Karl Fester), Ahstr. 16.
in Buer: Architekt Grabo, Brinkgartenstr. 40, Versammlung jed. 2. Sonntag im Monat, Gaststätte Rottmann, Essenerstraße 13, vormittags 11 Uhr.

Wir fragen zur Zeit Rechnung

Wir wissen, was Sie verlangen: Billigste Preise!!

Wir wissen, was Sie wollen: Erste Qualitäten!!

Wir wissen, was wir wollen: Sie zufrieden stellen!!

Neue billigere Preise

	neuer billiger Preis
Herren-Anzüge aus soliden Stoffen	24.00
Herren-Anzüge neueste Muster, gute Verarbeitung	36.00
Herren-Anzüge reines Kammgarn, in vielen modernen Farben, enorme Leistung	45.00
Herren-Anzüge feine Qualitäten, letzte Neuheiten	54.00
Herren-Anzüge zum Teil aus feinen Maßstoffen, Ersatz für Maß	62.50

Herren-Übergangs-Mäntel
die neuesten Formen und Stoffarten
36.- 45.- 54.- 62.50 88.- 98.-

Blaue Herren-Anzüge
aus reinwollen. Kammgarn, unsere bekannt guten Stammqualitäten
36.- 45.- 54.- 62.50 88.- 98.-

Burschen-Anzüge u. Mäntel
in reichhaltiger Auswahl, Preise dementsprechend billiger

Auch Schalkerstr. 158/60 die neuen billigen Preise

GG
Gebrüder **Goldblum**
Bahnhofstr. 62 Gelsenkirchen Schalkerstr. 158/60

Unterbringung von Wanderern u. Brandgefahr

In den letzten Wochen sind schwere volkswirtschaftliche Verluste entstanden infolge verschiedener Scheunen- und Stallbrände, die dadurch verursacht wurden, daß übernachtende Obdachlose und Wanderburschen mit Feuer und Licht, Zigaretten und Streichhölzern fahrlässig umgingen.

Bei einigermaßen gutem Willen können derartige Brände vermieden werden, wenn die Wirtschaftsgebäude allabendlich gründlich abgesucht und die Räume innen und außen gegen das unerlaubte Betreten Fremder fest gesichert werden. Bittsteller verweise man zweckmäßig zur Unterbringung an die Ortspolizeibehörde oder an eine im Orte oder in der Nähe gelegene „Herberge zur Heimat".

Sehr beachtenswert ist in dieser Beziehung die Verordnung des Regierungspräsidenten in Schleswig. Er hat alle Dienststellen, die in die Lage kommen, Obdachlose in Scheunen oder sonstigen, mit leicht brennbaren Stoffen angefüllten Räumen unterzubringen, angewiesen, die Leute vor dem Eintritt in die Räume auf den Besitz von Streichhölzern, Feuerzeug und Tabak zu untersuchen und diese Gegenstände bis zum nächsten Morgen in Verwahrung zu nehmen, damit während der Nacht durch sie kein Brand entstehen kann.

Auch die Beamten der Landjägerei sind angewiesen, so zu verfahren, sobald ihnen auf ihrem Dienstwege die Unterbringung von Obdachlosen bekannt wird.

Gefrierfleisch-Prozeß

In dem Prozeß, den der Gefrierfleischhandel, die Konsumvereine und die Kühlhausunternehmer gegen das Deutsche Reich wegen Verletzung ihrer Rechtsansprüche durch die Rechtsanwälte Dr. Bachmann, Hamburg, und Dr. Alsberg, Berlin, anhängig gemacht haben, steht der erste Verhandlungstermin am 20. Oktober 1930 vor dem Landgericht 1 in Berlin an. Die Wirtschaftskreise stützen sich bekanntlich darauf, daß die Reichsregierung und der Reichstag im Jahre 1923 durch Zusicherungen und durch das Gesetz vom 2. November 1923 sich verpflichtet haben, die Einfuhr von Gefrierfleisch nicht vor Ende 1933 zu behindern. Durch die Drosselung der Gefrierfleischeinfuhr ab 1. Februar 1928 und die vollständige Unterbindung der Einfuhr ab 1. Oktober dieses Jahres sind den Klägern große Schäden entstanden, da die geschaffenen Einrichtungen unrentabel geworden sind und die Betriebe auch größtenteils stillgelegt werden müssen. Die klagenden Parteien werden im Verhandlungstermin durch Herrn Rechtsanwalt Dr. Max Alsberg, Berlin, vertreten werden.

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Kreis Gelsenkirchen.

Schutzsport.

Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß im Gau Westliches Westfalen während des Wahlkampfes allgemeines Spielverbot besteht. Selbstverständlich findet auch am Wahlsonntag kein Spiel statt. Die Schutzsportler stehen nur im Wahlkampf und sind am Wahltag aktiv tätig.

Die Kreisleitung.

Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Sämtliche Kameraden, die am Wahlsonntag durch ihre politische Partei nicht beschäftigt sind, treten vormittags 9 Uhr in Zivil bei Kuhlmann, Schalker Straße, an.

Versammlung in Essen.

Fahrtausweise zum Preise von 10 Pfennig sind bei den Kameradschaftsführern zu haben. Abfahrt: Samstags, 6.30 Uhr, ab Wiese.

Freunde und Gegner des Frauenstimmrechts / Bürgerliche Frauenkandidaturen

Die Partei der Frauen!

Die Sozialdemokratie allein vertritt die Gleichberechtigung der Frauen

Sonntag fällt die Entscheidung!

Wählt, ihr Frauen!

Gegen Sorge und Unsicherheit - Wählt SPD

Die Reichstagswahlen am 14. September fallen in eine Zeit größter wirtschaftlicher Not. Arbeitslosigkeit, Sorge vor drohendem Abbau, vor Kurzarbeit, vor weiteren Lohnabzügen lasten auf den breiten Massen des Volkes. Die Frauen fühlen dieses Elend besonders hart und schmerzlich, weil sie nur in seltenen Fällen die Möglichkeit besitzen, ihm durch eigene gut bezahlte Arbeit zu steuern. Denn immer noch ist der Widerstand, der der Frau im Erwerbsleben entgegengebracht wird, groß genug, um ihr die gleiche Entlohnung bei gleicher Arbeit zu verweigern. Seit Jahrzehnten kämpft die Sozialdemokratie für dieses Ziel, aber es bedarf einer weit intensiveren Mitarbeit gerade der Frauen in Gewerkschaft und Partei, bis dieses Ziel auch in der Praxis erreicht werden kann.

Leider wirkt sich diese wirtschaftliche Not, die Sorge und Unsicherheit des täglichen Lebens auf viele Frauen in einer Art aus, die ihr Los nicht verbessern, sondern nur noch verschlimmern muß. Sie lesen die großen Versprechungen der radikalen Partei auf der äußersten Rechten und Linken und hoffen, daß ein vollkommener Umschwung ihrer Lage eintreten müßte, wenn sie diesmal radikal

Frauen, Mütter, wählt S.P.D. Liste 1.

wählen. Sie hoffen, daß von einem gewaltsamen Umsturz, der die heutige Gesellschaftsordnung zu zerstören versucht, eine durchgreifende Besserung der Arbeits- und Lebensbedingungen eintreten müsse. Allerdings würde ein Blick auf Rußland genügen, um diese Hoffnung in nichts zerfließen zu lassen, denn der russische Arbeiter lebt heute, über ein Jahrzehnt nach dem blutigen Umsturz, ärmlicher, schlechter, in ungenügenderen Wohnungen und unter weit schlimmeren Arbeitsbedingungen als der deutsche. Denn Jahre und Jahrzehnte dauert es, bis die Werte, die ein gewaltsamer Umsturz zerstört, wieder aufgebaut sind, bis die dunklen Elemente, die gerade dann im Trüben fischen, ausgemerzt sind. Die Todesurteile, die das „humane, soziale Rußland" Tag um Tag vollstreckt, sprechen eine deutlichere Sprache als kommunistische Manifeste.

Andere Frauen, die durch die tägliche Sorge und den Kampf um ein einigermaßen auskömmliches Leben ermüdet und zermürbt sind, haben überhaupt kein Vertrauen mehr zu einer Partei und sind deshalb entschlossen, am 14. September gar nicht zur Wahl zu gehen. Es sind vor allem Hausfrauen und Mütter, die von dieser Wahlmüdigkeit befallen werden, weit weniger Angestellte und Arbeiterinnen, die Tag um Tag, Stunde um Stunde den gewaltigen Kampf zwischen Reaktion und Sozialismus miterleben, ihn am eigenen Körper spüren müssen und deshalb auch von dem Rechte freudig Gebrauch machen, der Partei, die seit einem halben Jahrhundert Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für sie erkämpfte, der Sozialdemokratie, ihre Stimme zu geben. Und doch steht gerade die Mutter in einem besonders innigen Verhältnis zur Sozialdemokratie. Denn zu einer Zeit, als sonst noch niemand daran dachte, die werdende Mutter vor Gefahr, vor Not, vor Entbehrungen zu schützen, haben Frauen und Männer der Sozialdemokratie sich der Schutzlosen angenommen, haben Sozialdemokraten in den Parlamenten dafür gewirkt, daß auch die Oeffentlichkeit nicht länger an den Problemen des Mutterschutzes vorübergehen konnte. Wenn die uneheliche Mutter heute nicht mehr ausgestoßen ist aus der Gesellschaft, wie früher, wenn sie nicht mehr als Mensch zweiter Klasse betrachtet werden darf, wenn es in Staat und Gemeinden Deutschlands, ja, weit darüber hinaus, in vielen Ländern Europas einen staatlich anerkannten Mutterschutz gibt, der Wochen- und Stillgelder, Beihilfen, freie ärztliche Behandlung und Hebammenhilfe vorsieht, so ist dies einzig und allein das Verdienst der großen geistigen Bewegung, die heute die ganze Welt umspannt: des internationalen Sozialismus. Und wenn sich heute namhafte Aerzte aus allen Schichten für die Beseitigung des § 218 einsetzen, wenn sie dafür eintreten, daß auch die Proletarierin das Recht hat, als verantwortungsbewußter Mensch die Zahl der Kinder, die sie gebären will, nach eigenem Wunsch und Gewissen zu bestimmen, so nur deshalb, weil die Sozialdemokratie in jahrelanger, schwerer Arbeit den Boden dafür bereitete, daß Gedanken dieser Art sich durchsetzen konnten.

In den Händen der Frauen und Mütter liegt es, ob sich diese jahrzehntelange Arbeit, die oft unter Gefahren, unter Entbehrungen und Sorgen um das Los ihrer Familien durchgeführt wurde, — denn sich zum Sozialismus zu bekennen, war nicht nur zur Zeit

Arbeitersportler wählen S.P.D.

des Sozialistengesetzes ein Wagnis für den vom Unternehmer abhängigen Proletarier — auch weiterhin durchsetzen kann. Schon hat die Regierung Brüning versucht, eine Bresche in dieses Werk der Jahrzehnte zu schlagen, indem sie die Wochengelder, für deren Erhöhung die Sozialdemokratie kämpfte, herabsetzte, ganz abgesehen von den anderen schweren pekuniären Einbußen, die das arbeitende Volk tragen muß, wenn wir nicht nachdrücklich und mit einer ganz anderen Kraft und Anzahl wie bisher Partei und Gewerkschaften in ihrem Kampf unterstützen.

Die Republik hat den Frauen und Müttern Gelegenheit gegeben, den Staat mit nach ihrem Willen zu gestalten. Durch Abgabe ihrer Stimme hat jede wahlpflichtige Frau die Möglichkeit, nicht nur den Staat der Gegenwart, sondern auch das Land, in dem ihre Kinder einst schaffen und wirken sollen, ihrem Ideenkreis, dem Ideenkreis des Sozialismus entsprechend, zu formen. Wenn sie von dem heißen Wunsche durchdrungen ist, daß ihre Kinder in einen wahrhaft sozialen Staat hineinwachsen mögen, so genügt es nicht, die Kinder in diesem Sinne zu erziehen. Von gleicher Bedeutung wie die Erziehungsarbeit ist die Wahlpflicht jeder schaffenden Frau. Der große Kampf zwischen Reaktion und Sozialismus wird im Parlament ausgefochten! In der Hand der Frauen und Mütter liegt es, durch Abgabe ihrer Stimme für die Sozialdemokratie am 14. September den Boden zu bereiten, auf dem die Saat des Sozialismus aufgehen, und auf dem ein festes Staatsgefüge, wie wir es erstreben, eine soziale Republik, aufgebaut werden kann!

Else Möbus.

Wie in jeder Wahlzeit sehen sich die Frauen auch heute wieder von vielen Seiten umworben. Selbst solche Parteien erklären sich in diesem Wahlkampf für frauenfreundlich, die sich sonst im allgemeinen wenig oder gar nicht um die Frauen und ihre Interessen kümmern. Alte Schlagworte tauchen auf, wie das von der „Erhaltung der Familie", ohne daß gesagt wird, wie eine Familie, deren Einkommen noch stärker als bisher belastet wird durch Steuern usw., sich erhalten soll, oder wie sie dies verminderte Einkommen in Einklang bringen soll mit den dauernd wachsenden Kosten für alle Bedarfsartikel. Auch von der Erhaltung und dem Schutz der Religion wird viel gesprochen; aber wie will die Kirche von heute ihre ganze Haltung in Einklang bringen mit den schönen sozialen Forderungen des Christentums bei seiner Entstehung?

Mit der Aufstellung der bürgerlichen Frauenkandidaturen werden sich viele Frauen nicht einverstanden erklären können. Die Zahl geht eher zurück, anstatt sich zu vermehren. In dieser Beziehung hat sich namentlich die neu gebildete „Staatspartei" allerhand geleistet. Als sie sich bildete, versprach sie besondere Berücksichtigung der Frauen und der Jugend. Erschienen sind an aussichtsreicher Stelle nur zwei weibliche Abgeordnete der ehemaligen Demokratischen Partei, die schon früher dem Reichstag angehört haben. Dr. Marie Elisabeth Lüders, die eine von beiden, ist noch dazu von der Liste ihres früheren Wahlkreises Potsdam verschwunden und kann nur durch die Reichsliste auf ihre Wiederwahl rechnen.

Von den deutschnationalen Frauen wird behauptet, daß sie geschlossen zu Hugenberg stehen. Stolz bezeichnet sich dieser Parteiführer selbst als „sturen Bock" unter den vielen „pazifistischen Lämmern". Tatsächlich bilden Frauen den überwiegenden Teil der deutschnationalen Wählerschaft. Denken diese Frauen daran, daß es das Ziel der Deutschnationalen ist, neue furchtbare Kriege heraufzubeschwören, und wollen die Frauen es wagen, solche schwere Verantwortung auf sich zu nehmen? Wollen sie die Schafe sein, die dem „sturen Bock" folgen?

Ganz offen als Gegner des Frauenstimmrechts bekennt sich die Nationalsozialistische Partei. Sie setzt keine Frauen auf ihre Kandidatenliste. An keiner leitenden Stelle der Partei findet man eine Frau. Aber zur Hilfsarbeit werden doch auch hier die Frauen zugelassen. Als Motto des Nationalsozialismus wird der Leitsatz ausgegeben: „Wir Jungen müssen ausziehen und den Lindwurm tösen, damit wir wieder zum Heiligsten kommen, das es auf der Welt gibt: zur Frau, die Magd und Dienerin ist. Weg, Wille und Ziel dazu heißt aber Nationalsozialismus." Wer oder was unter dem Lindwurm zu verstehen ist, wird nicht gesagt. Man muß aber damit rechnen, daß sich zahlreiche Frauen finden werden, die sich danach sehnen, Magd und Dienerin zu sein, d. h., die den Nationalsozialisten ihre Stimme geben werden.

Das Vorbild dieser Partei ist Mussolini. Als dieser einmal nach seiner Stellung zu den Frauen gefragt wurde, erwiderte er, die Frau sei zur Erholung des Mannes da und sei der Jungbrunnen seines Glücks. Trotz dieser Einstellung des Duce ist im Jahre 1921 ein Bund faschistischer Frauen gegründet worden, der in steigem Wachsen begriffen ist. An der Spitze steht natürlich ein Mann, Augusto Turati, der Generalsekretär der Faschistischen Partei, dem die Generalsekretärin der faschistischen Frauenorganisation, Angiolina Moretti, unterstellt ist. Dem Verbande gehört eine halbe Million heranwachsender Italienerinnen an, die wie die Faschisten selbst Uniform tragen, schwarze Röcke, weiße Blusen, schwarze Seidenkäppchen. Diese faschistischen Mädchen sollen dazu erzogen werden, gute Hausfrauen und Mütter zu sein. Der Körper wird gestärkt durch Ausflüge und Gymnastik. Die geistige Erziehung soll den Stolz auf ihre Abstammung, ihre Mission in der Welt seit dem Altertum bis heute wecken. Es geschieht immerhin viel zur Ausbildung der Frauen durch Mütterberatungsstellen, Ausbildung von Krankenschwestern, Fabrikpflegerinnen, Landwirtschafts- und Haushaltungslehrerinnen. Die neue Italienerin hat die Aufgabe, ihr Volk von physischer Dekadenz zu bewahren, es moralisch und kulturell zu heben und zu veredeln. Das sind ungefähr die alten schönen Ideale, die auch den deutschen Frauen so oft gepredigt worden sind. Aber aktiv darf sich die Faschistin nicht mit Politik befassen. „Nichts ist weniger faschistisch als die Frau, die politische Versammlungen besucht und immer bereit ist, im schwarzseidenen Hemd auf der Straße herumzulaufen. Die faschistische Frau soll vor allem Frau sein." Wenn sie ihre Mutterpflichten vollkommen erfüllt, ihren Kindern den faschistischen Geist einpflanzt, so vollbringt sie eine Tat von großer nationaler Bedeutung, die höher steht als alles, was sie sonst im Schoße der Partei tun könnte. „Eine faschistische Frau, tätig, klug und hilfreich, wird, ohne Politik zu treiben, bessere Erfolge erzielen als viele Zeitungsartikel." Es ist immer wieder das alte Lied, daß die Frau ins Haus gehört.

Die einzige Partei, die an ihren alten Grundsätzen der Gleichberechtigung der Frauen festhält und ihre Rechte bei den Wahlen nicht schmälert, ist die Sozialdemokratische Partei. Wenn auch bei ihr noch da und dort der Wunsch nach stärkerer Berücksichtigung der Frauen auf den Listen laut wird, so haben die Frauen die Erreichung dieses Zieles selbst in der Hand, indem sie sich durch Vermehrung der weiblichen Stimmen einen stärkeren Einfluß verschaffen. Als Vorbild kann das Beispiel von Wien gelten, wo im Jahre 1927 326 940 Männer und 367 617 Frauen ihre Stimme für die Sozialdemokratische Partei abgaben. So sollten auch am 14. September die Frauen der Sozialdemokratischen Partei die Treue halten, die sie ihnen seit Jahrzehnten gehalten hat und noch heute unvermindert hält.

Anna Blos.

Ein Kind wird vermißt!

Kindertragödien

Ich entsinne mich einer Episode aus früher Kindheit: ein fünfjähriger Nachbarsbub wurde vermißt. Er hatte in der Nähe der Wohnung auf der Landstraße vor dem kleinen Städtchen gespielt. Auf einmal war er verschwunden. Große Aufregung bei Eltern und Geschwistern. War er in den Fluß gefallen, der in der Nähe vorbeifloß? Hatte er sich verirrt? Hatten ihn Zigeuner mitgenommen? Die tollsten Vermutungen wurden lebendig. Wer Zeit hatte, suchte die Umgebung ab. Nichts war zu finden. Die Angst der Eltern stieg immer höher. Da, gegen Abend, zeigt sich in der Ferne auf der Landstraße ein kleines schwarzes Pünktchen, das näher kommt und größer wird: der verschwundene Hans ist es, der da in Seelenruhe herangetippelt kommt und dann stolz verkündet, daß ihn „der Milchwagen mitgenommen habe!"

Die vergebliche Angst der Eltern löste sich in einer Tracht Prügel auf, die verständnislos hingenommen wurde und die — doch nichts half. Denn kurz darauf war der kleine Mann wieder auf und davon gelaufen — diesmal hatte ihn der Bierkutscher mitgenommen. . . .

In einem Kinderheim in Berlin spielen die Kleinkinder im Garten, der durch ein Tor mit der Straße in Verbindung steht. Plötzlich verkünden die Kinder: „Der Karle is fort!" Die Kindergärtnerin, die 15 Kinder zu betreuen hat, ist bestürzt; sie hat die Kinder in Sicherheit geglaubt und das Verschwinden, da sie sich mit einem neu eingetretenen Kind zu beschäftigen hatte, nicht bemerkt. Sofort werden die nächsten Straßen abgesucht. Vergeblich! Das Polizeirevier wird benachrichtigt. Schließlich läuft von einem Revier hoch im Norden — das Kinderheim liegt im Westen — die Nachricht ein, daß Karl dort aufgegriffen wurde. Er hat dort auf der Straße herumgestanden und nicht gewußt, wohin er sollte. Als Karl in der Folgezeit öfters ausreißt, geht man der Sache auf den Grund. Der Arzt stellt fest, daß er zu den „hemmungslosen Psychopathen" gehört, also zu den Menschen, die einfach ihren starken Trieben gehorchen müssen und die daher für ihre Handlungen nicht voll verantwortlich sind. Ein solcher Wandertrieb macht sich am stärksten im Frühjahr bemerkbar. Die Unruhe des Werdens in der Natur verstärkt die Unruhe des Kindes.

Dagegen lag im Falle des verschwundenen Hans die seelische Situation anders: Hansens Sehnsucht war, „Kutscher" zu werden — wie dies in einem gewissen Alter bei vielen Kindern so ist — und dieser glühende Wunsch ließ ihn alles andere, auch die elterlichen Verbote, vergessen.

*

Ein ähnliches Erlebnis erzählt H. Bertsch in seinen „Bilderbogen aus meinem Leben": Der Schulmeister, sein Vater, schildert „die Schrecken, Wunder und Rätsel des hohen Nordens" in solcher Uebertreibung und Begeisterung, daß das Herz des kleinen „Büble" ganz sehnsuchtskrank wird und es sich eines Tages auf den Weg macht, um „den Nordpol zu suchen". Es füllt sich unterwegs das „Hosensäckle" mit Steinen „zum Eisbärentotwerfen" und läuft schließlich dem Schmied im Nachbarort und seiner gutmütigen Ehehälfte Mariann' in die Hände, die ihn, der schon oft der Zukunft in tausend Aengsten lebt, anhalten, mit freundlichen Worten trösten, ihm die Tasche mit köstlichen Birnen füllen — statt „der S'einer" und wieder heimschicken.

Auch der Maler Ludwig Richter ist einmal als Dreijähriger aus dem Großelternhaus davongelaufen. Weshalb? Auf dem Hinweg zum Besuch der Großeltern war man an einem Rasenplatz „mit vielen blauen Glocken- und weißen Sternblumen" vorbeigekommen. Die hatten es dem Ludwig angetan, und so trippelt er los, verläuft sich und wird erst um Mitternacht vor dem Rathaus vom Ratswächter aufgegriffen und seiner Mutter wiedergebracht.

Bei älteren Kindern hat das Fortlaufen noch andere Ursachen. Unser Leben ist so arm an Romantik, selbst an wirklichem Erleben geworden, daß die Kinder zu Detektivgeschichten, Räuberromanen und Karl-May-Erzählungen greifen, um ihren Lebenshunger zu befriedigen. Und diese Geschichten machen nun einen solch starken Eindruck auf die Kindesseele, daß die Kinder den Entschluß fassen, die gelesenen Erlebnisse in die Wirklichkeit umzusetzen. Sie laufen von zu Hause weg, schließen sich in Banden zusammen, führen irgendwo in Höhlen, auf Bauplätzen oder in einem andern Versteck ein abenteuerliches Dasein, das oft genug gesellschaftsfeindlich wird und zum Endspiel vor den Jugendrichter führt.

Noch schlimmer fällt das Drama aus, wenn Furcht vor Strafe das treibende Motiv zur Flucht ist. Da hat ein Junge seiner Mutter ein paar Pfennige entwendet, um sich Obst zu kaufen. Es kommt heraus. Die Mutter droht mit einer schweren Züchtigung durch den Vater, wenn er abends von der Arbeit heimkommt. Abends ist der Junge verschwunden.

Ich denke weiterhin an jene Kinder, die, hübsch von Gestalt und Gesicht, Verführern in die Hände fallen. Arbeitereltern müssen beide arbeiten, häufig außerhalb des Hauses. Die Wohnung wird zugeschlossen. Die Kinder müssen, wenn sie nicht zufällig von Kindergarten oder Hort aufgenommen werden, sich auf der Straße umhertreiben.

Häufig treibt auch eine gewisse sexuelle Neugier das Kind einem verbrecherischen Menschen in die Arme. Es hat dunkle Andeutungen vernommen, sinnt ihnen nach, seine Phantasie arbeitet, schließlich siegt die Gier über die Furcht — und wieder hat die Zeitung die alarmierende Nachricht zu bringen: „Ein Kind wird vermißt!" Und wieder stellt sich eine Schändung des Kindes und gar sein Tod heraus.

Kindertragödien! Was haben sie uns zu sagen? Kinder gehören nicht in die Großstadt. Kinder brauchen ein Jugendland, fernab der Hetze und Zerrissenheit städtischen Lebens. Sie brauchen eine Stätte der Freude, die ihnen erlaubt, kindgemäß und jugendgemäß zu leben, produktiv zu spielen und zu schaffen, ohne daß eine kapitalistische Wirtschaft sie zu Erwachsenen formt, längst ehe sie erwachsen sind.

Henny Schumacher.

Frauen, Mütter, wählt S.P.D. Liste 1.

Männer und Frauen aus dem Volke oder die Vertreter der Interessentenhaufen?

Wählt die sozialdemokratischen Kandidaten!

Am Sonntag schreiten die deutschen Wählerinnen und **Wähler zur Urne.** Es ist eine große Anzahl von Parteien und Listen, **die sich zur** Wahl stellt.

In den bürgerlichen Parteien gab es bis vor wenigen **Tagen einen heftigen Kampf um die Mandate.** Jede einzelne Gruppe, die Geld für die Finanzierung des Kampfes gab, verlangte ein sicheres Mandat. Es sind meist Vertreter von **Interessentenhaufen,** die auf den bürgerlichen Kandidatenlisten stehen. Wer diesen **Listen seine Stimme gibt, stützt** jene Gruppen, die den Reichstag **arbeitsunfähig** machten.

Es müssen Männer und Frauen gewählt werden, die das werktätige Volk vertreten!

Diese Männer und Frauen stehen auf den Kandidatenlisten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Sie sind in freier Wahl von den Mitgliedern der Partei aufgestellt worden und stehen meist seit Jahrzehnten im Dienst der Allgemeinheit. In keiner Partei wird bei der Aufstellung der Kandidaten das freie Selbstbestimmungsrecht weitester Volkskreise so beachtet **wie in der Sozialdemokratie.**

Die bürgerlichen Parteien stellen ihre Kandidaten unter Berücksichtigung der Größe **des Geldsackes** auf, den sie entweder selbst mitbringen oder der hinter ihnen steht.

Wahlen kosten Geld. Nach mehrfacher Bestätigung auch von bürgerlicher Seite ist die **Sozialdemokratie** die einzige Partei, die allein mit Hilfe ihrer Organisation und der Opferfreudigkeit ihrer Anhänger die Wahlen selbst finanziert. Alle **anderen** Parteien brauchen **Geldgeber,** und die geben ihr Geld nur, wenn sie bei der **Kandidatenaufstellung** entscheidend zu bestimmen haben.

Die bürgerlichen Kandidaten vertreten im Parlament das Interesse der Geldleute und nicht das Interesse des Volkes!

Bei den **Hakenkreuzlern,** die vom Sozialismus keine Ahnung haben, bestimmt allein Herr **Hitler,** wer für das Reichsparlament kandidieren soll. Man kann sich denken, nach welchen Grundsätzen bei einem solch **persönlichen** Regiment die Kandidatenauswahl erfolgt.

Auch in der **Kommunistischen Partei** haben die Mitglieder bei der Kandidatenaufstellung **nichts** zu melden. Hier diktiert das Zentralkomitee im Auftrage Moskaus. Zu jeder Wahl tauchen andere Namen und „Führer" auf. Es sind ganz wenige Kommunisten, die „Geschick" genug besitzen, sich jeweils den Erfordernissen der **russischen Außenpolitik** anzupassen, in deren Dienst die KPD.-Führer stehen. Ein deutscher Arbeiter, der **mit** seinen **Klassengenossen solidarisch** sein will, **kann und** darf die Moskauer Stalin-Knechte **nicht** wählen.

Gegner der Sozialdemokratie behaupten, daß **auch die** Vertreter der Sozialdemokratie nicht die Männer **seien,** die das Volk brauche. Was steckt hinter dieser **dummen** Behauptung? Die Sozialdemokratie stellt **hervorragende** Vertreter ihrer politischen Ideen **heraus,** Männer und Frauen mit Ueberzeugungstreue, **Tatkraft,** Kampfentschlossenheit und gutem Willen.

Was lehrt ein Blick auf unsre Kandidatenliste?

Köpfe der Staatspolitik

Otto Braun

Im Osten Deutschlands führt die sozialdemokratische Liste Preußens Ministerpräsident **Otto Braun.** Er kommt aus dem schaffenden Volke, wie die meisten der sozialdemokratischen Führer. Buchdrucker von Beruf, stellte er sich von Jugend auf in die Reihen der kämpfenden Arbeiterklasse. Er wurde Redakteur. Vom Vertrauen seiner Genossen getragen, kam er später in den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei. Wo er auch stand, gab er sein Bestes für das arbeitende Volk.

Nach dem Zusammenbruch 1918 war er Preußens Landwirtschaftsminister, und seit 1920 ist er Ministerpräsident. Was er hier für das Land, für das ganze Deutsche Reich geleistet hat, das **braucht nicht erst die Geschichte zu beurteilen,** das wissen wir heute schon:

Er hat durch entschlossene und zielbewußte Führung mit der Sozialdemokratie die schwersten Zeiten überwinden helfen. Er hat **Putsch** und **Terror abgewehrt,** und jetzt, da es galt, dem **deutschen Osten Hilfe zu bringen,** da hat er nicht nur das Wort von dem lebenden Wall von Bauern gesprochen, die zum Schutze der Grenze angesiedelt werden müssen, er hat seit 1918 seine ganze Fürsorge auch dem deutschen Osten angedeihen lassen und in den letzten Monaten die **Osthilfe zum Leben gebracht.** Das tat er, indem die Preußenregierung sofort hundert Millionen zur Verfügung stellte.

Hermann Müller

In Franken führt ein anderer Staatspolitiker die sozialdemokratische Liste. Es ist **Hermann Müller.** Es ist keine Uebertreibung, wenn wir ihn den **Befreiungskanzler** nennen. Wenn Hermann Müllers Befreiungswerk ein **bürgerlicher** Mann vollbracht hätte — er würde **heute** in allen bürgerlichen Zeitungen als **der** Führer gefeiert, ihm würde man zujubeln, und dem Volke würde gesagt, **ihm allein** müßte es seine Stimme geben.

Wir Sozialdemokraten reden zu wenig von der persönlichen politischen Leistung, weil wir wissen, daß sie nur vollbracht werden kann, wenn sie auch gestützt wird von Massen. Aber in diesem Wahlkampf muß dort immer und immer wieder festgestellt werden: Hermann Müllers entschlossene **Genfer Rede** im September 1928 hat die Rheinlandbefreiung aufgerollt und wenige Monate später zur Durchführung gebracht.

Nach der kaufmännischen Lehre Herm. Müllers betätigte er sich bald mit ausgezeichnetem Erfolg als sozialdemokratischer Redakteur. **August Bebel** war es, der lange vor dem Kriege Hermann Müllers glänzende Fähigkeiten erkannt hatte und seine Wahl in den Parteivorstand vorschlug. Auch auf diesen Mann ist Deutschlands Arbeiterklasse mit Recht stolz. Ein **echter** und wahrer Volksvertreter!

Carl Severing

Wer kennt nicht **Carl Severing,** diesen „kleinen Metallarbeiter" aus Bielefeld! Der glänzende Politiker mit dem Kopfe eines Gelehrten hat viele politische Gegner, aber sicher keinen persönlichen Feind. Er hat zusammen mit Otto Braun in Preußen gearbeitet. Nach sechsjähriger harter Aufbauarbeit in dem größten Freistaat Deutschlands übernahm er das Reichsinnenministerium. Alle Parteien, die **gesetzwidrig ihre Ziele verfolgen, fürchten diesen Mann.** Sie atmeten erleichtert auf, als er mit der Regierung Hermann Müller zurücktreten mußte. Carl Severing wird denen, die da glauben, mit der Verfassung der Republik Schindluder treiben zu können, noch **manche bittere Stunde bereiten.** Er ist und bleibt der Verfassungsminister der Republik; seine Aufgabe wird es sein, das **Staatsgrundgesetz des Reiches,** das jetzt von den Brüning-Parteien bedroht wird, im Interesse des Volkes zu verteidigen.

Paul Löbe

Wenn wir **einen Teil** der staatspolitischen Köpfe der Sozialdemokratie aufzählen, dann dürfen wir **Paul Löbe** nicht vergessen, diesen **besten** und **geschicktesten** Präsidenten, den der **Reichstag** je besessen hat. Von **allen** Abgeordneten des Reichstages ob seiner Schlichtheit und Gradheit respektiert, führt dieser Mann **aus dem Volke,** der einst Schriftsetzer war und sein Deutschland auf **Wanderungen** kennen und lieben lernte, die Geschäfte der Volksvertretung seit Jahren so, daß alle ihre **Freude** daran haben können. Wer erlebt hat, **mit welchem Takt** Paul Löbe, der in Schlesien kandidiert, die Reichstagssitzungen leitet, der weiß, daß hier eine politische Persönlichkeit arbeitet, die in Deutschland so leicht nicht wieder zu finden ist. Wir haben **bürgerliche** Präsidenten des Reichstages erlebt, sie nannten sich **hochgebildet,** aber **nicht einer** kann sich mit **der klugen und** erfolgreichen Verhandlungstechnik Paul Löbes **messen.**

Rudolf Wissell

Rudolf Wissell, der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister, wird auf der Liste des Wahlkreises Potsdam I gewählt. Er war es, der mit seinen Ministergenossen in der Regierung Hermann Müller entschlossen die **Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung abwehrte,** der lieber zurücktrat, als dem Ansinnen der Sozialreaktion nachzugeben. Wochenlang ist hinter den verschlossenen Türen des Reichskabinetts um die Sozialpolitik der Regierung **gekämpft worden;** wochenlang haben die **sozialdemokratischen Minister im Kabinett,** besonders unter der kenntnisreichen Führung Wissells, sich für die Rechte der Arbeiterklasse eingesetzt. Als sie sahen, daß die Reaktion auf diesen Gebieten hartnäckig war, mußten sie den Appell an das Volk anstreben. Wissell ist heute Doktor ehrenhalber — dieser Mann aus dem Volke, ein **Maschinenbauer** — hat nie vergessen, wie es um die Not des Volkes steht.

Der Führer der Sozialdemokratie

Otto Wels

Otto Wels gilt heute als der **Führer** der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Man muß diesen Mann sprechen gehört haben, um zu wissen, **wie er mit dem Volke lebt,** wie er von der **Not des Volkes** in seinen politischen Entschließungen geleitet wird, und wie er rücksichtslos seine ganze Kraft einsetzt für die Arbeiterklasse, gegen die Reaktion. Dieser Mann war einst Tapezierer. **Er ist durch die Schule Bebels gegangen** und wirkt seit fast vierzig Jahren an hervorragender Stelle für seine Klassengenossen. Er hat immer jede äußere Ehrung ausgeschlagen, er hat eine seiner Aufgaben, die er glänzend gelöst hat, darin erblickt, die Partei der Arbeiter zusammenzuhalten, die **gewaltigen Arbeiterkolonnen** zu entschlossenem politischen Kampfe zu führen. Otto Wels kandidiert im Wahlkreis Frankfurt a. d. O. Hier ist ein Mann, der längst hätte Minister sein können, wenn er gewollt hätte. Er ist ein Beweis dafür, daß die **schäbigen Gegner im Unrecht sind,** wenn sie der Sozialdemokratie vorwerfen, daß ihre **Führer** nach hohen Aemtern streben. Otto Wels ist seit **Jahrzehnten** derselbe Kämpe geblieben und kämpft **schlicht** wie jeder andere Genosse für die **Rechte des Volkes.**

Gewerkschaftsführer

Peter Graßmann

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, **Peter Graßmann**, kandidiert für die Hamburger Sozialdemokratie. Er ist der **Vertreter der fünf Millionen freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter**, die diesmal von ihren Organisationen **ausdrücklich aufgefordert** wurden, sozialdemokratisch zu wählen.

In mehreren Wanderjahren hat er zahlreiche Länder kennengelernt. Schon seit 1893 steht er in der Gewerkschafts- und Parteibewegung. Jahrelang arbeitete er für sie ehrenamtlich, bis er später durch das Vertrauen seiner Kollegen und Genossen zur Führung wichtiger Verbände und später zur Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes berufen wurde.

Fritz Tarnow

Führer **anderer großer Gewerkschaften** haben sich ebenfalls zur Wahl gestellt. Wir nennen nur noch **Fritz Tarnow**, den Vorsitzenden des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Er hat von der Pieke auf für seine Gewerkschaftskollegen gearbeitet und in den verschiedensten Funktionen sein wirtschaftliches und gewerkschaftliches Wissen zur Anwendung bringen können.

Alwin Brandes

der Vorsitzende der **Millionengewerkschaft**, des Deutschen **Metallarbeiter-Verbandes**, steht in Stuttgart zur Wahl.

Er hat erst noch auf dem Verbandstag vor wenigen Tagen seine Kollegen dringend aufgefordert, **sozialdemokratisch zu wählen.** Wir sind überzeugt, daß die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes seinem Rufe **Folge leisten**, wie dem Rufe all der anderen Gewerkschaftsführer, die hier im einzelnen nicht aufgezählt werden können.

Franz Scheffel

wird die zahlreichen deutschen Eisenbahner als Sozialdemokrat im Reichstag vertreten. Er hat Gelegenheit, für die bei der Reichsbahn beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten in gleicher Weise einzutreten. Wir sehen, daß die Sozialdemokratie entsprechend ihrer Zusammensetzung **allen** Schichten des deutschen Volkes Geltung und Raum verschaffen will. Arbeiter und Handwerker, Angestellte und Beamte, sie alle haben ein **gemeinsames Klasseninteresse**, das einzig und allein die Sozialdemokratie nachhaltig und erfolgreich vertritt.

Siegfried Aufhäuser

Wenn wir einige Vertreter der Gewerkschaften genannt haben, dann müssen wir auch den Vertreter der **Angestellten, Aufhäuser**, erwähnen. Er ist der anerkannte Führer von Hunderttausenden deutscher Angestellter.

Die Sozialdemokratie gibt diesem Manne Gelegenheit, von der Tribüne des Reichstages aus für die Angestellten einzutreten. Darüber hinaus ist Aufhäuser einer der zahlreichen sozialdemokratischen **Kenner des Reichsetats** und der Reichsfinanzen.

Bearbeiter von Spezialgebieten

Die bürgerlichen Parteien gehen oft damit hausieren, daß die Sozialdemokratie keine **Fachleute** zur Bearbeitung bestimmter wissenschaftlicher Fragen habe. Wir dürfen voller Stolz darauf hinweisen, daß wir in der Reichstagsfraktion zum Beispiel **hervorragende Juristen** besitzen. Wir greifen nur einen davon heraus:

Otto Landsberg

der glänzende Jurist, der auf der Reichsliste der Sozialdemokratie gewählt wird, hat oft in guten Reden die Spitzfindigkeiten bürgerlicher Juristen zurückgewiesen. Wenn Otto Landsberg das Wort ergreift, dann hat er das Ohr des ganzen Reichstages; denn alle Abgeordneten wissen, daß dieser Mann etwas zu sagen weiß. **Da gibt es keine Phrasen und Schönrederein**, da reiht sich **Tatsache an Tatsache**, aber da setzt es auch — Hiebe, die um um so tödlicher treffen, als sie in feinster Form verabreicht werden.

Julius Moses

Wir müssen noch einen der **Spezialisten** nennen: In Berlin kandidiert der Arzt Dr. **Julius Moses** für die Sozialdemokratie. Er ist nicht allein ein glänzender Kenner der **hygienischen Fragen**, er ist zugleich von heißestem Gefühl für alle Notleidenden erfüllt. Er setzt sich mit seiner sozialen Arbeit dafür ein, daß die Volksmassen auch gesundheitlich besser gestellt werden.

Rudolf Breitscheid

Ein Spezialist der Außenpolitik ist Dr. **Breitscheid, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.**

Er ist zugleich ein glänzender Redner. Wenn er im Reichstag das Wort ergreift, dann ist der Gegner gezwungen, sich mit seinen Argumenten auseinanderzusetzen. Das Auswärtige Amt hat sich schon oft seinen Vorschlägen beugen müssen, und seitdem im Auswärtigen Amt ein Wechsel stattfand, ist es besonders notwendig, daß er als Kenner des Auslandes die Interessen des arbeitenden Volkes vertritt.

Die mächtige sozialdemokratische Arbeiterpartei besitzt noch mehr solcher Fachleute, die **auch auf anderen Gebieten** ihr Wissen in den Dienst des Volkes stellen.

Auch Frauen stehen zur Wahl!

Die Sozialdemokratie ist die einzige deutsche Partei, die seit ihrem Bestehen für das Wahlrecht der Frauen eingetreten ist. Da sie für die Interessen der Frauen kämpft, hat sie natürlich auch dafür gesorgt, daß Frauen in den Reichstag gewählt werden. Sie ist auch die einzige Partei, die mit einer **größeren Anzahl** von Frauen **vertreten ist.** Weder die Deutschnationalen noch das **Zentrum**, weder die Kommunistische Partei noch Volkspartei, Demokraten, Wirtschaftspartei, Bayerische Volkspartei oder Hakenkreuzler haben Frauen in **nennenswerter Zahl** zur Wahl gestellt. Die meisten bürgerlichen Parteien besitzen überhaupt **keine** Kandidatinnen. Es ist erstaunlich, daß die **deutsche Wählerin** diesen **frauenlosen Parteien** heute noch ihre Stimme gibt. Man müßte verlangen, daß **Frauen auch Frauen wählen!** Wenn sie das wollen, dann müssen sie am Wahltage der Sozialdemokratie ihre Stimme geben! Es gibt doch **Frauenfragen**, die am besten von **Frauen** behandelt werden. Deshalb will die Sozialdemokratie auch in der Volksvertretung dem **Rat** sachverständiger Frauen Geltung verschaffen.

Marie Juchacz

Auch von den **sozialdemokratischen Kandidatinnen** seien nur wenige genannt: **Marie Juchacz**, durch die **Volksschule** gegangen, später Hausfrau, ist schon seit 1905 öffentlich parteipolitisch und sozial tätig. Als die **Frauen** durch die Sozialdemokratie im Staate gleichberechtigt wurden, war sie eine der ersten, die in die **Deutsche Nationalversammlung** gewählt wurden. In der **Arbeiterwohlfahrt** übt sie ununterbrochen eine gute soziale Arbeit aus für die Massen der notleidenden Frauen und Kinder.

Clara Bohm-Schuch

steht in Berlin zur Wahl.

Ehemals kaufmännische Korrespondentin, später für Gewerkschaften und Partei schriftstellerisch und rednerisch tätig, gehörte auch sie der Nationalversammlung an. Von 1919 bis 1922 wurde sie bei den **arbeitenden Frauen** als Schriftleiterin der „Gleichheit" besonders bekannt. Sie wie die zahlreichen weiblichen sozialdemokratischen Abgeordneten arbeitet ununterbrochen für das Wohl der Frauen.

Antonie Pfülf

Volksschullehrerin in München, denkt natürlich in ihrer parlamentarischenn Arbeit nicht zuletzt an die zahlreichen **Beamtinnen**, deren Interessen im Parlament selbstverständlich auch vertreten werden müssen.

Als Lehrerin kennt sie sehr gut die **Bedürfnisse der Volksschule**, deren Pflege sich die Sozialdemokratie in ihrer politischen Arbeit angedeihen läßt.

Toni Sender

ist eine der jüngeren weiblichen Abgeordneten, die auch das Ausland kennengelernt haben und seit Jahren schriftstellerisch für die Frauen eintritt.

Als Schriftleiterin der „Frauenwelt" ist sie einem weiten Kreis deutscher Arbeiterfrauen bekannt. Wer ihre Artikel als Frau gelesen hat, der wird davon überzeugt sein, daß auch sie als Abgeordnete weiß, **wo die Frauen der Schuh drückt.**

Es bleibt nur noch darauf aufmerksam zu machen, daß

die jüngere Generation

Deutschlands durch zahlreiche sozialdemokratische Abgeordnete im Reichstag vertreten ist. Sie stellt nicht nur Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigte, sondern auch Kandidaten, die in der **Nachkriegszeit** politisch wirksam geworden sind. Die Sozialdemokratie braucht nicht erst ihre Fraktion zu „verjüngen"; in ihr sitzt die Jugend **neben dem Alter**, und da vor allem die Ideen des Sozialismus **immer jung sind**, braucht die deutsche Arbeiterklasse keine Sorge um ihre Zukunft zu haben.

Wir geben oben nur eine kleine Auslese der Fülle interessanter und bedeutender Köpfe sozialdemokratischer Führer und Führerinnen

Wir können hier **nicht alle** von der Sozialdemokratie als Kandidaten für den Reichstag präsentierten Vertreter aufführen. Aber die Aufzählung **einzelner** mußte einmal erfolgen, da all die gegnerischen Parteien immer behaupten, daß **nur sie** „Persönlichkeiten" zur Verfügung hätten.

Wo ist die Partei, die so viele **verdiente** und **erfolgreiche** Persönlichkeiten **aus dem Volke** zur Wahl stellt?

Wir können es uns ersparen, bürgerliche Kandidaten zu beleuchten. Sei es, wer es sei: Die **bürgerlichen** Vertreter im Reichstag können keine Arbeit im Interesse des schaffenden Volkes leisten, weil sie **kapitalistischen** Interessentenhaufen zu dienen haben.

Fruchtbare Arbeit zum Wohle der Massen und des Volkes kann nur leisten, wer mit fester politischer Überzeugung durch die Partei der Arbeit, durch die Sozialdemokratie, in das Reichsparlament entsandt wird. Darum wählen wir am 14. September

Liste 1
Sozialdemokraten

Wirtschaft und Gewerkschaft

Verbindlichkeitserklärung des Ruhrschiedsspruchs

Der Schiedsspruch vom 4. September 1930 für den Ruhrkohlenbergbau ist für verbindlich erklärt worden.

Die Lohnschiedssprüche für das Holzgewerbe sind von den Arbeitern angenommen worden.

Der Arbeitgeberverband, der abgelehnt hat, ist anscheinend durch die Pleite der Lohnabbauversuche verschiedener seiner Mitglieder noch nicht gewitzigt.

Weniger Wohnbauten!

sagt der Finanzminister

Der Deutsche Baugewerksbund wendet sich gegen den vom Reichsfinanzminister Dietrich angekündigten Abbau des Wohnungsbaufonds:

Der Reichsminister der Finanzen hat in einer vor wenigen Tagen gehaltenen Wahlrede erklärt, er wolle aus dem Hauszinssteueraufkommen weitere 400 Millionen Mark dem öffentlichen Finanzbedarf zuführen. Wenige Wochen zuvor ist vom Reichskabinett ein Arbeitsbeschaffungsprogramm verkündet worden, das die Bereitstellung von etwa 575 Millionen Mark für Bauten vorsah. Von diesem Betrag sollten etwa 250 Millionen für den Wohnungsbau, der Rest für Bauten anderer Art verausgabt werden. 150 Millionen, davon 100 für den Wohnungsbau, sollten von der Regierung selbst aufgebracht werden.

An je 1000 RM. Hauszinssteuer hängen etwa 2300 Mark weitere Wohnungsbaugelder. Mit 400 Millionen Mark würden dem Wohnungsbau insgesamt also 1300 Millionen Mark entzogen werden, weit mehr als ein Drittel der Summe, die während des vorigen Jahres im Wohnungsbau überhaupt investiert wurde. Daß die Hauszinssteuer durch andere Mittel ersetzt werden kann, muß als ausgeschlossen gelten. Es ist nicht einmal möglich gewesen, für die im günstigsten Falle nur doppelt so hoch verzinslichen Darlehen der Landesversicherungsanstalten und die noch ungleich teuereren Darlehen der Sparkassen Ersatz zu finden, weil die Differenzen zwischen den Kosten dieser beiden Arten von Darlehen und denen des freien Marktes schon zu hoch sind.

Das Reichskabinett hat dem Wohnungsbau in diesem Jahre durch die Lahmlegung der Sozialversicherung zwangsweise Aufnahme von 150 Millionen Reichsbahnvorzugsaktien, Leistung der Zahlung an die Invalidenversicherung für das vergangene Jahr in Reichsschatzwechseln, Halbierung der Zollüberweisung an die Invalidenversicherung, Ueberwälzung der Kosten des Markenverkaufs und der Rentenzahlung von der Reichspost auf die Invalidenversicherung — etwa 200 Millionen entzogen. Die Bereitstellung von 100 Millionen für den Wohnungsbau bedeutet also ohnehin eine nur teilweise Wiedergutmachung jener Schädigungen. Die in Aussicht gestellte Kürzung des Wohnungsbau-Fonds um weitere 400 Millionen würde die Rechnung zu ungunsten des Reichskabinetts weiter verschlechtern: Einem Entzug von 600 Millionen stünde eine Zubilligung von 100 Millionen Mark gegenüber.

Abschlüsse und Dividenden

Jutespinnerei und Weberei Kassel, Kassel-Rothenditmold: 12 Prozent Dividende.

Elektrizitätslieferungsgesellschaft, Berlin. In der Aufsichtsratssitzung der Gesellschaft lagen heute die Ergebnisse des ersten Halbjahres vor. Die Betriebsüberschüsse und die Eingänge aus Beteiligungen entsprechen denen des Vorjahres (i. V. 10 Prozent Dividende).

Riebeck Montan-A.-G.: Wieder 7½ Prozent Dividende und voraussichtlich 1,2 Prozent Bonus.

Die Serie der Brauereiabschlüsse

wird diesmal durch die Reichelbräu A.-G., Kulmbach, eröffnet. Das Unternehmen wird wie im Vorjahre eine Dividende von 20 Prozent zahlen. Das Roherträgnis hat sich mit 755 000 Mark gegenüber dem Vorjahr etwas gesteigert. Es wird darauf verwiesen, daß das befriedigende Ergebnis u. a. auf billigere Eindeckung mit Rohmaterial zurückzuführen sei. Durch die billigeren Rohstoffpreise hätten die Lohnerhöhungen und der Absatzrückgang im Mai und im Juni ausgeglichen werden können.

Die Junkers-Flugzeugwerke A.-G.

weist für das Jahr 1928/29 bei einem Fabrikationsüberschuß von 6 Millionen Mark einen Verlust von 450 000 Mark aus. Der Umsatz ist gegenüber dem Vorjahr mit 10 Millionen Mark gleichgeblieben. Von dem Umsatz entfällt nur ein Drittel auf den Inlandabsatz.

Kabelwerk Dortmund A. G. i. L., Dortmund.

Die Schlußbilanz des Unternehmens weist einen Ueberschuß von 30 568 Mark aus. Laut Beschluß der H. V. vom 22. Juli 1930 gelangen bekanntlich für jede Aktie zu 20 Mark 24 Mark, mithin 120 Prozent des Nennwertes, zur Verteilung.

Gußstahlwerke Witten A.-G., Witten.

Nach Mitteilung der Verwaltung schied Generaldirektor Wilhelm Hackländer aus dem Vorstand aus.

Ueber die Zusammenschlußbestrebungen innerhalb der deutschen Fahrradindustrie

erfährt der WTB.-Handelsdienst noch von maßgebender Seite, daß diese neuerdings auf die Herstellung einer Konvention sowohl für Markenfabrikate als auch für Spezialfabrikate auslaufen. Ueber diese Pläne solle demnächst verhandelt werden. Allerdings werden die Aussichten für eine Durchführung als nicht gerade günstig bezeichnet.

Binnenschiffer wählen!

Der Reichsinnenminister verfügte, daß der Fahrt- und Schlepperdienst am 14. September so eingerichtet werden muß, daß alle stimmberechtigten Binnenschiffer wählen können. Der Gesamtverband erwartet, daß sich seine Kollegen die freie Zeit erzwingen, wenn irgendein Vermickerter oder Reaktionär sie hindern will, ihr erstes und wichtigstes Staatsbürgerrecht auszuüben.

Gewählt wird Liste 1 SPD.

Die Finanzlage der Großstädte

Von Stadtkämmerer Bruno Asch-Frankfurt a. M.

In dem soeben erschienenen Septemberheft der Zeitschrift „Der Städtetag" sind die Ausführungen des Stadtkämmerers Asch-Frankfurt a. M. besonders beachtlich.

* Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages hat in voller Uebereinstimmung mit den Organisationen der Städte, den Organen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und allen Sachkennern die schleunigste Erweiterung der Krisenfürsorge gefordert, weil es unmöglich ist, den überaus verschieden sich auswirkenden Notstand der langwährenden Erwerbslosigkeit lokal finanziell zu bewältigen. An dieser Forderung ist die Reichsregierung vorübergegangen, um das Sanierungsprogramm des Reichshaushaltes nicht zu gefährden, obwohl kein Zweifel darüber bestehen kann, daß dies eine Vogel-Strauß-Politik mit überaus ernsten Folgewirkungen sein muß. Jedenfalls würde die notwendige Belastung aus dieser Arbeitslosenfürsorge durch zentrale Maßnahmen von dem deutschen Volke verhältnismäßig leichter zu tragen sein, als wenn lokal durch überdurchschnittlich hohe neue Kommunalsteuern gerade in den durch die Arbeitslosigkeit am härtesten getroffenen Bezirken und Gemeinden auch die noch im Gang befindlichen Wirtschaftsbetriebe in unnötiger Weise gelähmt werden.

An Stelle der Ausdehnung der Krisenfürsorge ist die Möglichkeit zur Erhöhung der Biersteuer mit einem voraussichtlichen Mehraufkommen von 50 bis 60 Millionen RM. für den Rest des Haushaltjahres, zur Erhebung einer allgemeinen Getränkesteuer, deren Ertrag bei einem Satz von 10 Prozent auf etwa den gleichen Betrag zu schätzen sein dürfte, und zur Einführung der scharf umstrittenen und vom Städtetag mit zutreffenden Gründen wiederholt abgelehnten Bürgerabgabe mit einem möglichen Aufkommen von 120 bis 150 Millionen RM. gegeben worden. **Der Ertrag dieser drei Steuern reicht,** wenn die Städte selbst unter dem Zwang der Verhältnisse sie einführen sollten, **nicht annähernd aus, um die bereits feststehenden Fehlbeträge des Haushaltjahres 1930 zu decken.** Ganz abgesehen davon, daß die wirtschaftliche Krise ja auch erhebliche Steuerausfälle bringt, die hier durch rigoroseste Einschränkungsmaßnahmen innerhalb der Verwaltung nach Möglichkeit ausgeglichen werden sollen!

Diese Lage der großstädtischen Finanzen zwingt immer wieder zur Prüfung der Frage, ob und welche lokalen Maßnahmen zur Ueberwindung der Arbeitsmarktnot ergriffen werden können. Die Reichsregierung plant die bekannte Verstärkung des Bauprogramms. Nach allen Erfahrungen der letzten Jahre ist anzunehmen, daß bei der Verteilung der Mittel die Großstädte keine besonders günstige Position haben werden. Es ist aber auch nicht damit zu rechnen, daß dadurch eine wirkliche Besserung herbeigeführt werden kann, so sehr man den Versuch einer beschränkten Aktion billigen und fördern mag.

Noch sind die deutschen Städte gerade mit ihren bedeutenden schwebenden Krediten über die Gefahrenzone nicht hinaus. Die Konsolidierungsaktion geht nur sehr langsam voran, nachdem Wirtschaftsnot und Kapitalflucht zu einer gefährlichen Verringerung des Spareinlagenzuwachses geführt haben. Die Märkte der festverzinslichen Wertpapiere sind seit einigen Wochen in Unruhe, und **die Aussicht auf Unterbringung größerer kommunaler Anleihen steht bei der augenblicklichen Lage und der undurchsichtigen politischen Entwicklung nicht günstig,** auch die Aufnahmelust des Auslandes ist gering. Andererseits muß der große Fehlbetrag des laufenden Haushaltjahres mindestens vorübergehend — bis neue Steuerbeschlüsse wirksam werden — den kommunalen Kassenbedarf erheblich steigern. Die gegenwärtige Geldmarktverflüssigung darf nicht darüber hinwegtäuschen, **daß hohe kurzfristige Verbindlichkeiten eine Gefahr bleiben und die Konsolidierung wichtigste finanzielle Aufgabe ist, daß vor allem nicht neue Investationen mit kurzfristigem Leihkapital in Angriff genommen werden dürfen, auch nicht oder erst recht nicht für Notstandsaktionen.** (Und doch wird nicht selten die Zwangslage so groß sein, daß dieser an sich durchaus wichtigen Auffassung zuwider gehandelt werden muß. Wir denken besonders an die Aufgabe, Arbeitsmöglichkeiten in gewissem Umfang für die Wohlfahrtserwerbslosen zu beschaffen. Red. W. A. V.)

Die bedeutsame Aufgabe aber wird den deutschen Großstädten wie allen öffentlichen Körperschaften bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 1931 erwachsen. Es darf nur ein Etat vollständiger Nüchternheit und klarer Erkenntnis unserer Gesamtlage sein. Ueberall wird man Liebgewordenes und Schönes opfern müssen, um Wichtiges zu erhalten! Vor allem aber muß die organisatorische Verbesserung des Verwaltungsapparates, die rücksichtslose Beseitigung vermeidbarer Kosten und die volle Durchleuchtung der Zahlen (Publizität und Revision!) überall durchgesetzt werden. Auch dann wird es bei der Steigerung der Wohlfahrtslasten und dem Rückgang der Einnahmen nicht möglich sein, ohne neue steuerliche Belastungen durchzukommen, und es stehen gerade den großen Gemeinden schwere politische Kämpfe in den Selbstverwaltungsorganen bevor, deren positive Austragung aber nur möglich ist, wenn auch bei der Finanzausgleichsgesetzgebung auf diese städtischen Lebensbedürfnisse mehr Rücksicht als bisher genommen wird. Aber in allen Schwierigkeiten der Gegenwart wollen wir nicht vergessen, daß Zeiten schwerer Not, wie sie die deutschen Großstädte gegenwärtig durchleben, dann nicht unfruchtbar gewesen sind, wenn sie Antrieb und Zwang zur Verbesserung und Verbilligung unserer öffentlichen Leistungen werden und uns allen in immer stärkerem Maße das Gewissen schärfen für die sparsame Verwaltung öffentlicher Gelder.

Die Ursache der Teuerung —

die zu hohen Preisspannen

Zwischen den Produktionspreisen und den Kleinhandelspreisen klafft eine breite Kluft. Ungeheure Aufschläge erfolgen durch die Weiterverbreitung und nicht zuletzt durch den Handel. Wenn der Großhandelsinder der Agrarstoffe im Juni dieses Jahres auf 110,4 steht und der Lebenshaltungsinder für Ernährung 142,7 beträgt, so ergibt sich eine Differenz von 32,3, die in diesem Ausmaß unerklärlich erscheint. In dieser ungeheuren Spanne liegt die Verteuerung der Lebenshaltung. Weitere Beispiele wollen wir folgen lassen: Im ersten Vierteljahr dieses Jahres betrug die Kostenspanne zwischen Korn und Mehl 1,8 Pfennig und die Kostenspanne zwischen Mehl und Brot 21,5 Pfg. Noch größer sind die Preisspannen bei den Vieh- und Fleischpreisen. Im März 1930 betrug die Meßziffer der Ladenpreise für Fleisch 125,7 Pfg. Zwischen diesen beiden Meßziffern besteht eine Differenz von 38,3 Pfg. Der Verdienst der Ladenfleischer, der Viehhändler usw. ist also ganz enorm. Bei Textilien ergibt sich ebenfalls eine nicht gerechtfertigte außergewöhnliche Spanne. Im Juni 1930 betrug der Großhandelsinder für Textilien 107,9; dagegen der Lebenshaltungsinder für Bekleidung 166,8. Die Differenz beträgt hier 58,9 Pfg. Um wieviel mehr würde die Bekleidungsindustrie beschäftigt sein können, wenn die Preise für Kleider, Wäsche usw. sich dem Großhandelsinder für Textilien anpassen wollten! Am allerschlimmsten ist es bei den Markenartikeln. Bei Arzneimitteln beträgt der Aufschlag für den Handel rund 75 Prozent; bei medizinischen Drogenartikeln 60 Prozent; bei Parfümerien 50 Prozent; bei Toilettenartikeln 50 Prozent und bei Markenartikeln für Lebensmittel 30 Prozent. In dieser Spanne liegt die Fehlerquelle der Wirtschaft. Mit allen Mitteln muß versucht werden, die Preisspannen zwischen dem Produktionspreis und dem Kleinhandelspreis zu mildern.

Die Bäckermeister wollen nicht fehlen

beim Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung

Der Bäckermeister-Innungsverband will gegen die bestehenden Tarifverträge Krieg führen. Er hat sich daher auch einen jungen forschen Unternehmersyndikus engagiert. Nach den Reichstagswahlen solls losgehen.

Einige Innungen waren etwas voreilig. Sie haben bereits die bestehenden Tarifverträge gekündigt. Sie wollen 10-Stunden-Tag, Verschlechterung der Ueberstundenzuschläge und der Ferienbestimmungen sowie Beseitigung der Lohnvergütung in Krankheitsfällen. Die Unternehmer glauben, daß zur Zeit infolge der wirtschaftlichen Verelendung ein Boykott gegen die Innungsbäckereien wirkungslos bleibe. Ebenso rechnen sie damit, daß sie aus dem Arbeitslosenheer — es sind mehr als 35 000 arbeitslose Bäcker- und Konditorengehilfen ermittelt — bei ausbrechenden Streiks genügend Ersatzkräfte erhalten. Ihr Ziel ist, den unbeliebten Tarifkontrahenten, d. h. die freie Gewerkschaft, auszuschalten, und mit den Gelben einen Tarif abzuschließen.

Das Plänchen ist fein ausgetüftelt. Vielleicht täuschen sich aber die Herren Bäckermeister doch. Vielleicht steht in einem Konflikt die Bevölkerung auf Seiten der Gehilfenschaft. Vielleicht ist auch die gewerkschaftliche Organisation der Bäckereiarbeiter heute trotz der schwierigen Verhältnisse eine ganz andere Macht als in früheren Jahren, wo sie unter unsäglichen Opfern Tarifverträge erkämpfte. Aber wenn die Bäckermeister auf alle Fälle ein Tänzlein riskieren wollen — bitte!

Bemerkenswerte Ausführungen Kalinins

Arbeiterflucht in Rußland.

Moskau, 8. September: Die beiden führenden Sowjetblätter „Iswestija" und „Prawda" veröffentlichten in ihren Sonntagsausgaben einen Leitartikel des Sowjetpräsidenten Kalinin, der sich gegen die gewöhnlich als „Flüssigkeit" bezeichnete Abwanderung der Arbeiter von den Fabriken richtet, die nach Kalinins Darlegung geradezu als eine Arbeiterflucht bezeichnet werden könnte. Kalinin warnt vor den schwerwiegenden Folgen einer solchen Unstetigkeit der Arbeiter, hebt aber zugleich hervor, daß neue Verordnungen und Maßnahmen hier allein nicht Hilfe bringen könnten, da die Schuld nicht nur bei der Arbeiterschaft zu suchen sei:

„Der Mensch gibt sich mit notwendigen Opfern und Entbehrungen nur dann zufrieden, wenn er sieht, daß die Fabrikleitung sich ehrlich müht, daß sie Wege zur Beseitigung der vorhandenen Mißstände sucht und sich nach Möglichkeit gemeinsam mit den Arbeitern für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Lebensbedingungen einsetzt; aus einem solchen Fabrikunternehmen werden die Leute nicht in Massen weglaufen."

*

Also nach dem gewiß unverdächtigen Zeugnis Kalinins laufen die russischen Arbeiter in Massen aus den Fabriken, weil sie nicht nur Entbehrungen und Opfer tragen müssen, sondern weil sie auch sehen, daß keine Aussicht auf Besserung vorhanden ist. Mit den Ruhmesreden über das Sowjetparadies stimmen diese Bemerkungen nicht überein.

Unterhaltung und Wissen

Die Dame mit Eispickel und Edelweiss

Eine vornehme Sache...

Ein Auto bringt sie in zweistündiger Fahrt auf der neugebauten Straße von Lienz a. d. Drau nach dem 2143 Meter hoch gelegenen Glocknerhaus. Sie trägt elegante Hochtouristenkleidung. Die schwerbenagelten Schuhe findet sie zwar nicht schön; sie gehören aber nun einmal zur Bergmode, wie im Flachlande die hauchdünnen Strümpfe zur Wintermode gehören. Den Eispickel findet sie zwar auch etwas schwerer und umständlicher als den üblichen Sonnenschirm, aber die Mode hat Madame schon zu einem geduldigen Träger erzogen. Sie weiß ja auch, daß ihr der Portier des Glocknerhauses die Last gleich bei ihrer Ankunft bereitwillig abnehmen wird.

Am folgenden Morgen, nach Einnahme eines kräftigen Frühstücks, beobachtet sie durch das den Gästen zur Verfügung gestellte Riesenfernrohr, wie sich die Bergsteiger vorsichtig über den spaltenreichen Gletscher arbeiten, um dann die 3798 Meter hohe Spitze des Großglockner zu erklettern. Das findet sie hochinteressant. Kinofilme werden ihr Wirklichkeit. Sie vermißt nur die begleitende Musik und vor allem die waghalsigen Sprünge und atemraubenden Abstürze, die ihr so oft im Film gezeigt wurden. Leise hofft sie, auch dies einmal in Wirklichkeit miterleben zu können. Es kommt aber nichts Derartiges. Vor allem meint sie, dieser Naturfilm drehe sich zu langsam. Allmählich wird ihr die Sache langweilig. Sie bestellt sich beim Ober ein Pferd. Hoch zu Roß, mit dem Eispickel in der Hand, begibt sie sich nun auf das 300 Meter höher gelegene Franz-Josef-Haus. Ein Hoteldiener führt das Pferd. Ihr braver Herr Gemahl, der auch nicht recht weiß, was er mit seinem Eispickel anfangen soll, muß hinter dem Pferde gehen, denn der Pfad ist zu schmal. Eine Stunde später steht sie vor dem 10 Kilometer langen Gletscher, dem größten der Ostalpen. An ihm prüft sie ihren neuen Eispickel. Dann wird wieder hoch zu Roß die Heimreise angetreten. Es war eine ganz interessante Hochtour für den ersten Tag, bis ganz heran an den Rand eines Riesengletschers.

Am nächsten Tage wird ein Ueberstieg über die 2665 Meter hohe Pfandlscharte ins Ferleitener Tal gewagt. Der Ueberstieg ist für berggewohnte Touristen leicht; allerdings für Madame ist er schwer und gefahrvoll, denn Auto und Pferd versagen hier. Sie hält ihn sogar für sehr gefahrvoll Es könnte doch auf der fünfstündigen Wanderung bis zum ersten jenseitigen Gasthof regnen oder schneien; sogar ein Nebel könnte hereinbrechen; dann ist es schon besser, man hat einen Führer bei sich. Ueberdies hilft der ja auch den Rucksack tragen.

Morgens ist Madame schon früh auf. Der Führer muß allerdings noch ein Stündchen warten, bis sie mit ihrer Toilette fertig ist. Aber punkt 9 Uhr ist sie zum Aufbruch bereit. Der Führer bringt ein Seil und noch einen dritten Eispickel mit. Langsam geht es den steilen Rasenabhang hinauf. Neuschnee erschwert den steilen Anstieg. Es wird oft gerastet. Der Berg will und will kein Ende nehmen. Endlich sind sie bei dem großen geschlossenen Schneefeld angelangt. Es ist zwar ganz harmlos, aber der Führer erzählt Madame und ihrem Gatten gruselige Geschichten von seinen Gefahren: wie sich Menschen im Nebel verirrt haben und erst spät in der Nacht vollständig erschöpft aufgefunden wurden; wie andere in wenigen Minuten von einem Schneesturm begraben und erst im folgenden Jahre aufgefunden wurden; wie eine ganze Gruppe in eine der trügerischen Gletscherspalten fiel, aus der sie nie wieder herausfand. Nach all diesen Erzählungen ist Madame vollständig überzeugt, daß sie sehr klug gehandelt hat, als sie sich einen Führer nahm.

Der erst vor zwei Tagen gefallene Schnee trägt noch schlecht, und Madame versteht es nicht, leicht aufzutreten. Dazu kommt noch ihr nicht geringes Gewicht. Bis an die Hüften sinkt sie dann und wann ein und jedesmal gibt sie einen fürchterlichen Schrei von sich, als läge sie schon in einem tiefen Gletscherspalt. Dann folgt ein Gewürge, bis sie wieder auf Schnee kommt. Jedesmal ist ihr der Eispickel im Wege.

An der Scharte angelangt, will Madame ausruhen. Wir tun das gleiche. Die Scharte ist eis- und schneefrei und es muß sich wohl erst der halbe Berg lösen, ehe rollende Steine bis hierher kommen. Der Führer erzählt aber wieder Mordgeschichten von Steinschlag und ersucht Madame, sich nicht auf solch einer gefährlichen Stelle aufzuhalten. Schnell zeigt er ihr noch in der Tiefe einige sich bewegende Punkte. Eine ganze Herde Gemsen! Bevor Madame ihren Feldstecher aufsetzen kann, sind sie verschwunden. In Wirklichkeit war es eine Herde Ziegen, die, ihrer wasserscheuen Natur entsprechend, schon bei den ersten Regentropfen von Stein zu Stein springend ihre Schutzhütten aufsuchen; denn um diese Zeit lassen sich keine Gemsen blicken. Die Täuschung ist belanglos. Madame ist nun fest überzeugt, daß sie bei hellerlichtem Tage eine ganze Herde Gemsen gesehen hat. Wie wunderbar!

Uns wird das Theater zu bunt. Wir überholen die drei. Wir wollen dem Führer nicht hinderlich sein, falls er Madame noch weitere gruselige Geschichten und gern gehörte Märchen erzählen will.

Am folgenden Tage treffen wir Madame in dem vornehmen Badeort Zell am See. Stolz entsteigt sie dem soeben angekommenen Auto. Ihr Sportkostüm ist das Neueste auf diesem Gebiete. In ihrer Hand trägt sie, mit einem hellblauen Seidenbändchen zierlich zusammengehalten, ein Sträußchen Edelweiß. Frisch gepflückt. Alles nur auserlesene schöne Stücke. Der Wagenführer ist ihr behilflich. Erst mit dem Koffer, in dem sich die schwerbenagelten Schuhe befinden, dann mit dem Regenschirm und dem vernickelten Eispickel. Leider stellt die rückständige Industrie noch keine versilberten Eispickel her. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite hält ein anderes Auto, das Madame zur Drahtseilbahn bringt. Eine Stunde später ist sie bereits auf der 1968 Meter hohen Schmittenhöhe. Auch von dieser Hochtour mit einem Sträußchen frischgepflückter Edelweiß heimkehren, fällt Madame nicht schwer. Ein alter Mann bringt ihr gern aus seinem droben in einem touristensicheren Winkel angelegten Edelweißgarten ein Sträußchen, und wenn Madame gut zahlt, bekommt sie nur auserlesene schöne Sterne, die in ihrem Kaffeekränzchen daheim sicherlich große Bewunderung finden werden.

E. Thm.

Der Völkerbund tagt

Wer kann sich in Deutschland eine Stadt ohne Wohnungsnot vorstellen? In Genf werden mit Aufwand von viel Reklame mehr Wohnungen angeboten, als in einer Stadt gleicher Größe in Deutschland gesucht werden. Und gerade Genf hat eine Raumnot, die ausgerechnet seiner wichtigsten Einrichtung gilt. Für die Vollversammlung des Völkerbundes ist kein geeigneter Saal da. Man hat sie zehn Jahre lang im Reformationssaal abgehalten, aber niemand fand die Zustände dort besonders befriedigend. In diesem Jahre nun findet die Tagung zum ersten Male in einem anderen Saale statt. Die Stadt Genf hat ihr „Bâtiment électoral", einen Monumentalbau am schönsten Platze gegenüber der Universität, zur Verfügung gestellt, in dem sonst die Wahlen zu den Regierungskörpern des Kantons und des Bundes stattfinden. Bis zur Fertigstellung des neuen Völkerbundspalastes, mit der trotz aller optimistischen Versicherungen der Architekten nicht vor 1935 gerechnet werden kann, sollen nun die Versammlungen und die Internationalen Arbeitskonferenzen in diesem Hause stattfinden. Im Park „Ariana", dem großen Baugelände des neuen Palastes, sind bisher nur einige Vermessungsposten und kleine Gräben zu sehen, aber vom Beginn nennenswerter Erdarbeiten ist noch lange keine Rede.

Das „Bâtiment électoral" ist ein großer, moderner Bau mit etwa einem Drittel mehr Raum als der Reformationssaal. Man hat in den großen Saal einen geräumigen Sitzungsraum aus Holz und Asbest für die Delegationen eingebaut, dazu aufsteigende Diplomatenlogen im Hintergrund und terrassenförmige Ränge für das Sekretariat und die Sachverständigen der Delegationen. Vor all dem erhebt sich ein doppelter Aufbau im Stile unserer Parlamente für den Vorsitzenden und das Präsidium. Die Presse besetzt die Emporen zu beiden Seiten vorn, während der Hintergrund der Galerie nicht eben übermäßig viel Platz gewährt für die Vertreter der Völkerbundsorganisationen und das Publikum. Wer die engen Verhältnisse im Reformationssaal kennt, ist von den großen Vorzügen dieser Neuordnung sofort beim Eintritt in den Saal überzeugt. Hier also wird die interessanteste weltpolitische Debatte dieses Jahres geführt werden, nämlich über das Schicksal einer engeren europäischen Zusammenarbeit.

*

Das zentrale Opiumkomitee hat noch rasch vor der Versammlung seine Statistiken geprüft und einige vorsichtige Berichte über seine Arbeiten herausgegeben. Die wichtigste Frage, nämlich die, welche Länder nun eigentlich zu große Vorräte und einen zu großen Verbrauch haben, konnte natürlich wiederum nicht beantwortet werden. Aus allen Ziffern ergibt sich jedoch klar, daß außer Opium alle anderen Rauschgifte seit den obligatorischen Berichten der Genfer Konvention abgenommen haben, und daß ein beträchtlicher Teil der Umsätze in den illegalen Handel abgedrängt worden ist. In Deutschland interessieren sich herzlich wenige Leute für die Opiumfrage. Dafür ist sie aber um so wichtiger für England und Amerika. Wenn man nur weiß, daß England aus seinem Opiumgeschäft jährlich etwa ein Drittel der Unkosten für seine Kolonien deckt und in USA. infolge des Alkoholverbotes der Verbrauch von Rauschgiften immer mehr überhand nimmt, so begreift man dieses Interesse ohne weiteres.

Herr Lyall ist ein sehr liebenswürdiger Herr, mit der Verbindlichkeit und dem Humor des Engländers. Er hat ein Leben lang in Zollverwaltungen gesteckt und kennt die Kniffe des legalen und des illegalen Handels. Herr Lyall ist Präsident der Zentral-Opium-Kommission. Er meint es gewiß ernst mit seiner Aufgabe. Aber bei all seinem Bemühen muß er mit der Resignation des Wissenden allen Fragen der versammelten Journalisten entgegenhalten, daß nur einige Hoffnung bestehe auf bessere Ergebnisse der Kontrolle von Anbau, Herstellung und Handel mit Rauschgiften. Was mit anderen Worten besagt, daß Geschäft über Moral geht, solange diese Gesellschaftsordnung mit ihrer Profitgrundlage besteht.

*

Wo liegt eigentlich Kuba? So ganz sicher wissen das bedrächtlich viele Zeitgenossen nicht. Man kennt vielleicht Havanna-Zigarren oder hat schon mal was von Rebellion auf dieser Insel gehört, aber daß dieses Land nachhaltig in die internationale Politik eingreifen könnte, lag doch wohl nicht so ohne weiteres im Vorstellungsbereich der meisten Europäer. Nun aber hat gerade Kuba die Inkraftsetzung der Revision des Statuts des Internationalen Gerichtshofes im Haag durch seine jüngst veröffentlichte Note aufgehalten. Wieder einmal ist es ein lateinamerikanischer Staat, der dem Völkerbund eine harte Nuß zu knacken gibt, wie ja auch seiner Zeit Brasilien den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund um ein halbes Jahr verzögert hat. Man muß sich bei solcher Wiederholung an die einfache Tatsache erinnern, daß eben jedes Land im Völkerbunde seine politischen Interessen zu fördern sucht. Das wirtschaftlich unentwickelte Brasilien sah damals in Deutschlands ständigem Ratssitz eine Bedrohung des Interesses an einer Unterstützung der Entwicklung Südamerikas: Kuba sieht ähnlich in gewissen Bestimmungen des Revisionsprotokolls eine Vorherrschaft Europas, die sich bei der möglichen Entscheidung von Streitfällen ungünstig für die aufstrebende Inselrepublik auswirken könnte.



Nachdruck verboten. (40. Fortsetzung.)

„Laß ihn verrecken", sagte der Loesenich mit bitterem Lachen, und Nepomuk Reiter verstärkte das noch: „Je eher, je lieber. Dann sind ein paar tausend Fresser weniger im Deutschen Reich, und der Bauer, der nit Wein baut, setzt desto mehr Fett an!"

Bremm hob wehrend die Hand: „Dem nehm ich nix übel. Ich bedauer et nur. Die ihn nit besser belehrt haben, nit dafür gesorgt haben, dat der Ackerbauer nit taub is, wenn der Weinbauer „Zu Hilf" schreit, die klagen wir an. Wir haben all dat gleiche Vaterland, wir müßten uns nur viel besser kennen."

Wenn Bremm so ruhig sprach, blieben auch sie ruhig. Aber wenn's ihn hinriß, wenn er aus des Loesenich kahler Stube kam, wo die Frau kränkelte und das Brot schon seit fast einem Jahr auf Borg geholt werden mußte, wenn er selber, da er mit den letzten Steuern in Rückstand geraten war, fürchten mußte, gepfändet zu werden, dann sprach er heftig, und dann wurden sie noch viel heftiger.

„Wir lassen uns nix mehr gefallen. Winzer haben sich schon vormals zur Wehr setzen müssen, wir setzen uns nu wieder zur Wehr. Verfluchte Steuern! Wir lassen uns nit das letzte auspressen für die!"

„Et soll nur wieder einer kommen und pfänden, dann prügeln wir ihn zum Dorf heraus!"

„Jawohl, dat tun wir!" Sie schrien alle wild durcheinander.

„Wenn wir unseren Wein verkaufen können", rief Bremm, „dann können wir auch Steuern bezahlen, und dat wollen wir auch!"

„O wat!" Der Loesenich schrie ihn wütend an. „Alle rückständigen Steuern müssen niedergeschlagen werden, die fälligen müssen uns gestundet werden!"

„Der Staat sollte statt der paar Groschen Beihilf en ordentlichen Kredit geben", meinte nachdenklich Kaspar Dreis, der auch herübergekommen war.

Bremm nickte ihm zu: „Ja, dat is noch 'n Vorschlag! Einen Kredit, der et uns möglich macht, unsere Wirtschaft aufrechtzuerhalten."

„Bild't euch nix ein — so 'nen großen Kredit?! Haha!" Reiter höhnte. „Die werden sich hüten. Wat die Weinsteuer einbringt, dat müßten sie unter uns verteilen!"

Die Weinsteuer, ha, die Weinsteuer! Das Wort war gefallen. Die Weinsteuer, die war das Unglück! Sie brüllten alle auf: die mußte zuallererst weg, die war von aller Ungerechtigkeit die allergrößte. Die verfluchte Weinsteuer, die ruinierte noch mehr als der Auslandswein, den man hereinließ. Wenn die Weinsteuer nicht fiel, dann —! Es erhoben sich drohende Fäuste.

„Beruhigt sie", flüsterte Kaspar Dreis, Simon Bremm am Aermel zupfend. Und dann, als die Versammlung, unruhig scharrend und murrend nun auseinander gegangen war und er mit dem Aelteren noch für ein paar Augenblicke draußen im strömenden Regen stand, fragte er: „Meint Ihr, dat die Weinsteuer wirklich die Hauptschuld hat an der Winzernot? Ich meinen dat nit. Aber ich laß mich gern belehren, Ihr wißt et sicher besser."

„Ich weiß et auch nit", sagte Bremm leise. Und eine hilflose Traurigkeit verbreitete sich über sein Gesicht, über seinen ganzen Menschen.

Sechzehntes Kapitel.

„Weißt du, wo unsen Vater is?" fragte die Bremm ihre Tochter. Maria zuckte die Achseln, sie sagte gleichgültig: „Ich weiß nit."

Ob er wieder im Keller saß? Anna Bremm watete durch den schwimmenden Hof hin bis zum Kellereingang — die Tür war geschlossen, aber unten flinzelte matter Lichtschein. Sie sah es durch die Ritzen der morschen Bretter heraufschimmern, aber als sie anpochte und laut rief: „Bremm, bist du unten?" war auf einmal kein Lichtgeflinzel mehr da. Sie mußte sich getäuscht haben; dieses Mal wohl, aber doch nicht immer. Was machte er so oft da unten? Hatte er denn immer noch im Keller zu tun? Sie wußte nicht, was sie davon denken sollte, jetzt hatte der Winzer doch nichts mit dem Wein zu tun. Und der dunkle Keller mit seinem Dunsten nach Schimmel, nach Faß, nach Most und nach Feuchtigkeit war doch kein Ort zum längeren Aufenthalt. Sie hatte Bremm oft schon gefragt: „Wat haste dann immer noch unten zu tun?" Daraufhin hatte er sie bloß flüchtig angesehen, hatte etwas gemurmelt, was nicht zu verstehen war, und deutlicher nur gesagt: „Kümmer dich nit drum!"

Die Frau war sich nicht klar bewußt, warum er hinunterstieg, aber es machte ihr Unruhe. Inbrünstig betend lag sie vor der heiligen Jungfrau im Grau der Kirche auf ihren Knien; sie konnte sich oft kaum von hier trennen. Hier war der einzige Ort, an dem die Vielgeplagte ein wenig mehr Ruhe fand: der Mann finster, die große Tochter gleichgültig, die Kinder unartig, weil sie nicht hinaus konnten wegen des Regens — oder war es darum, weil sie hungrig waren?

So schwer wie in diesem Winter war es auch noch niemals gewesen. Wohin man sah, wohin man hörte, bei dem einen große, bei dem anderen weniger große, aber überall Not. Ob in ganz Deutschland die Not gleich groß war wie hier an der Mosel? Sicherlich, sagte die Frau sich. Denn sonst wäre hier doch geholfen worden. „Brüder, liebet euch untereinander", darüber hatte der Herr Pastor so schön gepredigt, seine Stimme hatte vor Rührung gezittert — alle, die es hörten am Sonntag, waren ergriffen — es war, als ob der alte Mann dabei weinte. Ja, der Herr Pastor war ein guter Mann, der gab, was er geben konnte; er hatte nur selber nicht viel. Aber er schrieb immer wieder nach Koblenz, machte Eingaben und Bittgesuche für seine arme Gemeinde.

Anna Bremm hatte Vertrauen in seine Güte, alle hatten Vertrauen, und doch war die Frau erschrocken, als der Pastor sie heut auf der Straße ansprach. Der geistliche Herr hatte sich herausgemacht trotz des Regens, er kam von einem Kranken, den er besucht hatte. Er fragte sie nach ihrem Mann, nach den Kindern, zuletzt fragte er sie nach der Maria. Warum kam die Maria denn nicht mehr zur Beichte?

Die Frau stotterte etwas und war sehr verlegen; das hatte sie nicht gewußt, daß die Tochter nicht pünktlich zur Beichte ging. Ganz aufgebracht kam sie nach Hause: sie, sie mußte sich so etwas sagen lassen?! „Warum gehste nit in die Kirch, warum beichtste nit, wie 't sich gehört?" Sie stand vor der Tochter, ihre sonst so sanften Augen sprühten in beleidigtem Unwillen.

Maria war sehr bleich: sie hatte, wie so oft jetzt, nur ein stummes Zucken der Achseln.

„Et is 'n Schand", klagte die Frau, „wat soll der Herr Pastor von uns denken! Haste dann in der Stadt ganz deine Religion, deine Pflicht vergessen? O, hätt ich dich doch nie nit dahin getan!"

„Ja, hättste dat nit", sagte Maria. Und sie sagte das so seltsam, daß die Mutter stutzte.

(Fortsetzung folgt.)

Frauen, Mütter, wählt S.P.D. Liste 1.

Die Nazi brüllen:

„Deutschland erwache!"



Gregor Strasser



Jawohl: Deutschland erwache - - und sieh dir diese Erwecker an.



Münchmeyer

Strasser wurde wegen Beihilfe zum Hochverrat zu einem Jahr drei Monaten Festung bestraft. Wegen Beschimpfung der Reichsfarben verurteilte ihn das Schöffengericht in München zu 1000 Mk. Geldstrafe. Wegen Beschimpfung der Republik erhielt er eine Strafe von sechs Monaten und 600 Mk. Geldstrafe. In der letzten Reichstagsperiode wurden gegen Strasser 31 Anträge für Aufhebung seiner Immunität zwecks strafrechtlicher Verfolgung gestellt.

Wegen Mißbrauch seines Pfarramtes sollte Münchmeyer des Amtes enthoben werden; er kam jedoch dem Disziplinarverfahren durch Niederlegung seines Amtes zuvor. Münchmeyer wurde wegen Sittlichkeitsvergehen und Verleumdung zu drei Monaten Gefängnis bestraft. Wegen zweier Vergehen gegen das Republikschutzgesetz erhielt Münchmeyer eine Strafe von 1500 Mk. und wegen Aufforderung zum Aufruhr eine Strafe von 400 Mk. Münchmeyer hat es im Laufe der letzten Jahre zu 70 Beleidigungsprozessen gebracht. Etwa 30 Verfahren gegen ihn schweben noch.

Das geistige Deutschland

steht zur Sozialdemokratie!

Unsere Zeit ist Uebergang. Alles Sein und Bewußtsein ist unsicher und schwankend geworden. Darunter leiden gerade die denkenden Menschen. Sie fühlen alle, daß die Zukunft unseres Volkes auf einer neuen Ebene aufgebaut werden muß, daß nur von dort aus Lösung für die entscheidenden Fragen unserer Zeit gewonnen werden können.

Die bürgerlichen Parteien aller Richtungen haben versagt.

Die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, aus der die katastrophale Krise unserer Tage erwuchs, bleibt ihnen heilig und unantastbar. All ihr Beginnen ist armseliges Flickwerk. Mit völlig unzulänglichen Mitteln suchen sie die Freiheit der Gesamtheit zugunsten der Freiheit Weniger zu fesseln. Dazu brauchen sie die Unterdrückung der geistigen Freiheit. Daher die unerträgliche Reaktion in der Justiz, die Einschnürung der künstlerischen Freiheit, die Vernachlässigung eines wirklich demokratischen Ausbaus unseres Bildungswesens, daher die religiöse Intoleranz. Nur die sozialistische Ordnung, in der das Wohl der Gesamtheit wirklich Leitmotiv des staatlichen Handelns und des gesellschaftlichen Aufbaues ist, wird auch der Wahrheit schlechthin die Freiheit schenken. Die Wahrheit erst wird die Menschen frei machen.

Die bürgerlichen Parteien hängen noch zum überwiegenden Teile dem Wahne nach, durch neuen Krieg könne Deutschlands Geltung in der Gemeinschaft der Völker und seine Wirtschaft gestärkt werden. Auch

wir wollen, daß Deutschland zu neuer Blüte erwachte

und mit voller Gleichberechtigung im Kreise der Nationen stehe. Der Krieg aber, das klägliche und grauenhafte letzte Auskunftmittel des bürgerlich-kapitalistischen Systems, führt zur Vernichtung. Je klarer und entschiedener wir Deutsche ihn ablehnen, desto sicherer wird es uns im friedlichen wirtschaftlichen und kulturellen Wettbewerb, der sich auf das Recht stützt, gelingen, zu einer vernünftigen Lösung der außenpolitischen Fragen, nicht zuletzt auch zu einer Abbürdung der weltwirtschaftlich sinnlosen Reparationslasten zu gelangen.

Wir wenden uns an alle, die geistig jung und aufgeschlossen sind. Es geht bei dieser Wahl um eine

große Entscheidung:

ob wir mit der Vergangenheit untergehen oder Bannerträger einer neugestalteten Zukunft sein wollen. Ein auch nur vorübergehender Sieg der Reaktion in Deutschland bedeutet die Katastrophe. Nur der bewußt und planvoll gewollte Uebergang zu einer neuen Ordnung, die auf den Lebensnotwendigkeiten und dem Wohl der Gesamtheit aufgebaut ist, wird Deutschland einer Zukunft entgegenführen können, in der innere Befriedung und äußere Geltung errungen werden.

Bei der Auswahl der Partei, der wir am 14. September unsere Stimme geben, um unseren politischen Willen zum Ausdruck zu bringen, müssen die großen Grundsätze entscheidend sein, nach denen eine Partei ihr Handeln bestimmt sein lassen will. Wer eine Zukunft des inneren und äußeren Friedens wünscht, muß sich jetzt zur Sozialdemokratie bekennen.

Sozialdemokratischer Intellektuellenbund

Der geschäftsführende Vorstand

Marx-Heidelberg, Pfeiffenberger-Mannheim,
Sturmfels-Darmstadt.

Diesem Aufruf schließen sich an:

Univ.-Professor Dr. v. Aster-Gießen
Geh. Regierungsrat Dr. Bachem-Berlin
Pfarrer Bleier-Berlin
Oberschulrat Dr. Deiters-Kassel
Stadtarzt Dr. Drucker-Berlin
Ministerialrat Dr. Flatow-Berlin
Dr. med. Kaethe Frankenthal-Berlin
Reichsgerichtsrat Dr. Großmann-Leipzig
Univ.-Professor Dr. Grotjahn-Berlin
Oberregierungsrat Dr. Hamburger, M. d. L., Berlin
Regierungspräsident v. Harnack-Merseburg
Univ.-Professor Dr. Gumbel-Heidelberg
Univ.-Professor Dr. Heimann-Hamburg
Oberbürgermeister Dr. Heimerich-Mannheim
Schriftsteller Georg Hermann-Neckargemünd
Oberstudienrat Dr. Heß-Nürnberg
Gertrud Hermes-Leipzig
Professor Dr. Hueter-Gießen
Oberverwaltungsgerichtsrat Kroner-Berlin
Staatssekretär Krüger-Berlin
Oberlandesgerichtsrat Dr. Kullmann-Karlsruhe
Univ.-Professor Dr. Laun-Hamburg
Univ.-Professor Dr. Lederer-Heidelberg
Univ.-Professor Dr. Lessing-Hannover
Univ.-Professor Dr. Lindemann-Köln
Univ.-Professor Dr. Marck-Breslau
Univ.-Professor Dr. Maurenbrecher-München
Direktor Carl Mennicke-Berlin
Privatdozent Dr. Marschak-Heidelberg
Beigeordneter Dr. h. c. Meerfeld-Köln
Univ.-Professor Dr. Meusel-Aachen
Stadtrat Dr. Michel-Frankfurt a. Main
Oberstudiendirektor Dr. Müller-Potsdam
Fritz Naphtali, M. d. RWR., Berlin
Professor Dr. Möller, Tierärztliche Hochschule, Berlin
Professor Dr. Ostreich-Berlin
Senatspräsident Dr. Orgler-Berlin
Stadträtin Meta Quarck-Hammerschlag-Frankfurt a. Main
Univ.-Professor Dr. Piper-Münster i. Westf.
Univ.-Professor Dr. Radbruch-Heidelberg
Oberschulrat Dr. Runge-Münster i. Westf.
Univ.-Professor Dr. Schazel-Jena
Univ.-Professor Dr. Schmidt-Bonn
Univ.-Professor Anna Siemsen-Jena



Staatssekretär Dr. Staudinger-Berlin
Präsident a. D. Professor Dr. Strecker-Berlin
Rechtsanwalt Dr. Sueßheim-Nürnberg
Ministerialrat Dr. Thoma-Karlsruhe
Univ.-Professor Dr. Tillich-Frankfurt a. Main
Univ.-Professor Dr. Wuensch-Marburg.

Achtung! Achtung! Hier NSDAP.

Achtung! Achtung! Hier Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei! Alles herhören! Wir geben heute unser Programm bekannt!

Wir Nationalsozialisten sind gegen den Sozialismus. Wir lassen uns höchstens von den Kapitalisten durch reiche Geldmittel unterstützen.

Wir sind gegen das raffende und schützen dafür das schaffende Kapital.

Wir sind für unentgeltliche Enteignung für Grund und Boden, soweit er nicht im Besitz von deutschen Junkern und Großagrariern ist.

Wir treten für die wirtschaftlichen Rechte der Arbeiter ein. Darum bekämpfen wir ihre wirtschaftlichen Waffen, die Gewerkschaften. Auch die christlichen.

Wir unterstützen die Arbeiter in ihrem Kampf gegen das Kapital, indem wir ihnen bei Streiks in den Rücken fallen und Streikbrecherarbeit leisten.

Wir allein sind die wahren Vertreter der Arbeiterschaft. Darum schlagen wir alle andersgesinnten Arbeiter — ob Sozialdemokraten oder Kommunisten — tot, wo immer wir in der Mehrzahl sind.

Wir fordern, daß der Staat für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit aller Staatsbürger sorgt. Darum sind wir gegen Arbeitsbeschaffung und vermehrten Wohnungsbau.

Den Notleidenden muß geholfen werden! Daher sind wir gegen Winterbeihilfen an Bedürftige, sowie gegen Erhöhung der Unterstützungssätze für Sozialrentner.

Wir sind gegen den Privatbesitz, aber für die Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Privateigentums.

Wir sind die einzige nationale Partei. Daher werden wir von Italienern, Franzosen und anderen Ausländern mit Geld und anderweitig unterstützt.

Wir sind für Schaffung einer starken Zentralgewalt. Darum suchen wir mit allen Mitteln die bestehende Zentralgewalt (Reichsregierung) zu untergraben.

Wir sind Gegner des Parlamentarismus, dem wir schärfsten Kampf angesagt haben. Darum fordern wir „unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments für das gesamte Reich".

Wir sind für Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens. Ausgenommen die mittelalterlichen Renten der Standesherren, deren Aufwertung nicht begrenzt werden darf.

Wir sind gegen die Verschwendung öffentlicher Gelder. Nur den Ministern muß auch für kurze Dienstzeit lebenslänglich Pension gezahlt werden.

Wir sind gegen hohe Pensionen. Nur von den ehemaligen Generälen und Ministern des kaiserlichen Deutschlands kann man nicht verlangen, daß sie mit 1000 Mark im Monat auskommen.

Wir sind für Kürzung der Ministergehälter, soweit es nicht unsere eigenen Parteigenossen betrifft.

Wir sind für Ausbau unserer Volksbildung. Nur an den Volks- und Fortbildungsschulen muß mehr gespart werden. In Thüringen haben wir daher 400 Lehrer abgebaut, die Stundenzahl vermindert, die Schülerzahl in den Klassen um 20 Prozent erhöht.

Wir sind für durchgreifende Sparmaßnahmen. In Thüringen haben wir daher den Volksschuletat um 1¼ Millionen gekürzt. (Die bekommt dafür die Kirche mehr!) Bei den höheren Schulen haben wir selbstverständlich nichts abgebaut.

Wir sind für die Ausbildung geistig besonders veranlagter Kinder armer Eltern auf Staatskosten. Wir haben daher die Staatsmittel für Erziehungsbeihilfen in Thüringen um fast die Hälfte gekürzt.

Wir fordern gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge. Ihre Verbreitung darf nur durch unsere eigene Presse erfolgen, da die anderen Zeitungen in der Hinsicht doch nicht mit uns konkurrieren können.

Unsere Führer versprechen, unter Einsatz ihres Lebens für die Durchführung unserer Forderungen einzustehen. Darum halten sie bei Putschen und in gefährlichen Augenblicken stets ein Auto bereit, in dem sie flüchten und der Bewegung ihr kostbares Leben erhalten können.

Wir fordern jeden echten Deutschen auf, uns zu wählen. Wer den Sozialisten, Kommunisten, Demokraten, Pazifisten oder irgendeiner anderen Partei seine Stimme gibt, ist wie alle anderen gemeinen Volksverbrecher mit dem Tode zu bestrafen.

Dieses Programm muß in allen Schulen auswendig gelernt werden.

Eine Spur der seit 85 Jahren verschollenen Franklin-Expedition gefunden

London, 11. September. (Drahtmeldung.) Der kanadische Forscher Major Burwash entdeckte, als er im Flugzeug von einem Flug nach dem magnetischen Pol zurückkehrte, auf der King William-Insel im nördlichen Kanada zwei Lager der seit 85 Jahren verschollenen Expedition Sir John Franklins, die aus 129 Offizieren und Mannschaften bestand und im Jahre 1845 an Bord der beiden Schiffe „Erebus" und „Terror" England verlassen hatten, um die nordöstliche Durchfahrt zu entdecken. Die Schiffe wurden zuletzt am 26. Juli 1845 von einem Walfischfänger in der Malville-Bai gesehen und waren seither verschollen. Aus einem 1859 auf der King William-Insel gefundenen Schriftstück ging hervor, daß die Schiffe bis 1848 nahe der Nordwestküste von King William-Land vom Eis eingeschlossen und nach dem Tod Sir John Franklins von den übrigen Mitgliedern der Expedition verlassen worden waren. Die 105 Ueberlebenden sind zweifellos bei dem Versuch, das Festland zu erreichen, der Kälte, dem Hunger und den Strapazen erlegen. Auch Major Burwash soll nunmehr einige Dokumente gefunden haben, die weiteren Aufschluß über das Schicksal der Expedition geben.

Eine feine Naziblüte



Streicher

Streicher ist vielfach wegen Beleidigung, übler Nachrede, Religionsvergehen, Aufreizung usw. bestraft. Sein Lehramt wurde ihm wegen übler Nachrede entzogen. Er hat die Frau eines befreundeten Arztes verführt. Seine Aemter bei den Nazis nutzt er zu eigener Bereicherung aus. In Nürnberg soll er 23 000 Mk. unterschlagen haben.

Der Bau der drei Rheinbrücken

Berlin, 11. Sept. (Drahtmeldung.) Der Reichsverkehrsminister teilt mit, daß nunmehr das Uebereinkommen über den Bau der drei Rheinbrücken bei Ludwigshafen, Mannheim, Maxau und Speyer endgültig festgelegt ist. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft wird, nachdem alle Vorbereitungen zum Bau der Widerlager und Pfeiler und der Herstellung der eisernen Ueberbauten für die Brücke bei Ludwigshafen-Mannheim getroffen sind, mit der Bauausführung unverzüglich beginnen.

Piccard will am Sonnabend starten

Augsburg, 11. Sept. (Drahtmeldung.) Professor Piccard hat auf Grund der günstigen Wetterprognose angekündigt, daß er voraussichtlich Sonnabend früh um 6 Uhr zu seiner Höhenfahrt starten wird. Professor Piccard benutzte den gestrigen und den heutigen Tag zu einer eingehenden Prüfung der Instrumente und der Luftdichtheit seiner Gondel.

Tödlicher Flugzeugabsturz eines Flugschülers

Ludwigslust (Mecklenburg), 11. September. (Drahtmeldung.) Heute vormittag stürzte das Flugzeug 1202 der Deutschen Verkehrsfliegerschule in Braunschweig in nächster Nähe der Bahnstrecke Schwerin—Ludwigslust über der Feldmark Rastow ab. Der Motor bohrte sich tief in den Erdboden. Die Maschine wurde zertrümmert. Der Pilot Arvid Frhrr. v. Ungern-Sternberg, ein Flugschüler der Verkehrsfliegerschule, der sich auf einem Uebungsflug nach Warnemünde befand, war sofort tot.

Belgisches Verkehrsflugzeug abgestürzt

London, 11. September. (Drahtmeldung.) Ein belgisches Verkehrsflugzeug ist heute früh in der Nähe des Flugplatzes Croyden abgestürzt und in Brand geraten. Der Führer und der Monteur kamen ums Leben.

Schmugglerjagd per Flugzeug

Der seit langem im Verdacht des Spritschmuggels stehende deutsche Kutter „Anni", der in Danzig beheimatet ist, tauchte, wie schon öfters, in der Nacht zum Mittwoch in den Libauer Gewässern auf, woraufhin ein von der Zollbehörde entsprechend beauftragtes Militärflugzeug durch Signale den „Anni"-Kapitän zu stoppen ersuchte. Das Schmugglerschiff machte indessen den Versuch, zu entfliehen. Nunmehr warf das Flugzeug Bomben ab, die aber ihr Ziel verfehlten. Schließlich bestrich der Flieger das Schiff mit Maschinengewehrfeuer. Auch Motorboote der Zollwache nahmen an der Beschießung teil. Erst nach längerer Zeit konnte das Schiff, das schon halb voll Wasser stand, an Land gesetzt werden. Von der Besatzung wurde niemand verletzt.

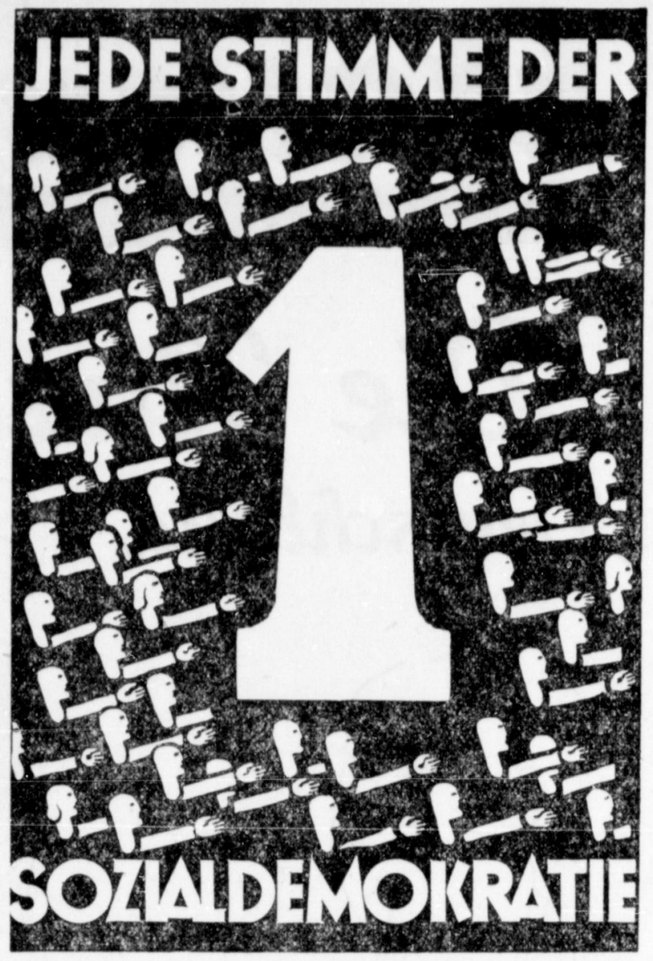
„Graf Zeppelin" nach Friedrichshafen zurückgekehrt

Friedrichshafen, 11. September. (Drahtmeldung.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist von seiner Fahrt nach Moskau heute vormittag 11,35 Uhr wieder nach Friedrichshafen zurückgekehrt und glatt gelandet. Es hat die Strecke des Rückflugs mit 2500 Kilometern in ungefähr 19 Stunden bewältigt. An Bord befanden sich 22 Fahrgäste.

Je näher die Wahl rückt . . .



. . . desto enger schließt sich die Bürgerfront zusammen!



Gentleman-Einbrecher, aber keine Lady

Die noch sehr junge Witwe eines Verwaltungsbeamten in Toulouse (Frankreich) erwachte in einer der letzten Nächte durch ein verdächtiges Geräusch und fand sich einem maskierten Einbrecher gegenüber, der gerade im Begriff stand, seine „Arbeit" zu beginnen. Die junge Dame stieß einen Schrei aus; als daraufhin der Einbrecher mit dem Revolver drohte, fühlte er sich plötzlich durch die Schönheit seiner unwillkommenen Partnerin derart gerührt, daß Kinoerinnerungen in ihm erwachten: erklärte sich bereit, gegen einen Kuß auf den Einbruch zu verzichten. Ob es bei dem Kuß geblieben ist, weiß man nicht. Jedenfalls hielt der Einbrecher das Versprechen und ging mit leeren Händen davon. Trotzdem war die junge Dame ungalant genug, Anzeige zu erstatten.

Eine teure Orchidee

Die beiden Pflanzenforscher George Taylor und B. Gordon haben für die von ihnen entdeckte Nonnenkopforchidee bei einem Sammler den Preis von 60 000 Mark erzielt. Auf Kosten eines naturwissenschaftlichen Forschungsinstituts sind die Forscher von neuem nach Südamerika unterwegs, um eine ebenso seltene Orchideenart, die sogenannte Tigerkopforchidee zu suchen.

Brand auf dem Zielschiff „Zähringen"

Berlin, 11. September. (Drahtmeldung.) Auf dem Zielschiff „Zähringen" ist gestern abend nach einem Treffer im Achterschiff ein Brand ausgebrochen. Das Schiff liegt vor Holtenau zu Anker. Die Löschung des Brandes ist z. Z. noch nicht beendet.

Drei Todesopfer eines Wohnhausbrandes

Paris, 11. September. (Drahtmeldung.) **Beim Brande eines mehrstöckigen Wohnhauses in Dieppe sind drei Personen, darunter zwei Kinder, ums Leben gekommen.**

GESETZ das tötet

Roman von Frank Arnau

90) (Fortsetzung.)

„Nein, meine Herren: Dr. Berolsheimer ist auch im Falle Jascha Lehner nicht schuldig. Sie haben von Professor Hubermann gehört, daß eine Fahrlässigkeit auf seiten des Angeklagten keineswegs vorlag, daß es wahrscheinlich ist, daß die unglückliche Jascha Lehner sterben mußte, weil sie psychisch vollkommen zermürbt war und einer Erkältung keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen vermochte."

„Aus diesen Gründen, denen Sie sich nicht verschließen können, beantrage ich die Freisprechung meines Klienten. Sagen Sie nicht: das Gesetz besteht, folglich muß es angewendet werden! Das Gesetz besteht, aber es ist ein mörderisches Gesetz, ein Gesetz gegen die Zeit, ein Gesetz gegen die Vernunft! Haben Sie den Mut, Ihr Verdikt gegen dies Gesetz zu stellen!"

Aus dem Zuschauerraum ein paar schüchterne Bravorufe.

Der Vorsitzende mit starker Stimme:

„Ich verbiete hier jede Demonstration! Bei dem nächsten Versuch lasse ich den Saal räumen! — Der Herr Staatsanwalt hat das Wort!"

Der Staatsanwalt repliziert:

„Jetzt, meine Herren," — sagt er, die Stimme vor Entrüstung zitternd, — „haben Sie gehört, mit welchen Argumenten man Bresche zu schlagen sucht in das Gemäuer der öffentlichen Ordnung! Der Herr Verteidiger hat sich zu einer Meinung anarchischer Tendenz mit erschreckender Deutlichkeit bekannt! Die Zeiten sind schlecht, sagte der Herr Verteidiger; es gibt zu viele Arbeitslose. Infolgedessen ist es notwendig, der Uebervölkerung dadurch zu steuern, daß man das keimende Leben vernichtet. Wahrscheinlich gleich massenweise! Meine Herren — mit dem gleichen Recht könnte der Herr Verteidiger verlangen, daß alle Menschen, die über fünfundvierzig Jahre alt sind, einfach abgeschossen werden, um jüngeren Platz zu machen! Der Ort hier ist mir zu heilig, um auf derartige Abstrusitäten einzugehen. Aber ich muß die Ausführungen des Herrn Verteidigers mit größter Schärfe zurückweisen — sie sind gefährlich! Nicht weil ich befürchte, daß Sie, meine Herren, sich von diesen Ausführungen beeinflussen lassen, sondern weil sie hinausgetragen werden in die Oeffentlichkeit. Herr Verteidiger — wenn heute oder morgen hundert Frauen oder Mädchen zu gewissenlosen Aerzten oder zu Hebammen laufen, um sich die Leibesfrucht abtreiben zu lassen, so tragen Sie mit Schuld daran — das sage ich Ihnen hier ins Gesicht! Mit Soziologie, mit Statistik, mit wirtschaftlichen Gründen kann man alles beweisen, auch das Dümmste! Für mich, wie für jeden, der offene Augen hat, ist es klar, daß die Abtreibungen nicht eine Folge unserer wirtschaftlichen Nöte, sondern eine Folge der von Jahr zu Jahr zunehmenden Liederlichkeit sind. Wollen Sie, meine Herren, diese Liederlichkeit noch steigern, indem Sie gegen den klaren Wortlaut eines sehr vernünftigen Gesetzes erkennen? Ich befürchte das nicht. Ich brauche auf die einzelnen Punkte der Anklage nicht mehr einzugehen; der Herr Verteidiger hat in keinem einzelnen Punkt auch nur den Versuch gemacht, die Anklage zu erschüttern. Ich hätte auch das Wort nicht mehr ergriffen, wenn es nicht notwendig gewesen wäre, sofort gegen die — Unbefangenheit Stellung zu nehmen, mit der hier Tendenzen propagiert wurden, die in ihrer Auswirkung das deutsche Volk im Mark zerstören könnten. Dagegen muß ich erwidern. Zu Ihnen, meine Herren, habe ich das Vertrauen, daß Sie nicht dazu helfen, die Ecksteine aus den Mauern zu brechen, auf denen unsere Gesellschaftsordnung ruht!"

Der Vorsitzende:

„Herr Verteidiger?"

Dr. Leo Jakobsohn:

„Der Herr Staatsanwalt hat nichts Wesentliches vorgebracht; ich kann auf die Duplik verzichten, um so mehr, als ich überzeugt bin, daß die Zeit über den § 218 und über die Meinungen des Herrn Staatsanwalts sehr rasch und sehr rücksichtslos hinwegschreiten wird. Ich appelliere nur noch einmal an Ihren gesunden Menschenverstand, der es nicht zugeben wird, daß man einen Menschen ins Zuchthaus schickt, der nur der Notwendigkeit seiner Zeit und der Güte seines eigenen Herzens gehorcht hat."

Der Vorsitzende:

„Das Schlußwort hat der Angeklagte!"

Dr. Berolsheimer erhebt sich und sieht, mit beiden Händen auf die Barre vor seinem Platz gestützt, einen Augenblick schweigend auf die Richter aus dem Volke. Dann beginnt er:

„Im Gegensatz zu meinem Verteidiger gebe ich mich nicht der Hoffnung hin, daß Sie mich freisprechen werden. Ich bin darauf gefaßt, ins Zuchthaus zu gehen, denn der menschliche Aberwitz muß immer erst Hekatomben von Opfern verschlingen, ehe die Vernunft zum Siege gelangt. — Ich bekenne mich und bekannte mich zu dem, was ich getan habe. Jawohl: ich habe den § 218 übertreten, im vollen Bewußtsein, gegen dieses Gesetz zu handeln. Ich tat es, weil ich es für notwendig hielt. Ich halte es für ein Uebel, wenn kranke Frauen daran zugrunde gehen müssen, daß man ein zukünftiges Leben schützt. Darum beseitige ich dieses zukünftige Leben. Ich hielt es für ein Unglück, daß Kinder geboren werden sollten, die von Anfang an, schon vor ihrer Geburt, zu Siechtum, zu Jammer und Not verdammt waren. Ich habe diesen Unglücklichen den Eintritt in das Leben erspart. Ich hielt es für ein Unglück, daß ein Mädchen gezwungen werden sollte, an sich selbst und an der Menschheit zu verzweifeln. Weil es das begangen hatte, was die große Mehrheit einen Fehltritt nennt — ich habe die Folgen dieses Fehltritts beseitigt. Daß das Mädchen zugrunde ging, ist nicht meine Schuld. Wenn Sie glauben, daß ich durch mein Vorgehen verdient habe, ins Zuchthaus geschickt zu werden, schicken Sie mich ins Zuchthaus! Vernichten Sie meine Existenz! Werfen Sie mich einem Paragraphen zuliebe zu den Toten! Ich werde im Zuchthaus, ich werde als lebendig Begrabener doch das Eine haben: daß eines Tages die Vernunft über die Dummheit siegt und das Menschentum über die Paragraphen!"

Dr. Berolsheimer, sichtlich erschöpft, setzt sich.

Dann zieht sich das Gericht zurück.

Dr. Berolsheimer sitzt **wortlos und blaß** neben dem Justizsoldaten. Der Verteidiger ordnet seine Papiere, verschnürt die Aktendeckel und wendet sich dann dem Angeklagten zu?"

„Was erwartest du?"

„Zuchthaus, Ehrverlust und selbstverständlich Aberkennung des Doktordiploms und damit Wegnahme der Möglichkeit, nach Verbüßung der Strafe den ärztlichen Beruf wieder auszuüben. Und das ist vielleicht das Entsetzlichste — denn ich liebe meinen Beruf!"

„So schlimm wird es hoffentlich nicht werden."

„Mehr oder weniger schlimm — darauf kommt es nicht an!"

Dr. Berolsheimer sieht vor sich hin; der Verteidiger weiß keine Antwort.

Das Publikum unterhält sich gedämpft. Die Rede des Verteidigers und das Schlußwort des Angekelagten selbst nicht ohne Eindruck geblieben, — aber man ist allgemein überzeugt, daß es zur Verurteilung kommen wird.

(Schluß folgt.)

Europadebatte in Genf

Briand und Henderson nehmen das Wort

Genf, 11. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

In der Völkerbundsversammlung, die heute in ihre sachlichen Beratungen eintrat, nahm Briand das Wort. Er beschäftigte sich vorwiegend mit der europäischen Frage und führte u. a. aus:

Ich wiederhole, was ich schon im vorigen Jahr in der letzten Völkerbundsversammlung erklärt habe, daß in der europäischen Ordnung, die wir anstreben, nichts gegen und nichts neben dem Völkerbund gemacht werden soll. Wir haben das Unglück, einen Kontinent zu bewohnen, der durch viele Kriege erschüttert worden ist und der insbesondere die Schrecken des letzten Krieges erlebt hat. Wir sind weit entfernt von einer Behebung der durch den Krieg entstandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Eine drückende Erbschaft lastet auf uns. Hier muß Hand angelegt werden. Deshalb müssen sich die Völker, die den Frieden wollen, stärker zusammenschließen. Von diesem Gedanken ausgehend, habe ich den Plan in Angriff genommen. Ich habe mir von Anfang an keine Illusionen gemacht. Ich stehe heute auf der Tribüne, um Ihnen im Namen von 27 europäischen Nationen, die sich vor drei Tagen hier versammelt haben, zu erklären, daß ihre Zusammenarbeit auf allen internationalen Gebieten im Rahmen einer besonderen Vereinigung von großer Bedeutung für die Aufrechterhaltung des Friedens ist. Jetzt geht es darum, eine konkrete Entscheidung zu treffen, ein gemeinsames Band zwischen den Völkern zu schaffen, aber es ist notwendig, mit Vorsicht zu handeln und nichts zu unternehmen, was sich schließlich gegen das Ziel richtet, das man ins Auge gefaßt hat. Ich habe in dem Fragebogen, den ich in der vorigen Bundesversammlung den Regierungen vorgelegt habe, alle Punkte aufgezählt, die einer Prüfung bedürfen. Alle Regierungen haben geantwortet. Ich danke besonders den Regierungen, die mich auf gewisse Schwierigkeiten aufmerksam gemacht haben, die ich vielleicht im Anfang noch nicht vorausgesehen habe.

Ich habe aber bereits aus allen Antworten mit Genugtuung entnommen, daß die Idee als solche einmütig begrüßt worden ist. Man hat behauptet, daß in der Konferenz, die vor drei Tagen hier in Genf stattfand, schwere Differenzen entstanden seien. Die Teilnehmer an dieser Konferenz werden bestätigen, daß davon keine Rede sein kann. Nachdem wir einige Fragen des Verfahrens besprochen hatten, wurde ich mit einer Einmütigkeit, von der ich noch heute ergriffen bin, beauftragt, der Bundesversammlung die grundsätzliche Zustimmung der europäischen Staaten zur Kenntnis zu bringen. Niemand denkt daran, etwas zu schaffen, was gegen andere Völker oder Staaten gerichtet sein könnte. Ich habe Gelegenheit gehabt, mich mit führenden Männern aus den Vereinigten Staaten von Amerika über meine Pläne zu unterhalten. Amerika hat kein Interesse daran, die Völker Europas in einem Zustande der Unordnung und Ohnmacht zu erhalten. Alle Länder müssen vielmehr wünschen, daß Völker, wie diejenigen Europas, sich nähern, sich einigen und ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten so regeln, daß sie für die Einfuhr der Produkte anderer Länder außerhalb Europas größere Absatzmöglichkeiten schaffen.

In der Fortsetzung der Aussprache über den Tätigkeitsbericht ergriff heute nachmittag der britische Außenminister Henderson das Wort zu einer großangelegten Programmrede. Er schloß sich zunächst den ehrenden Worten an, die der Ratspräsident für Reichsminister Dr. Stresemann und für Nansen, als Mitarbeiter und Vorkämpfer des Völkerbundes, gefunden hatte und kam dann sogleich auf die Vorschläge der französischen Regierung zur europäischen Union zu sprechen, die, wie er hoffe, zu praktischen Ergebnissen führen werden. Im Sinne der englischen Regierung sei die in der Entschließung der europäischen Staaten enthaltene Feststellung, daß die angestrebte Zusammenarbeit in vollem Einvernehmen mit dem Völkerbund herbeigeführt werden soll.

Henderson wies sodann auf die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Arbeit des Völkerbundes hin und erklärte, die Ereignisse der letzten Monate hätten klarer denn je bewiesen, daß die Welt eine wirtschaftliche Einheit sei. Angesichts der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage müsse von den Befugnissen und Einrichtungen der Wirtschaftsarbeiten des Völkerbundes ausgedehntester Gebrauch gemacht werden.

Zur Frage der Schiedsgerichtsbarkeit übergehend, stellte Henderson die Fortschritte der Ratifizierungen der Fakultativklausel des Haager Gerichtshofes fest und sprach die Hoffnung aus, daß, nachdem nur noch 17 Unterzeichnungen und elf Ratifizierungen ausständen, die Fakultativklausel im Laufe des kommenden Jahres unter den Völkern der Welt allgemeine Geltung erhalte.

Henderson trat ferner wiederum für die Einarbeitung des Kellogg-Paktes in die Völkerbundssatzung ein, damit das Recht auf private Kriegsführung endgültig abgeschafft und die Völkerbundssatzung eine wirkliche Friedenssatzung werde.

Im weiteren Verlauf seiner Rede wies Henderson auf das Interesse hin, das die britische Regierung an der General-Akte über die Schiedsgerichtsbarkeit und an der Konvention über die finanzielle Unterstützung angegriffener Staaten, wie überhaupt an allen Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung des Krieges nehme.

England sei bereit, alle derartigen Sicherheitsmaßnahmen zu ratifizieren, doch unter einer Bedingung, daß ein allgemeiner Vertrag zur Herabsetzung und Beschränkung der nationalen Rüstungen durchgeführt werde. Deshalb werde England seine Zustimmung zu neuen Sicherheitsmaßnahmen nur unter der Bedingung effektiv werden lassen, daß die Abrüstung aufhöre, nur eine Phrase zu sein und eine Wirklichkeit werde. Die Urheber der Völkerbundssatzung, so rief Henderson, haben nie geglaubt, daß die internationale Zusammenarbeit Erfolg haben könnte, wenn die nationale Rüstung unbeschränkt fortbestehen und wenn das Wettrüsten wieder aufleben würde. Deshalb haben sie in Artikel 8 die Verpflichtung aufgenommen, eine allgemeine Herabsetzung und Einschränkung der nationalen Streitkräfte durch internationale Verträge herbeizuführen. Diese Verpflichtung ist noch nicht eingelöst worden, obwohl sie vor elf Jahren eingegangen worden ist.

Vor zwei Jahren erklärte die Versammlung, daß unter den gegenwärtigen Sicherheitsverhältnissen der Abschluß einer ersten allgemeinen Abrüstungskonvention möglich sei. Zwei Jahre sind vorübergegangen und wir haben diese allgemeine Konvention nicht abgeschlossen. Die Völker der Welt werden ungeduldig und zweifeln an unserem guten Willen.

Wahlkampf ist Wirtschaftskampf

Warum auch der Mittelstand sozialdemokratisch wählen muß

Der Einheitsverband der Handel- und Gewerbetreibenden und freien Berufe erläßt folgenden Wahlaufruf:

Das deutsche Volk steht vor der Aufgabe, am 14. September das Reichsparlament neu zu wählen. Die Neuwahl des Reichstages fällt in eine Zeit schwierigster Wirtschaftslage. Neben dem Millionenheer der Arbeitslosen sind weiteste Schichten des gewerblichen Mittelstandes in harte, wirtschaftliche Bedrängnis geraten.



Die Kaufkraft der breiten Volksmasse, zugleich der Lebensnerv von Millionen von Handel- und Gewerbetreibenden, hat einen erschreckenden Tiefstand ereicht.

Regierungsmaßnahmen des Kabinetts Brüning drosseln weiter die an sich schon stark geschwächte Kaufkraft.

Die wirtschaftliche Vormachtstellung der Kartelle und Trusts hat die freie Entwicklungsmöglichkeit des Klein- und Mittelbetriebes auf ein Mindestmaß beschränkt. Die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation hat vor der selbständigen Existenz der Handel- und Gewerbetreibenden nicht Halt gemacht. Sie hat das wirtschaftliche Dasein von Millionen Selbständiger in ihre Abhängigkeit gebracht und dadurch weite Kreise der Selbständigenschicht proletarisiert. Zu der Masse der unterdrückten Lohnarbeiter gesellt sich das Heer der unterdrückten Handel- und Gewerbetreibenden; beide Opfer kapitalistischer Wirtschaftsorganisation.

In der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung der Jetztzeit kommt der ungeheure Einfluß der Kapitalgewaltigen so recht zum Ausdruck. Steuern wälzt man auf die Schultern der Kleingewerbetreibenden und Konsumenten ab. Verschlechterungen in der Sozialversicherung, Lohnabbau, also Schwächung der Kaufkraft wird mit Hilfe des Brüning-Kabinetts, des Kabinetts des Besitzes, durchgeführt.

Besitzinteressenpolitik statt Interessenpolitik der schaffenden Mehrheit steht im Vordergrund.

Handel- und Gewerbetreibende, eure Interessen liegen nicht in dieser Richtung. Nicht die Steuerpolitik, die Handels- und Schutzpolitik, die Sozial- und Lohnpolitik des Kabinetts Brüning, die sich rücksichtslos gegen die Mehrheit des schaffenden Volkes richtet, fördern Handel und Gewerbe. Nicht für eine Wirtschaftspolitik, die die Lebenslage breitester Volksschichten verschlechtert, sondern die die Kaufkraft der Massen hebt, hat der Handel- und Gewerbetreibende ein Interesse. Nur wenn der Arbeiter beschäftigt ist und gut verdient, kann auch der Handel- und Gewerbetreibende existieren.

Die Lebenslage der Gewerbetreibenden ist abhängig von dem Lebensstandard der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Alle Bestrebungen, die Kaufkraft zu heben, müssen im ureigensten Interesse der Handel- und Gewerbetreibenden unterstützt und gefördert werden. Nicht Abbau der Sozialversicherung, sondern Ausbau und Einbeziehung der Kleingewerbetreibenden unter ihren Schutz ist das Erfordernis der Jetztzeit.

In einem Augenblick, in dem auf allen Gebieten der Wirtschaftspolitik der Einfluß der Kapitalgewaltigen immer stärker wird, gibt es für die unterdrückte proletarisierte Selbständigenschicht keine andere Losung, als mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft einzutreten für einen Wahlsieg der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratische Partei allein bietet die Gewähr, den Kampf um den Ausgleich der Interessen erfolgreich zu führen. An ihrer Geschlossenheit und Stärke zerschellen weitere Angriffe der Reaktion.

In dem Kampfe um den Ausbau der Deutschen Republik, in dem Ringen nach einer gerechteren demokratischen Wirtschaftsordnung bleibt die Sozialdemokratie Bahnbrecherin.

Als Partei der Schaffenden und Unterdrückten sucht die Sozialdemokratie alle Schichten des arbeitenden Volkes von kapitalistischer Willkür, Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien.

Handel- und Gewerbetreibende, Wahlkampf ist Wirtschaftskampf.

Es geht um eure Zukunft. — Entscheidet mit am 14. September für einen Sieg der Sozialdemokratie.

Konto Münzenberg

70000 Mark

Berlin, 11. Sept. (Eig. Drahtber.) Von unterrichteter Seite wird dem Sozialdemokratischen Pressedienst mitgeteilt, daß der bekannte Kommunist Münzenberg bei dem Berliner Privat-Bankhaus Bett, Simon & Co. 70 000 Mark Aktien der J. G. Farben-Industrie hinterlegt hat. Das Konto ist nicht zu verwechseln mit dem Konto der Roten Hilfe, das bei dem genannten Bankhaus gesondert geführt wird.

Die Opposition eingesperrt

und ihre Zeitungen verboten — Wie Pilsudski Wahlkampf führt

Warschau, 11. Sept. (Eig. Drahtber.) Die Verhaftung der polnischen Oppositionsführer hat in ganz Polen eine außerordentliche Erregung hervorgerufen. Am Mittwoch und Donnerstag fanden bereits Demonstrationen vor dem Innenministerium und vor anderen Regierungsgebäuden statt. Schmährufe gegen die Regierung wurden laut.

Ueberall, wo sich Menschenmassen versammelten, schritt die Polizei in äußerst brutaler Weise ein und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Insgesamt sind bisher 18 oppositionelle Abgeordnete verhaftet.

Die Verhafteten wurden, wie sich jetzt herausstellt, nach der Festung Brest-Litowsk gebracht, wo sie nach dem Willen der Regierung während der ganzen Zeit des Wahlkampfes interniert bleiben sollen. Die Warschauer Oppositionsblätter wurden am Mittwoch und Donnerstag beschlagnahmt. Pilsudski will also seine diktatorischen Methoden fortsetzen und die gesamte Opposition während der Wahlkampagne niederknüppeln.

Die Revolution in Argentinien

Abreise Irigoyens

Buenos Aires, 11. September. (Drahtmeldung.) Der frühere Präsident Irigoyen wurde heute in Begleitung seiner Tochter und des ihn behandelnden Privatarztes an Bord des Kreuzers „Belgrano" gebracht, der kurz darauf La Plata verließ.

Der Brand auf der „Zähringen"

noch nicht gelöscht

Kiel, 11. September. (Drahtmeldung.) **Den ganzen Tag über wälzte sich von der noch immer brennenden „Zähringen" über den Hafen ein beizender weißlicher Rauch, der das Schiff selbst völlig einhüllte. Die Rauchschwaden waren so dicht, daß Hafendampfer, die die rauchvernebelte Zone passieren mußten, für Minuten völlig darin verschwanden. Die Feuerwehr, die mit einem Löschboot und vier Motorspritzen seit fast 20 Stunden arbeitet, konnte in unermüdlicher, durch den atemberklemmenden Rauch erschwerter Tätigkeit zwar die Ausdehnung des Feuers verhindern, die völlige Löschung wird jedoch noch Stunden, vielleicht sogar Tage in Anspruch nehmen. Die Feuerwehrmannschaften müssen schon nach ganz kurzer Zeit jeweils abgelöst werden, da der von dem schwelenden Kork, mit dem die „Zähringen" bis zum Deck gefüllt ist, aufsteigende Qualm ein längeres Verweilen am Brandherd unmöglich macht. Weitere Rauchvergiftungen sind nicht zu verzeichnen. Das Befinden der wegen leichter Rauchvergiftung zurückgezogenen Feuerwehrleute ist befriedigend.**

Straßenbahnunglück

Fünf Tote, 50 Verletzte

Odessa, 11. September. (Drahtmeldung.) **Eine furchtbare** Straßenbahnkatastrophe, bei der 5 Fahrgäste getötet und 50 verletzt wurden, hat sich heute hier ereignet. Infolge Versagens der Bremsen fuhr ein vollbesetzter Straßenbahnwagen in rasender Geschwindigkeit bergab, entgleiste und begrub die Fahrgäste unter sich.

Ausbruch des Stromboli

Rom, 11. September. (Drahtmeldung.) **Wie die Blätter melden, wurde heute mittag die Kuppe des Stromboli durch eine heftige Eruption in die Luft gesprengt. Die Lavaströme haben die Ortschaft San Lartolo erreicht und die Felder verwüstet. An verschiedenen Stellen brach durch den glühenden Aschenregen Feuer aus. Nach den bisher vorliegenden Meldungen wurden in Stromboli ein Mann getötet und in der Gegend von Ginostra mehrere verletzt. Gleichzeitig verspürte man auf der Bahnlinie Lipari ein starkes Erdbeben. Die von Panik ergriffenen Bewohner erbaten aus Messina Hilfe, von wo aus sogleich mehrere Schiffe mit Lebensmitteln und Rettungsmaterial abgingen.**

Nach den letzten Meldungen soll die Tätigkeit des Stromboli normal geworden sein. Die Feuersbrünste wurden inzwischen gelöscht. Bisher ist aber das Ausmaß der Schäden, sowie die Zahl der Toten und Verwundeten noch nicht bekannt. Auch nach Stromboli sind Rettungsmannschaften gesandt worden.

Margarine ..... 3 Pfund 95 ₰

Saure Sülze	Pfd.	0.40
Leber- od. Rotwurst	Pfd.	0.50
Streichmettwurst	Pfd.	1.15
Ia. westf. Plockwurst	Pfd.	1.45
Salami	Pfd.	1.50
Prima westf. Schinkenplockw	Pfd.	1.80

Polnische Bierwurst Pfd. 95 ₰

Frische Landbutter	Pfd.	1.35
Feine Molkereibutter	Pfd.	1.60
Tilsiter Käse halbfett	Pfd.	0.62
Gouda Käse vollfett, 40%	Pfd.	0.85
Edamer Käse vollfett	Pfd.	0.88
Schweizer Käse	Pfd.	1.20

Braune Bohnen	Pfd.	0.17
Gelbe Erbsen	Pfd.	0.19
Vollreis	Pfd.	0.19
Tafelreis	Pfd.	0.24
Eierschnittnudeln	Pfd.	0.50
Eiermakkaroni	Pfd.	0.55

Salatöl helles Ltr. 58 ₰
Erdnußöl Ltr. 76 ₰

Jg. Schnittbohnen	1/1 Dose	0.50
Gemüse-Erbsen	1/1 Dose	0.55
Junge Erbsen	1/1 Dose	0.65
Dicke Bohnen	1/1 Dose	0.72
Gemischte Frischobst-Marmelade	2-Pfd.-Eimer	0.85
Rhein. Apfelkraut	5-Pfd.-Eimer	1.85

elsberg
Gelsenkirchen A.-G.

Für die sparsame Hausfrau besonders billige

Lebensmittel

Stets frisch gebrannten **Kaffee** Kostproben gratis

Santos reinschmeckend	Pfund	1.95
Perlkaffee	Pfund	2.55
Haushalt-Mischung	Pfd.	2.80
Spezial-Mischung	Pfund	2.95
Alberg's Mischung	Pfund	3.20

Kaiserauszugmehl

5-Pfd.-Beutel	2-Pfd.-Beutel	1 Pfd. lose
1.15	0.48	0.22

Junge frisch geschossene Rebhühner	Stück	1.60
Jährige frisch geschossene Rebhühner	Stück	1.20
Prima junge Suppenhühner	Pfund	1.15
Prima junge Masthahnen	Pfund	1.40
Delikat.-Sauerkraut	Pfd.	0.10
Frisch geräucherte Bücklinge	Pfund	0.38

Frisch. Filchfilet bratfertig ... Pfund 38 ₰

Vollm.-Schokol.	100-Gr.-Tafel	0.23
Voll.-Nußkrokant	100-Gr.-Tafel	0.25
Bonbon-Mischung	Pfund	0.50
Griechisch. Süßwein	Liter	0.95
Malaga rotgold	Liter	1.15
Insel Samos	Liter	1.20

Tarragona Liter 90 ₰

Schweinefleisch

Eisbein ganz		0.70
Durchwachsen ohne Beilage		0.90
Dicke Rippen		1.00
Koteletts	1.20	1.10
Rollbraten ohne Fett und Schwarte		1.10

Rindfleisch

Suppenfleisch	1.10	1.00
Bratenfleisch	1.20	1.10

Hammelfleisch

Brust und Nacken		1.20
Schulter und Rücken		1.30

Mast-Kalbfleisch

Haxen		1.10
Nacken		1.20
Brust		1.30
Schulter		1.30
Nierenbraten		1.40

Rippenspeer mild und zart ... 1.40 | Bratwurst ... grob 1.20, fein 1.00

Apollo-Theater

Wir eröffnen die Herbst-Saison mit einer glanzvollen
deutschen Tonfilm-Uraufführung

Der lustige 100%ige Sprech- und Tonfilm:

Ein Walzer im Schlafcoupé

(Wenn zwei Hochzeit machen)

Ein köstliches, humorvolles Reiseabenteuer in 8 Akten, verbunden mit einem großen internationalen Motorboot-Rennen.

Hauptdarsteller:
Lucie Englisch, Fritz Schulz, Adele Sandrock, Trude Berliner, Julius Falkenstein Angelo Ferrari.

Ein spanischer Großfilm mit der schönsten u. heißblütigsten Spanierin
Conchita Montenegro
in
Wenn Du zum Weibe gehst

6 Akte von spanischer Glut und Leidenschaft.

Alle Wandlungen der Leidenschaft muß der reiche Spanier aus Sevilla durchmachen, der sich in die schöne Conchita Perez verliebt und die sein Schicksal wird.

Neue Wochenschau!!

Niedrige Eintrittspreise von 50 Pfg. an

Gelsenkirchen.

Ausschreibung.

Die Plattierungsarbeiten und die Anfertigung von Kunststeinstufen zum Um- und Erweiterungsbau der kath. Schule an der Röckstraße im Stadtteil Gelsenkirchen-Buer-Mitte sollen in 2 Losen vergeben werden.

Verdingungsunterlagen können im Hans-Sachs-Haus Gelsenkirchen, Zimmer 515 und im Rathaus Buer, Zimmer 79, während der Dienststunden gegen Zahlung von 1.50 RM bezogen werden.

Die Zeichnungen sind auf Zimmer 86 im Rathaus Buer einzusehen, woselbst auch die Angebote bis zum 20. September ds. Js. 11 Uhr einzureichen sind.

Oeffnung der Angebote erfolgt am gleichen Tage 11,15 Uhr auf Zimmer 85 im Rathaus Buer.

Gelsenkirchen, den 10. Septbr. 1930

2079 **Der Oberbürgermeister.**

Nein

so haben Sie noch nie gestaunt über

Carlo Aldini

So haben Sie noch nie gelacht über

Siegfried Arno

So haben Sie sich noch nie amüsiert, wie bei dem 100%igen lustigen

Sensations Ton- und Sprechfilm

Im Kampf mit der Unterwelt

(Das Geheimnis der fünf Schlüssel)

Ein tolles Abenteuer mit dem singenden, springenden, boxenden, schwimmenden

Carlo Aldini

Grit Haid — Siegfried Arno
Ferdinand v. Alten — Ruth Weyher — Fritz Greiner
Siegfried Behrisch.

Halten Sie sich diese Woche frei für das

Capitol-Theater

Bahnhofstraße 53.

EIN OFFENES WORT AN ALLE LUISE OTTO

§

VORBEUGEN NICHT ABTREIBEN

Ein Ratgeber für Eheleute und solche, die es werden wollen

136. bis 145. Tausend.
Preis für das mit vielen Abbildungen versehene Büchlein nur 0.80 RM.
Zu haben bei den Zeitungsboten oder in der
Volksbuchhandlung Gelsenkirchen
Ringstraße 33

Wörishofener Gicht- und Rheuma-Tee
allein echt
Wörishofener Kräuterhaus
Hochstr. 24
Ecke Neustraße

Inserieren bringt Gewinn!

Trabrennen

zu Gelsenkirchen
Sonntag, 14. September. 3 Uhr
Jugend-Preis
Großer Westd. Zuchtpreis
10000 RM Geld- und Ehrenpreise



Erhältlich bei vielen Lebensmittelhändlern oder beim Kaffee-Grewer, Gelsenkirchen, Kreuzstr. 11 — Buer, Marienstr. 12

Industrie-Kino

Ein einzig dastehendes Groß-Programm!

Blutsbrüderschaft

mit **Ronald Colman**

11 Riesenakte. Mit Worten vermag man die Spannung nicht wiederzugeben, die diesen **bisher besten aller Fremdenlegionärsfilme** auszeichnet, der Kunde gibt von den seltsamen und schrecklichen Erlebnissen dreier Brüder, deren Liebe zueinander stärker war als die Furcht vor dem Tode und die als Männer ein Wort einlösten, das sie sich in der Jugend gegeben hatten.

Greta Garbo und **John Gilbert**
in
Es war
(Dämon Weib)

Eine Einjährigen- und Offiziersgeschichte in 9 Akten nach **Hermann Sudermanns** berühmtem Roman

Ein neuer Wildwest-Film
mit **FRED GILMAN**
Die Schmuggler von Texas City

4 Akte voll Tempo, Spannung und Kämpfen mit Schmugglern.

Lustspiel. Neue Wochenschau.

Niedrige Eintrittspreise: RM 0.40, 0.60, 0.90 u. 1.50

Wenn Sie bedenken

daß wir ca. 30 bis 40000 Pfd. Bettfedern u. Daunen, ca. 15000-20000 m Inletts ständig auf Lager haben, - daß wir über 400000 Kunden in mehr als 10000 Orten Deutschlands belieferten,

dann **kaufen Sie Bettfedern u. Inletts nur noch bei**

BETTFEDERNFABRIK
GEBR. **PASSMANN** A.-G.
GRÖSSTES SPEZIALHAUS DEUTSCHLANDS FÜR OBER-U. UNTERBETTEN, KISSEN, PLUMEAUX
GEGR. 1884

ESSEN VIEHOFERSTR. 58 — GELSENKIRCHEN KREUZSTR. 14

ENGROSHAUS F. WIEDERVERKÄUFER ESSEN KÖNIGSTR. 57.